Antifaschistisches INFO Blatt

27
JUNI/JULI 1994 5,- DM

Die Ausweitung der illegalen NSDAP

Fußball-Länderspiel und FAP-Aufmarsch verhindert

Auf dem Weg zur Demokratur: Die CDU und die innere Sicherheit

Italien – Faschisten an der Regierung

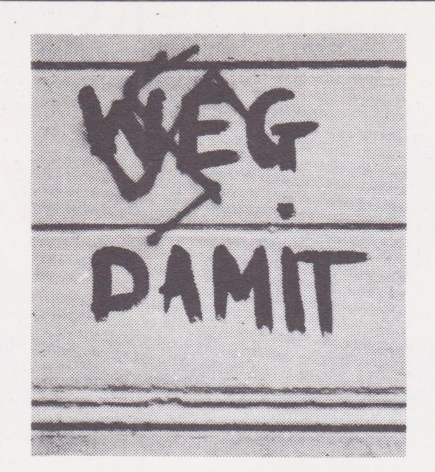
STOP THE KILLING

Mordanklage gegen AntifaschistInnen

Furchtbare Juristen

Selbstorganisation von ImmigrantInnen

4Xw60



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 27; Juni/Juli 1994

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM (Ausgabe 27)

Abo: 30,- DM/Jahr (s. Seite 3/4)

Nachdruck : In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Das INFO wird nicht nur von Euch gelesen, sondern auch von den Politologen des Verfassungsschutzes ausgewertet. Und die loben die Genauigkeit der Detailinformationen, nur die Wertung sei etwas überzogen. Das INFO, sowie andere »graue Quellen«, sind in der Dokumentationsreihe »Durchblicke« des Berliner Landesamtes als Beleg für die Existenz faschistischer Aktivitäten zitiert worden. Die Herren kommen nicht umhin die gute Recherche der Antifa öffentlich zu würdigen, doch sie wollen sie im gleichen Atemzug vereinnahmen und die eigene Analyse von der heillosen Zersplitterung der faschistsischen Gruppen, aufpflanzen. Außer einigen interessanten Detailinformationen hat die Broschüre nicht mehr zu bieten als die üblichen Verfassungsschutzberichte.

Würde der VS die Informationen seiner, in der rechten Szene zahlreich agierenden Informanten, veröffentlichen, bräuchte er keine »grauen Quellen«. Doch es besteht kein Interesse an Aufklärung, es besteht ein Interesse an Verschleierung rechter Organisationstätigkeit. Der Verfassungsschutz hat längst Partei ergriffen und betreibt Politik

großen Stils, wenn er dafür Sorge trägt, daß das Ausmaß faschistischer Organisierung nicht bekannt wird.

Unser Schwerpunkt liegt auf dem Prozeß gegen die Berliner AntifaschistInnen: Die Anklage lautet auf Mord und sechsfachen Mordversuch. Wir beleuchten die Rolle der furchtbaren Juristen der Republik und rufen dazu auf, mit den Angeklagten und Verfolgten solidarisch zu sein. Die Frage der inneren Sicherheit beleuchten wir diesmal in zwei Artikeln mit unterschiedlichem Schwerpunkt: Die Rolle der CDU/CSU bei der »inneren Erneuerung Deutschlands« und der Ausbau des Netzwerkes der illegalen NSDAP mit Rückendeckung durch den Verfassungschutz. Darüberhinaus findet ihr, wie immer, zahlreiche Meldungen über antifaschistische Aktivitäten, Interviews und Neues von Rechts und Neu-Rechts.

Das Plakat auf der Rückseite (leicht verändert) war und ist Auslöser für heftige Angriffe von Seiten der CSU und des bayrischen Innenministers Beckstein. Ein Nürnberger Bündnis aus verschiedenen Gruppen belebte zum Wahljahr die Tradition der Wandzeitung. In der Reihe von fünf Plakaten mit dem Titel »Faschismus hat viele Gesichter« (zu REPs, JN, GdNF-Franken, NPD, Fascho-Skins) steht ein sechstes unter dem Motto: »Rassismus hat viele Gesichter«, das ihn in Form der CSU beim Namen nennt. Bezug über ABiDoZ, Postfach 810 146, 90429 Nürnberg. Spendenkonto: H. Fillinger, Stichwort: Plakate, Stadtsparkasse Nürnberg, BLZ: 760 501 01, KtoNr: 1919655.

Außerdem standen wir wieder vor der Entscheidung, Artikel rauszuschmeißen oder 60 Seiten zu drucken. Wie ihr seht, haben wir uns für letzteres entschieden, deshalb kostet das Info wieder 5.- DM, um die Kosten einigermaßen zu decken.

Eure Info-Redaktion

Faschismus auf dem Vormarsch

Italien hat abgestimmt. Die ehemalige MSI, eine Partei mit mehr als hundertausend gut organisierten Mitgliedern und paramilitärischen Strukturen, ist zur ausschlaggebenden Kraft der neuen italienischen Regierung geworden. Die internationale Öffentlichkeit tut so, als sei weiter nichts geschehen. Die Kommentatoren der bürgerlichen Zeitungen tun so, als hätte ein ganz normaler Rechtsruck stattgefunden. Außenpolitisch überwiegt die Zufriedenheit über den Wahlsieg der Rechten gegen die Linke.

Das bürgerlich-parlamentarische Zentrum Italiens hatte sich selbst in einer Unzahl von Korruptionsaffären verschlissen und ein Machtvakuum hinterlassen. Jetzt haben die Verursacher der Krise, die Mafia und die Geheimloge P2, gesiegt. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die sich von der demokratischen Erneuerung Italiens ein Mehr an Demokratie erwartet haben. Dabei siegte noch das linke Bündnis bei den Kommunalwahlen im Januar 94, die »demokratische Mitte« verabschiedete sich damals mit 10% der Stimmanteile. Das war dem Kapital, Mafia und Bürgertum, Grund genug, alle Kräfte der Rechten zu mobilisieren. Als einzig noch unverbrauchte Kraft dieses Spektrums machten die Faschisten und Rechtsextremisten das Rennen, der Medienzar Silvio Berlusconi wurde zum Rettungsanker des bürgerlichen Italiens. Seine Fernsehanstalten sind ein Medium, von dem Goebbels nur geträumt hat und gehören zum zweitgrößten Medien-Imperium Europas. Um seine Macht auch personell abzusichern, ist der P2-Logenbruder Berlusconi auf qualifiziertes Personal ange-

Das Antifaschistische INFO-Blatt ...

... im Abonnement:
Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden, da dürfte eigentlich nichts schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. **Außerdem müssen Abos bezahlt sein,** bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.
Besonders freuen wir uns über Förderabos oder sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

... Nachbestellung:
Alle bereit erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen. Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls **im Voraus bezahlt werden.**

... zum Weiterverkauf:
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviel Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten.

... Preise:

Abo (5x eine Ausgabe):	30,00 DM
Doppelabo: (5x zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	4,– bzw. 5,– DM
ab fünf Stück:	10% Rabatt
ab 10 Stück:	20% Rabatt
ab 50 Stück:	25% Rabatt

(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

... Überweisungen:
Bei allen Zahlungen auf unser Konto bitte deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse als Absender angeben.

Bereits erschienene Infos:

Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, dann 5,- DM

INFO 0	87	Kopie	3,00 DM
INFO 1	6/87	Kopie	6,00 DM
INFO 2	12/87	Kopie	4,50 DM
INFO 3	3/88	Kopie	6,50 DM
Sondernr.	5/88	Kopie	3,50 DM
INFO 4	9/88	Kopie	7,50 DM
INFO 5	11/88	Kopie	6,00 DM
INFO 6/7	2/89	Kopie	8,50 DM
INFO 8	5/89	Kopie	8,50 DM
INFO 9	10/89	Kopie	9,50 DM
INFO 10	2/90	Kopie	9,50 DM
INFO 11	5/90		3,00 DM
INFO 12	9/90	Kopie	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91	Kopie	7,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20 a/b	11/92	Kopie	10,50 DM
INFO 21	3/93	Kopie	9,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM
INFO 26	3/94		5,00 DM
INFO 27	6/94		5,00 DM

Speziell für Infoläden/Antifagruppen/Archive:
Info Nr.: 11,13,14,17,18 für 10,- DM (incl. Porto)

wiesen und darüber verfügen die Faschisten um Gianfranco Fini in weit größerem Maße, als die Forza Italia.

Mussolinis Erben halten ihre Anhänger bislang im Zaum. Sie wollen sich nicht gleich in der ersten Runde verschleißen lassen. Während ihr Chef Gianfranco Fini für sich keinen Sitz in der Regierung beansprucht, besetzen seine Gefolgsleute vier Ministerposten. Die Faschisten stehen am Anfang der Machtergreifung, sie warten auf den Zeitpunkt, da Berlusconis vollmundige Prophezeiungen vom schnellen Aufschwung wie Seifenblasen zerplatzen. Bis dahin werden die Garantien bürgerlicher Demokratie in kleinen Schritten beseitigt.

Alle Hoffnungen, daß die Machtbeteiligung der Faschisten nur eine vorübergehende Erscheinung ist, sind durch nichts begründet, außer durch eine Denksperre, die besagt, daß Geschichte sich nicht wiederholen könne. Zuwenig Grundsätzliches hat sich in den kapitalistischen Gesellschaften nach dem Sieg über den europäischen Faschismus verändert, zuviele Mechanismen, die schon in den 20er und 30er Jahren den Faschismus ermöglichten, prägten die Nachkriegsgesellschaften. Die Entscheidung, welchen Charakter die italienische Gesellschaft annehmen wird, fällt nicht im Parlament oder in Koalitionsverhandlungen, sondern in den gesellschaftlichen Auseinandersetzung, an den Arbeitsplätzen und in den Wohnvierteln. Die zentrale Frage ist, ob sich ein Widerstand gegen die Faschisten entwickelt, denn eins ist klar: Von alleine werden sich Mussolinis Erben nicht von der Macht verabschieden. Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen Kraft, die heute erst in Ansätzen vorhanden ist.

Auch in Österreich könnten die Faschisten schon dieses Jahr in das Bundeskabinett gewählt werden. Im »Superwahljahr« ist der Ausgang der Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Juni von zentraler Bedeutung. Jörg Haiders Rechtspopulisten und Neofaschisten von der FPÖ sind die stärkste Kraft im Lager der Europa-Gegner, auch wenn zu den Beitrittsgegnern ebenfalls linke und grüne Gruppen gehören. Eine Ablehnung des Beitritts würde zuallererst der FPÖ nutzen. Die liegt in Meinungsumfragen mit bis zu 25% als drittstärkste Partei gut im Rennen. Möglicher Koalitionspartner ist die christdemokratische ÖVP, auch wenn sie, wie die Sozialdemokraten, zu den unbedingten Europabefürwortern gehört. Die ÖVP liegt nur ein bis drei Prozentpunkte vor der FPÖ, ein Verhältnis, das sich durch den Ausgang der Abstimmung umkehren könnte - dann wäre Haider eventuell im Herbst sogar neuer Bundeskanzler.

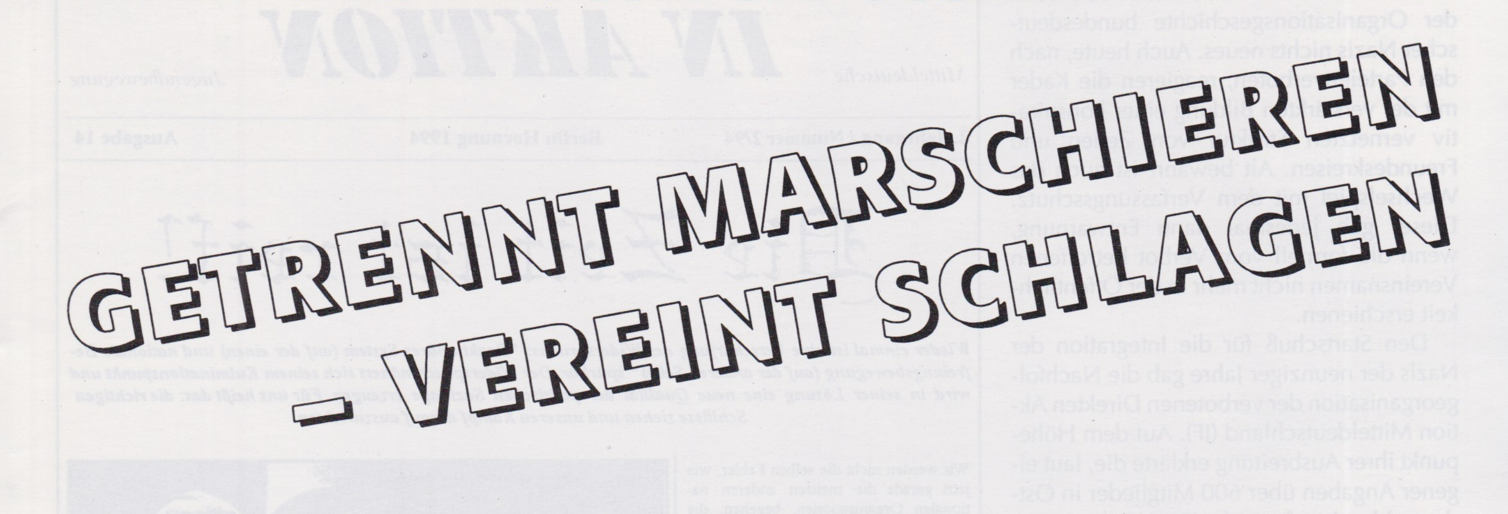
In Deutschland wird die Rechte mit recht eigenwilliger hausgemachter Rezeptur »bekämpft«. Die CDU/CSU übernimmt einfach deren Positionen und profiliert sich mit rasantem Demokratieabbau. Die kürzlich verabschiedeten Polizeistaatsgesetze in Sachsen zeigen die Marschrichtung der »Mitte« an – soweit nach rechts zu rutschen, bis nur noch faschistische Bombenleger außerhalb der »demokratischen Mitte« zu finden sind.

Erstes Opfer der Kampagne zur »Inneren Sicherheit« war die kurdische Arbeiterpartei PKK. Ihre verzweifelten Proteste, einschließlich der Selbstverbrennungen auf den Autobahnen, wurden von der CDU in Gewalt- und Terroraktionen umgelogen – mit der Räumung der Autobahnen konnte sich Kanther der Sympathie des rassistischen Mobs sicher sein – »freie Fahrt, für freie deutsche Bürger«. In der Realität waren nur Ausschreitungen marodierender Polizeihorden zu beobachten, die sogar ausgeschickt worden, sind um sämtliche Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest, »Newroz«, im Keim zu ersticken.

Noch hält sich die deutsche Christdemokratie besser als ihre italienischen Kollegen, doch auch hier ist es nur eine Frage der Zeit, bis die große Volkspartei in ihre Einzelteile zerfällt. Wenn die »demokratische Mitte« in der BRD zerfällt, dann werden rechtsextremistische Parteien a´la Republikaner oder Manfred Brunners »Bund freier Bürger« an Bedeutung gewinnen. Dann können diese Parteien zum Rettungsanker des deutschen Kapitals werden.

Italien zeigt, wie schnell Faschisten an die Macht kommen können. Schauen wir über die Alpen und lernen von der aktuellen Geschichte. Unsere Aufgabe ist es Widerstand zu organisieren, zu polarisieren, um Verbündete in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden. Zusammen geht es um einen bedingungslosen Kampf gegen das Wiederauferstehen entfesselter Barbarei. ■

Nach den Parteiverboten:



Die Ausweitung der illegalen NSDAP

Während in der Öffentlichkeit nach dem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge erneut über Parteienverbote rechter Organisationen debattiert wird, haben die Nazi-Kader längst auf eine bewährte Taktik zurückgegriffen: Die Organisierung von Untergrundzellen. Diese bilden ein straff geführtes Organisationsgeflecht, treten jedoch unter verschiedenen Namen in der Öffentlichkeit auf. Neu erschienene Schriften der Neonazis belegen, daß diese Entwicklung von einem schon lange bestehenden Organisationskern konspirativ initiiert und planmäßig vorangetrieben wird. Das Politikum, der Verfassungsschutz leugnet die Existenz dieses Netzwerkes seit zwanzig Jahren und war doch maßgeblich an seinem Aufbau beteiligt.

WUNS (World Union National Socialists)
NSDAP USA: Gary Lauck
NSDAP Dänemark, Belgien, Italien/Südtirol, Brasilien/Südamerika
FANE Frankreich (Fédération d'action nationale européenne): Michael Caignet
Gruppe SS England
Gruppen in Südafrika
Kampfgruppe Himmler / Stuttgart
GAU Berlin: Kampfgruppe Priem/Rahl
GAU Kurpfalz: Familie Müller, Ulli Neufeld
GAU Hessen-Nassau: Henri Beier (Kampfgruppe Großdeutschland), Ernst Kocherscheidt (NDFB), Jürgen Pospieszynsky (NDFB, CDU)
GAU Schleswig-Holstein: Uwe Rouwer
GAU Nordrhein-Westfalen: Hans Sönke (Deutscher Ordensrat), Eberhard Hevendehl, Familie Schönstedt, Friedrich (Bonn-Brühl)
NSDAP-Freundeskreis Hamburg: Wolf-Dieter Eckart, Phillipp Schönmann, Uwe Stier (NPD), Lothar Wrobel (NPD), Michael Kühnen (ANS)
GAU Weser-Ems: Peter Hebbel, Jürgen Kühl (NPD), Werner Gottwald (NDFB)
NSDAP BRD
»Reichsleiter«: Wilhelm Wübbels
Wittkowski: Verbindungsmann zur NPD
Bürger- und Bauerninitiative: Thies Christophersen
Deutsche Bürgerinitiative: Manfred Roeder
VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands): Friedhelm Busse
Josepf V. Stolzenhain
KDS (Kampfbund Deutscher Soldaten): Erwin Schönborn
Wehrsportgruppe Hoffmann
NPD/JN (Junge Nationaldemokraten)
EAP (Europäische Arbeiterpartei)
DKEG (Deutsches Kulturwerk des Europäischen Geistes)
Stahlhelm
Vereinigung europäischer Föderalisten
Europäische Bruderschaft
Deutscher Ordensrat
Bund der Aufrechten (Schirmherr: Oberst Rudel +)
Organisation Österreich
Wichtigste Querverbindungen der bundesdeutschen Neo-Nazi-Szene

Das Netz der illegalen NSDAP im Jahre 1977

Der Wechsel von der offenen Organisationsform zur verdeckten Arbeit ist in der Organisationsgeschichte bundesdeutscher Nazis nichts neues. Auch heute, nach den Parteienverboten, reagieren die Kader mit der verstärkten Bildung einer konspirativ vernetzten Struktur von Zellen und Freundeskreisen. Alt bewährt ist auch das Wechselspiel mit dem Verfassungsschutz. Dieser gab jedesmal dann Entwarnung, wenn die formell vom Verbot betroffenen Vereinsnamen nicht mehr in der Öffentlichkeit erschienen.

Den Startschuß für die Integration der Nazis der neunziger Jahre gab die Nachfolgeorganisation der verbotenen Direkten Aktion Mitteldeutschland (JF). Auf dem Höhepunkt ihrer Ausbreitung erklärte die, laut eigener Angaben über 600 Mitglieder in Ostdeutschland verfügende, JF: *»Wir lösten mit Wirkung vom 20.1.94 sämtliche Vereinsnamen, Symbolik und kameradschaftsübergreifende Strukturen auf. Die Stützpunkte werden in die vollständige Autonomie entlassen. [...] Ein Auftreten unter Namen wie FMJ/JF ist zu unterlassen, eine ständig wechselnde Bezeichnung«* sei fortan angebracht und die *»Bezeichnung KS (Kameradschaft) sollte sowieso vermieden werden«*. Entfallen müße zur Zeit alles, was *»einen überregionalen Zusammenschluß dokumentiert.«* Die *»Kameradschaften, Zellen und Strukturen«* werden in das übergreifende Kadernetzwerk durch die *»gewonnenen und noch zu gewinnenden Kameradschaftsführer« eingebunden. Dabei handelt es sich »um Vertrauenspersonen, die Initiativen und Maßstäbe in unserem Sinn setzen«*. Der Gefolgschaft wird aufgetragen sich in der Öffentlichkeit nicht *»klischeehaft«* und *»unvorsichtig«* zu bewegen und den Rat zu befolgen: *»Arschlöcher merken – und warten bis es dunkel ist.«*[1]

Was als eigene Erkenntnis angepriesen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als fast wortgetreue Fortführung des Konzeptes der illegalen NSDAP aus dem Jahre 1975: *»Für die Öffentlichkeitsarbeit sind entsprechende politische Vereinigungen zu gründen, die unserer Parteiarbeit entsprechen«*, nach außen sollten diese wie zersplitterte Zirkel aussehen. *»Eine Ortsgruppe kann mit 12 Nationalsozialisten gegründet werden, die in der Lage sind, an den jährlich stattfindenden Parteitagen teilzunehmen. [...] Die Ortsgruppen arbeiten überwiegend selbständig [...] bestimmen einen Vertrauensmann [...], der die Verbindung (untereinander) [...] aufrechterhält.«* Damit sollte die Voraussetzung geschaffen sein, das Organisationsgeflecht zu schützen auch wenn einzelne Gruppen oder Mitglieder von Verboten oder Strafverfolgung betroffen sind.[2]

Auch die Mitglieder der anderen verbotenen Parteien werden auf die Organisationsform in kleinen überschaubaren Gruppen orientiert. Die faschistische FAP bereit sich in aller Seelenruhe auf das Verbot vor und trimmt ihre Anhänger auf den Aufbau von Zellen. Strukturen, die bisher nur hinter vorgehaltener Hand zugegeben worden sind, werden in internen Rundschreiben, *»Nur für den Dienstgebrauch – Nicht in Feindeshand fallen lassen!«* – angepriesen. Unter der Überschrift eine *»Bewegung in Waffen«* kursiert unter Führungsmitgliedern ein Aufsatz über Aufgaben sogenannter *»Werwolf-Terrorgruppen«*[3]: *»Für den agitatorischen und propagandistischen Kampf (werden) [...] (schein) legale Parteien und Vereinigungen benutzt, die aber organisiert und koordiniert werden von einer illegalen Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist.«*

Die Bedingungen scheinen heute gereift, um in einer Organisierungskampagne den Ausbau der illegalen NSDAP zu betreiben. Das findet auch Ausdruck in dem maßgeblichen Theorie- und Strategie-Blatt der NS-Struktur, der Monatszeitschrift »Nation + Europa«. Ein Beispiel: Hinter dem Pseudo-

---

Mitteldeutsche **IN AKTION** Jugendbewegung

2. Jahrgang / Nummer 2/94 | **Berlin Hornung 1994** | **Ausgabe 14**

Die Zeit ist reif!

Wieder einmal ist eine Verschärfung des Widerspruchs: "Reaktionäres System (auf der einen) und nationale Befreiungsbewegung (auf der anderen Seite)" spürbar. Der Widerspruch nähert sich seinem Kulminationspunkt und wird in seiner Lösung eine neue Qualität der politischen Sachlage erzeugen. Für uns heißt das: die richtigen Schlüsse ziehen und unseren Kampf darauf auszurichten.

Wir werden nicht die selben Fehler, wie jetzt gerade die meisten anderen nationalen Organisationen, begehen, die vom Verbotsterror des Systems hypnotisiert, weitere Schritte abwarten oder ihre Aktivitäten darauf begrenzt haben, die Verbote, durch die Anwendung von rechtlichen Mitteln, aufzuheben. Wie töricht ist doch solch ein Unterfangen, wie dumm ist es doch Vereine zu gründen, die dem bloßen Zweck: "Verbot aufheben" dienen. Wie verfehlt ist der Aufwand ihrer Energien. Denn wir können, wollen, und werden von diesem System keine Gerechtigkeit verlangen. Gerechtigkeit wird erkämpft und mit ihr die neue bessere Weltenordnung.

Konkret heißt das, uns also nicht zu Reaktionen auf den Systemterror verleiten lassen, sondern selber zu agieren, das System überraschen und dieses selbst zu Verteidigungsreaktionen zwingen. Anderenfalls bestimmt das System unser Handeln, wie werden ausrechenbar, ulkig und schlagbar.



Wir lösten mit Wirkung vom 20.1. 94 sämtliche Vereinsnamen, Symbolik und kameradschaftsübergreifende Organisationsstrukturen auf. Die Stützpunkte wurden in die vollständige Autonomie überlassen. Der "In Aktion" fällt weg, da dieser einen überregionalen Zusammenschluß dokumentiert. Des Weiteren ist ein Auftreten unter Namen wie FMJ / JF zu unterlassen. Als Namensbezeichnung für Aktion oder Auftreten, bei welchen dieses unumgänglich scheint, ist auf eigene Wortschöpfungen zurückzugreifen. Dabei ist zu beachten, daß eine ständig wechselnde Bezeichnung angebracht ist. Vermieden werden sollte die Bezeichnung "KS *Sowieso*".

Zur ideologischen Orientierung erscheinen der Angriff (in leicht veränderter Form) sowie eine Zeitung, die sich mit aktueller Tagespolitik beschäftigt und einmal monatlich herausgebracht wird. Außerdem sind Propagandamittel und Schulungsunterlagen über einen Versand zu beziehen.

Wir betrachten die Arbeit der Vorfeldorganisationen für abgeschlossen und halten die Kampfform der unzähligen Kameradschaften, Zellen und Strukturen (in Eigenregie!) vor Ort, in seiner Gesamtheit als, für das System, unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolges für absolut. Wichtigstes Faktum hierbei ist, daß es sich bei den gewonnenen und noch zu gewinnenden Kameradschaftsführern um Vertrauenspersonen handelt, die Initiativen und Maßstäbe in unserem Sinne setzen.

Unterstützungen finden in der bereits seit dem 1.1. praktizierten Form statt. Wir handeln entsprechend den Richtlinien S und O. Jedermann ist aufgerufen, Aktions- und Erfahrungsberichte bei der Redaktion einzureichen.

Im Sinne der Kontinuierlichkeit unseres Kampfes ist es zu vermeiden, mit den Systemgesetzen zu kontrahieren. Das betrifft vor allem schuldbares Auffliegen wegen Verbreitung von NS - Propagandamaterial. Diese Sachen sprechen niemanden an (bewirken also nichts!) und bringen unnötig hohe Geld- und Haftstrafen für den Verbreiter. Dasselbe gilt für klischeehaftes Benehmen und unvorsichtiges Auftreten in der Öffentlichkeit. Man kann in diesem Staat halt nicht immer und überall seine Meinung sagen. Unser Tip: "Arschlöcher merken - und warten bis es dunkel ist"!

R. Doberschütz

Die Auflösung wird per Dekret von der Führung angeordnet

nym »Jürgen Riehl« vermuten Insider niemand anderes als den bekannten Neonazianwalt Jürgen Rieger aus Hamburg: *»Die nationale Gemeinschaft muß sich praktisch organisieren, sie muß die Keimzelle einer streitbaren Gegen-Gesellschaft bilden. Daraus folgt selbstverständlich, daß die Organisationsform dieser Gemeinschaft nicht eine Partei, ein Verein oder eine sonstige Körperschaft im rechtlichen Rahmen des bestehenden Systems sein kann, sondern den Charakter einer 'Bewegung' haben muß,* ***mit strenger, verbindlicher Organisierung nach Innen, jedoch ohne formale, von außen her nachvollziehbare Strukturen.«*** (Hervorhebung durch Redaktion) Genauestens beschreibt der Autor das gewünschte Erscheinungsbild einer nach außen hin zerstrittenen Szene, welches insbesondere durch die jährlichen Verfassungsschutzberichte bestätigt wird. *»Es geht auch nicht um eine Massenbewegung«, sondern um die Verbreitung einer Struktur, wie sie in Gestalt »zahlreicher Gruppen, Freundeskreise, Gesprächsrunden und informelle(n) Zusammenschlüße(n),«* längst existiere. Empfohlen wird diese als Ausgangspunkt »entsprechender Aktivitäten« zu nutzen.[4]

Die illegale NSDAP

Nach dem Niedergang der NPD, die zuvor bei den Bundestagswahlen an der fünf Prozenthürde gescheitert war, begann Ende der sechziger Jahre die Neustrukturierung der Szene. Der eine Teil organisierte sich in Denkzirkeln und legte die Fundamente für die später so bezeichnete »Neue Rechte«, der andere Teil besorgte die Sammlung der vor allem gewaltbereiten Kader in einer verdeckt arbeitenden Hintergrundorganisation. Diese neue NSDAP wurde 1973 als Initiative aus der Taufe gehoben. Bei einem zweiten Gründungstreffen, 6./7. September 1975 in Wiesbaden, verfügte sie bereits über 16 regionale Unterorganisationen, eine Zeitung für die USA und Groß Britannien und den »NS-Kampfruf« für Deutschland. Der Versand des NSDAP-Materials erfolgt bis heute aus den USA, die Führung der Zellen und Zirkel liegen jedoch in der BRD und Österreich. Dies bestätigte erst kürzlich der US-Amerikaner Gary Lauck, der Chef der NSDAP-AO (Auslandsorganisation), gegenüber Spiegel TV. Er betonte, daß seine AO nur ein von außen überbewerteter Teil des Gesamtnetzwerkes sei.

In den Anfangsjahren setzte sich die neue NSDAP aus Wehrsportgruppen, sowie aus auserwählten Aktivisten anderer rechsextremer und faschistischer Organisationen zusammen. Die größte ihrer paramilitärischen Gruppen war die 1980 verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann, mit mehr als 400 Mitgliedern. Aus ihren Reihen stammten die Mörder des jüdischen Verleger-Ehepaars Levin, sowie die Verantwortlichen für den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 1980 13 Menschen ermordet wurden.





Foto oben:
Nazi-Anwalt Jürgen Rieger (rechts) mit dem Verleger Uwe Berg

Foto rechts:
Die Organisatorin der Aufmärsche zu »Ehren der Waffen-SS« in Halbe: Frau Dr. Ursula Schaffer (links - damalige DKG-Vorsitzende) und wahrscheinlich ihre Halbschwester Lisbeth Grolitsch (Vorsitzende der DKG u. DKEG Österreich).

Neben geschlossenen Verbänden, gehören bis heute eine große Zahl von Einzelpersonen zu den Mitgliedern des Netzwerks. Sie haben die Aufgabe, die Politik ihrer Organisationen im Sinne der Untergrundpartei zu beeinflußen. Schon 1977 umfaßte die NSDAP wichtige Mitglieder der Europäischen Arbeiterpartei (EAP), der Deutschen Volksunion, den Jungen Nationaldemokraten und ihrer Mutterorganisation NPD, der Wiking Jugend und last but not least alten Waffen-SSler.

Von diesen ging auch der Impuls zur Gründung der neuen Untergrund-NSDAP aus. Sie waren verbunden mit den Nachkriegsstrukturen der NS-Szene, vor allem mit dem Organisationsgeflecht, um das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG). Diese Scharnierorganisation des NS-Netzwerkes tritt auch unter den Namen Deutsche Kulturgemeinschaft, Freundeskreis Ulrich v. Hutten oder Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) in Erscheinung. Seit

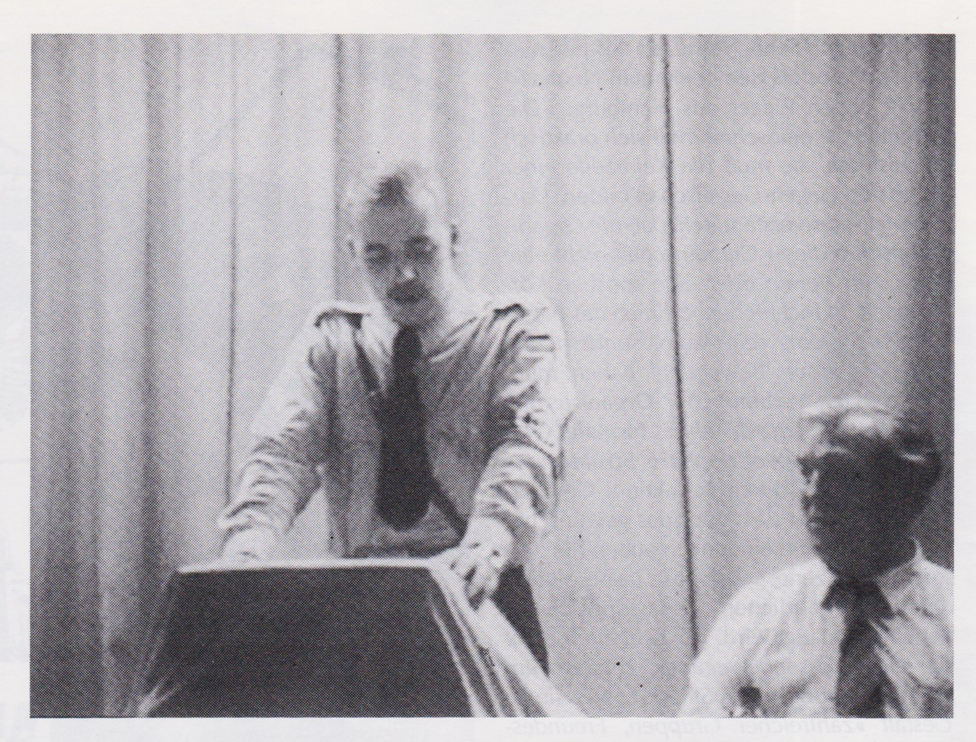
den fünfziger Jahren hat dieser Kreis die Schlüsselposition in der NS-Struktur Deutschlands und Österreichs inne. Seit der DKEG-Gründung 1950, mit 100.000 DM Starthilfe vom Stifterverband der deutschen Industrie[5], kommen hier regelmäßig auserlesene Kader aller Strömungen der extremen Rechten zusammen. Hier ist die eigentliche Schaltstelle des NS-Netzwerkes zu suchen. Auch die Neonazis sind dort eingebunden und hören auf den Ruf der Alten. Anfang der 90iger Jahre erschienen zu den Aufmärschen uniformierter Nazis auf dem brandenburgischen Soldatenfriedhof in Halbe, zu »Ehren der Waffen-SS«, alle Gruppen der sonst so zersplittert scheinenden Szene. Aufgerufen hatte die Deutsche Kulturgemeinschaft.

Die sichere Erkenntnis, daß ein Großteil der Neonazi-Gruppen in Wirklichkeit von einem Organisationsgeflecht maßgeblich gesteuert wird, hat man dem agilen Agenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Werner Gottwald zu verdanken. Gottwald war nicht irgendein Mitglied, er war seit 1975 Rechnungsprüfer der NSDAP und berichtete dem Amt detailliert über den regionalen Aufbau der Gruppen bis 1977, die Gründung der ANS Michael Kühnens ab 1977, über Geldtransfers und Waffen, über Wehrsport und Überfälle.

Unter dem Decknamen »Reiser« meldete er dem Bundesamt für Verfassungschutz die jährlichen Treffen der NSDAP-Führung, wie etwa im April 1976 auf der Insel Helgoland oder im Juni 1977 im niedersächsischen Trebel mit 120 Führungskadern. Unter der Teilnehmern dieser Jahre finden sich auch entscheidende NS-Kader der heutigen Zeit wieder: Der heutige Bundesvorsitzende der FAP, Friedhelm Busse, der in Deutschland mit Haftbefehl gesuchte Thies Christophersen, der Terrorist Manfred Roeder, der heute versucht im ehemaligen Ostpreußen einen deutschen Freistaat zu gründen, der Berliner Arnulf Priem von der Chefetage der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) oder sein Vorsitzender Christian Worch aus Hamburg, um nur einige zu nennen.

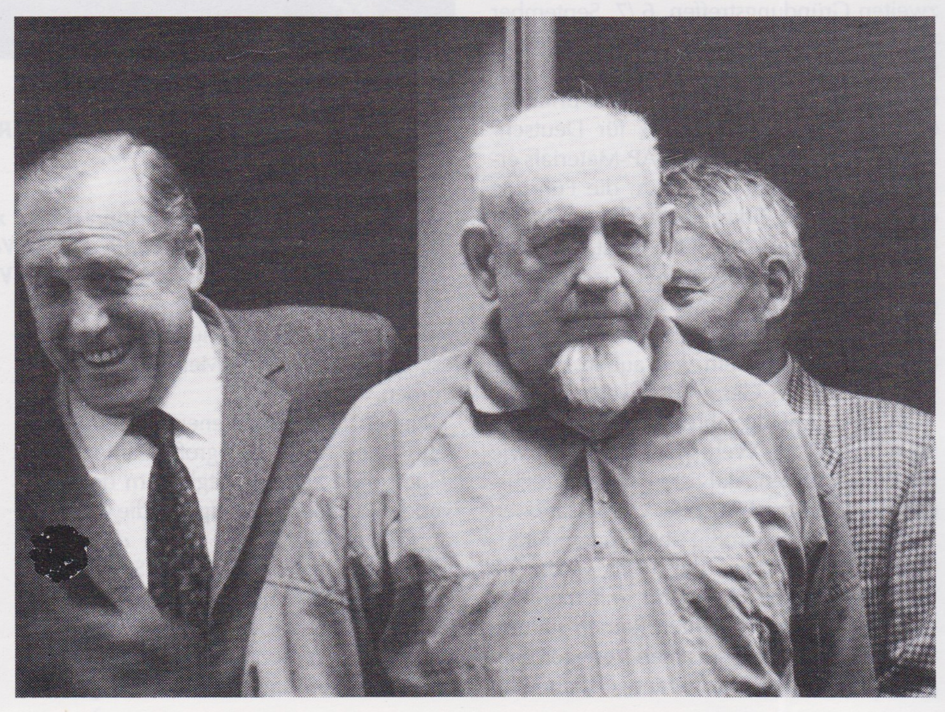
Wider besseres Wissens leugnete der Verfassungsschutz (VS) die Existenz einer überregional operierenden Nazi-Partei und erklärte, daß *»die meisten der neonazistischen Gruppen grundsätzlich keine Strukturen haben.«*. Dabei waren zumindest in den siebziger Jahren zahlreiche seiner Agenten maßgeblich am Aufbau der Untergrund NSDAP beteiligt. Der damals eingesetzte Verfassungsschützer Werner Lock aus Berlin schätzte die Anzahl seiner KollegInnen auf etwa 10% der Führungsetage.[7]

Bis heute bleibt das Amt bei dieser Darstellungsweise und erwähnt die bestehenden Hintergrundnetzwerke in seinen Berichten mit keinem Wort. Angesichts der Fülle von Hinweisen auf das illegale Zellensystem beruhen diese Äußerungen wohl weniger auf Unkenntnis. Kenner der Szene gehen davon aus, daß die Dichte von Verfassungschutzagenten und Informanten unter den Nazis, ähnlich hoch ist wie in den siebziger Jahren. Der VS betreibt Politik, indem er dafür sorgt, daß das Netzwerk unbeachtet, wenn auch nicht unbeobachtet, operieren kann. Wie offen parteiisch dies mitunter stattfindet drückt sich nicht nur in der Mißachtung des Regierungsbeschlußes die REPUBLIKANER zu beobachten aus, sondern auch in Ausführungen des obersten Verfassungschützers der Republik, Ekkehard Werthebach. Nach einer beispiellosen Welle der faschistischen und rassistischen Gewalt erklärte er noch 1993 gegenüber dem deutschen Bundestag, daß Organisationsgrad und Kommunikation *»bei den Linksextremisten und Autonomen nach wie vor höher als bei den Rechtsextremisten«* seien.[8]



Friedhelm Busse (rechts) war schon 1977 Mitglied der illegalen NSDAP, hier auf einem Parteitag 1990 in Berlin mit seinem Stiefelputzer Lars Burmeister (FAP-Berlin)

Schlüsselfiguren des NS-Netzwerkes wie der Österreicher Herbert Schweiger (DKG, NF) haben bei diesem Verfassungsschutz gut lachen.



Ausblick

Die alten Parteienverbände verlieren an Bedeutung, an ihre Stelle treten miteinander verknüpfte Kameradschaften und Zirkel , die Ziele auf unterschiedlichen Ebenen verfolgen. Generell gilt, daß Untergruppen sich gemeinsame Schwerpunkte setzen. *»Die lokalen Gruppen richten regelmäßig Mitgliedertreffen aus, meist in Form eines wöchentlich stattfindenden Stammtisches. Hinzu kommen andere Veranstaltungen wie z.B. Vortragsabende, Schulungen, Öffentlichkeitsaktionen, Gedenkveranstaltungen...«*[9] Gruppen eines Organisationsteils, z.B. die Staatsbriefe Lesekreise, die FAP und GdNF als Strukturen des SA-Flügels oder die NF-Nachfolgegruppen als Strukturen des SS-Flügels, bilden jeweils einen Organisationsbereich, der über die Hierarchie des Führerprinzips mit der Leitung anderer Teile des Netzwerkes verbunden sind. Zur weiteren organisatorischen Verknüpfung stehen verschiedene regionale Institutionen des Gesamtnetzwerkes bereit. Dazu gehören u.a. die Initiative Gesamtdeutschland mit Sitz in Bonn, die Berliner Kulturgemeinschaft Preußen und der Frankenrat aus Aschaffenburg. Fraktionsübergreifende Kadertreffen dieser Art finden in jeder Region der BRD statt. Hier kommen die regionalen Anführer der verschiedenen Teile des Netzwerkes zusammen. Zu den wichtigsten überregionalen Treffen der Kaderstruktur gehören die periodisch abgehaltenen »Gästewochen« der Deuschen Kulturgemeinschaft. (1993 tagten sie wieder unter dem Namen DKEG in Saalfeld – INFO 25) Hier treffen sich die einflußreichsten Nazis der verschiedenen Abteilungen aus Deutschland und Österreich.

Demzufolge ist das Organisationsgeflecht um die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), nur eine Abteilung und ihr Anführer Worch nur ein Abteilungsleiter in der NS-Hierarchie. Dieser versucht seine GdNF wiederzubeleben und verordnet den Mitgliedern der verbotenen GdNF-Vorfeldstrukturen aus Deutscher Alternative oder Nationaler Offensive, die Bildung einer Struktur, die für den Gegner nur *»schwer erkennbar«* sein solle.[10]

Verstärkte Anstrengungen sind seit zwei Jahren zum Aufbau einer »Werwolf-Struktur« mit kleinen beweglichen Gruppen zu beobachten. Die aus Mitgliedern verschiedener Fraktionen zusammengesetzten Kommandos, wie z.B. die Briefbombenattentäter, sollen für die Zeit bereit stehen *»in der unsere agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivgeschosse ausgetauscht und/oder ergänzt wird.«* Potentielle Anschlagsopfer sind nicht nur aktive AntifaschistInnen, sondern ausdrücklich alle, dem Nationalsozialismus gegnerischen Kräfte: *»Wer uns und unserem Volk schlecht gesinnt ist wird bekämpft.«*[11] Auch die Schwesterorganisationen der bundesdeutschen Anti-Antifa, Combat 18 aus England oder der terroristische WEIßER ARISCHER WIDERSTAND (VAM) aus Schweden, orientieren sich an diesem Vorbild und senden ihre Mitglieder als Söldner nach Bosnien/Kroatien und als Kommandos nach Südafrika.

Doch der Ausbau eines paramilitärischen Netzwerkes ist nur der eine Schwerpunkt zur Vorbereitung eines »Rassenkrieges«. Im Vordergrund steht die eingeschworene Gemeinschaft, von der aus Schlüsselpositionen und Meinungen innerhalb der Gesellschaft besetzt werden sollen. Der unter dem Pseudonym Hartmut Hesse schreibende »Nation+Europa« Mitarbeiter beschwörte im Januar diesen Jahres die Gefolgschaft von der Arbeitsweise der Jesuiten zu lernen: *»Was so ein kleiner Orden wie der Jesuitenorden bewegt hat, nötigt bei allem inhaltlichen Widerwillen Respekt ab.«*[12] Hier offenbart sich die historische Kontinuität der Neonazis: SS-Führer HEINRICH HIMMLER baute seine Geheimorganisation *»nach Vorbild des legendären Jesuitenordens auf, den die SS offiziell bekämpfte, doch bis ins kleinste Detail kopierte.«*[13] ■

1 - In Aktion Hornung (Februar) 1994
2 - Protokolle des Verfassungsschutzagenten Werner Gottwald, veröffentlicht in ´konkret extra´ 1982
3 - Angriffsziel: Antifa, Sonderheft dsr Rechten Randes 3/94
4 - Nation+Europa 1/94
5 - Das Kulturwerk europäischen Geistes, Bernd Engelmann
6 - Bundesverfassungschutzbericht 1975
7 - konkret, Deckname Reiser, 1982
8 - 20.April 1993 Vortrag vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages
9 - Gründungspapier der Initiative Gesamtdeutschland 3.11.1991
10 - Spiegel 14/94
11 - «Eine Bewegung in Waffen« Heinz Westmar (Pseudonym) 1991 »Horst Wessel Verlag
12 - Nation + Europa 1/94
13 - Der Orden unter dem Totenkopf, Heinz Höhne

Rostock-Lichtenhagen 1992: drei aktive und ein ehemaliger??? Drahtzieher der NS-Zellenstruktur (v.l.n.r.): Ingo Hasselbach (Ex-NA und NS-Denkzettel mit starken Werwolf-Neigungen, Stefan A. Niemann (Initiative Gesamtdeutschland, DJBW), Norbert Weidner (FAP-Bonn) und Bela Ewald Althans (Deutsches Jugend Bildungswerk - DJBW)



NF-Nachfolger bilden verdeckte Strukturen

Im Februar diesen Jahres löste sich die Direkte Aktion Mitteldeutschland (JF) offiziell selbst auf. Die JF sah sich als »mitteldeutsche Jugendbewegung« und ging aus der verbotenen Nationalistischen Front hervor. Unter der Überschrift »Die Zeit ist reif« erschien Ende Februar 1994 die vorerst letzte Ausgabe des internen Mitgliederrundbriefes »In Aktion«. Die »Arbeit der Vorfeldorganisationen ist abgeschlossen« wird erklärt, von nun an kann die Organisation die Struktur im Stillen ausbauen. Über ein straff geführtes Zellensystem bleiben die einzelnen Gruppen der Organisation nach wie vor verbunden.

Das Abtauchen der JF führte auch schon zu Disputen zwischen dem brandenburgischen Innenministerium und Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU). Kanther wird vorgeworfen ein Verbot nach dem Vereinsgesetz gegen die NF-Nachfolgegruppierungen blockiert zu haben und die Ermittlungen durch das Anfordern immer neuerer Beweislast in die Länge gezogen zu haben. Nach der Selbstauflösung der JF fordert das Bundesinnenministerium nun Beweise für die verfassungswidrige Tätigkeit jeder einzelnen Gruppe der illegalen JF.

Daß heute gerade den ehemaligen Mitglieder der Nationalistischen Front (NF) eine Vorreiterrolle bei der Ausbreitung des Zellensystems der NSDAP zufällt, ist nicht verwunderlich. Das Parteienverbot vom November 1992 zeigte die geringste Wirkung bei ihnen. Insbesondere ihr kurz vor dem Verbot gegründetes Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ), das später in Direkte Aktion Mitteldeutschland (JF) umbenannt wurde, entwickelte sich zur stärksten NS-Struktur in Berlin-Brandenburg. Im Gegensatz zur Deutschen Alternative, die den Großteil ihrer Mitglieder nur lose einbinden konnte[14], war die Nationalistische Front von vornherein auf die Bildung einer Zellenorganisation ausgerichtet: *»Prinzipiell ist eine Gruppe voll arbeitsfähig, wenn Folgende in ihr vorhanden sind: Ideologe, Stratege, Redner, Verwalter, Techniker, Geldbeschaffer und dazu einige sogenannte Mitläufer. Treten die genannten Fähigkeiten in einer Gruppe mehrfach auf, so empfiehlt sich für jene »überschüssigen Kräfte« die Führung von Nebenzellen.«*[15] Die kalte Berechnung, mit der das zu organisierende Menschenmaterial klassifiziert wird, hat seine Wurzeln im Organisationskonzept der Waffen-SS und die war schon immer Vorbild für die NF.

Wie ihre großen Vorbilder setzten auch die NF-Nachfolger von vornherein auf strenge Auslesekriterien, von anderen Fraktionen der NS-Szene wird ihnen auch ein »konspirativer Tick« nachgesagt. Die Teilnahme an Schulungen ist genauso Pflicht, wie die Beitragszahlung. In der Organisation werden nur diejenigen geduldet, die sich an die Organisationsprinzipien halten. Die Organisationsleitung hat *»die Arbeitsweisen streng kontrolliert und im Bedarfsfall die Führungspersonen ausgetauscht«*, heißt es im internen Rechenschaftsbericht (Zeitraum: 20.1.1992 – 28.2.1994!).

Die Gruppen der JF sind in Stützpunkten organisiert, die mit vier Mitgliedern und einem Leiter, die kleinste Einheit darstellen. Wenn eine Gruppe zu groß wird, entsteht eine zweite. Mehrere Stützpunkte schließen sich zu einer Ortsgruppe zusammen (siehe INFO 26). Die Ortsgruppen arbeiten voneinander abgeschottet, nur ihre Leiter stehen in Kontakt zueinander. Die drei Leiter einer Ortsgruppe, werden wie die Stützpunktleiter von Oben eingesetzt und sind Teil einer strikten Hierarchie. An der Spitze der Pyramide steht die Organisationsleitung, die diese »dezentrale Struktur« koordiniert. Unter dezentral ist hierbei die von den regionalen Gruppen geforderte Eigeninitiative zu verstehen, nicht das Aufstellen eigener Spielregeln.



NF aus Berlin und Osthavel in Halbe 1991: Jens Kostecki (l.v.r.), Andrew (2.v.r.), Sanders aus Berlin (4.v.r.)

Die JF tritt heute unter anderem in Potsdam als P.O.H.L.-Gruppe auf, für Insider ist unschwer zu erraten, daß dort der ehemalige stellv. NF-Vorsitzenden ANDREAS POHL das Zepter schwingt. Er vertreibt auch bunte Hochglanzaufkleber mit den üblichen NF-Motiven. Der »Hennigsdorfer Beobachter« ist ein weiteres Produkt dieser Struktur und führt auch den Namen der kostenlos verteilten Lokalzeitung aus der Zeit vor der Auflösung weiter. Die in Auflage von mehreren tausend kostenlos verteilte Jugendzeitung »Der Angriff« soll weiter erscheinen, *»zur ideologischen Orientierung (in leicht veränderter Form), sowie eine Zeitung, die sich mit aktueller Tagespolitik beschäftigt und einmal monatlich herausgebracht wird. Außerdem sind Propagandamittel und Schulungsunterlagen über einen Versand zu beziehen.«*

Zentraler Versand ist der DONNER VERSAND von MAX TH. MEHR aus Lüdenscheid, was eine ganzseitige Anzeige in der schon zitierten »In Aktion« nahelegt. In Berlin vertreibt außerdem der FREUNDESKREIS REVOLUTIONÄRER VOLKSSOZIALISTEN NF-Schulungsmaterial, sowie Flugblätter und die Zeitung »Stadtrebell«.

---

14 - *»In der Folgezeit erwies sich unser Beitragssystem erstmals als hervorragende Auslese. Gerade bei Kameraden, die aus der Deutschen Alternative (DA) zu uns stießen, erkannten wir eine ausgesprochene Zahlungsunzuverläßigkeit. Einige behaupteten gar, Beiträge habe man bei der DA nie zahlen müßen.«* (In Aktion – 2/94)

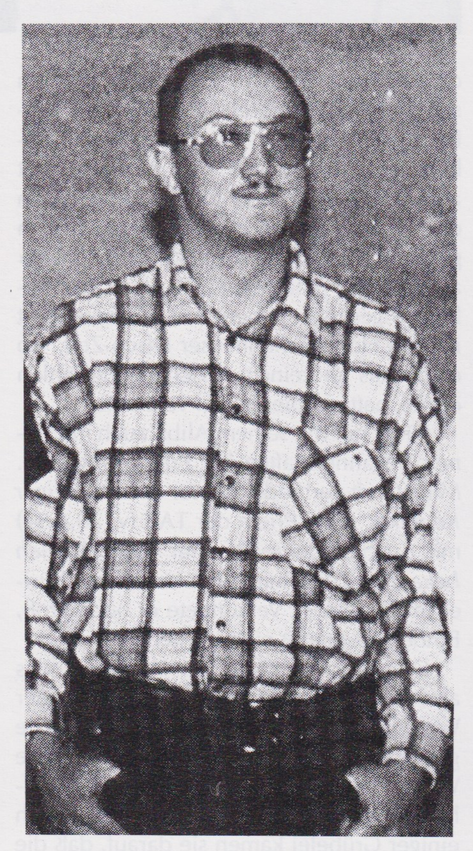
15 - Nationalistische Front: Aufgaben für die Ortsgruppenmitglieder

Die Ermittlungen in Österreich in Sachen Briefbomben wurden im April vorläufig abgeschlossen und die Akte der Staatsanwaltschaft übergeben. Belastet werden die VAPO-Aktivisten Binder und Radl. Weitere Spuren führen in die BRD und da vor allem nach Berlin. Doch die Berliner Sicherheitsbehörden tun alles, damit die Ermittlungen nicht weiter kommen.

BRIEFBOMBEN

BRD-Behörden blockieren die Ermittlungen







Drei Tatverdächtige: Die Österreicher Franz Radl (l.) und Peter Binder (m.) und der Berliner Bendix Wendt alias »Dr. Vanda«.

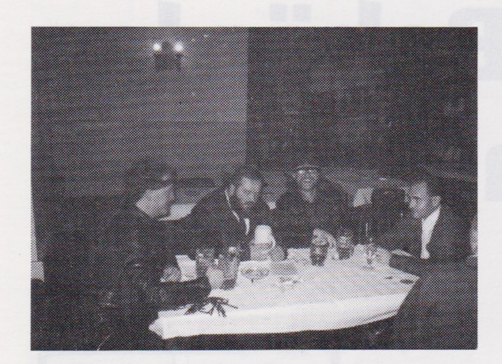
Gegen Peter Binder und Franz Radl wird ein Indizienprozeß geführt werden, vor allem bei Binder liegt eine Fülle von Indizien vor. Die österreichische Polizei geht davon aus, daß es bereits im Frühjahr 1993 in Niederösterreich ein Geheimtreffen der VAPO-Führungsspitze gegeben hat. Einer der Teilnehmer, so das Wiener Magazin Profil, vertraute einem Kameraden an, daß *»was ganz fürchterliches geplant wird«*. Ende Mai des selben Jahres gab es nach Angaben der Wiener Staatspolizei ein weiteres Treffen zwischen Radl und Binder, wo es um die praktische Umsetzung der Beschlüsse des Frühjahrstreffens ging. Dort soll die Entscheidung gefallen sein, aus Sicherheitsgründen in Österreich deutsche Faschisten, und umgekehrt in der BRD Österreicher, die Anschläge ausführen zu lassen.

Radl hatte im Juli 1993 während seiner fünfmonatigen Haft einen Brief an den ebenfalls einsitzenden VAPO-Chef Gottfried Küssel geschrieben. Dabei ging es um die Bildung geheimer, militärischer Kader und um eine *»verschärfte Gangart«*. Im September 1993 führte die Polizei eine Hausdurchsuchung in Radls Wohnung durch und beschlagnahmte einen PC mit »Feinddaten«, darunter auch die Namen der späteren Anschlagsopfer.

In den HNG-Nachrichten vom November 1993 forderte Radl auf, *»10 Briefe für 10 Jahre Küsselhaft«* zu verschicken, im Dezember kamen sie bereits – mit Nitroglycerin gefüllt.

Der ebenfalls unter Tatverdacht stehende Berliner Nazi Arnulf Winfried Priem (rechts) hat ein Alibi der »Vandalen« (unten) vorzuweisen





Mittäter aus der BRD

Zu möglichen deutschen Tatbeteiligten gibt es einige Neuigkeiten. Bei EKKEHARD WEIL hatte das Wiener Innenministerium gezielte Desinformation betrieben. Ihn hatte es nie wirklich als Mittäter im Visier gehabt, sondern wollte ihn wegen Binders BRD-Kontakten befragen. Bochumer AntifaschistInnen hatten Weil mittlerweile beim dortigen Landesgericht ausfindig gemacht, wo er Mitangeklagter in dem Prozeß gegen den FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND war.

Zwei Tage nach Binders Verhaftung an der tschechischen Grenze rief bei dessen Ehefrau ein Mann an, der sich mit »Dr. Vanda« meldete. Als Frau Binder ihm von dem Schicksal ihres Mannes berichtete, wurde er nervös und meinte, er müsse jetzt verschwinden. Die Staatspolizei hatte das Telefon abgehört.

Wer sich hinter »Dr. Vanda« verbirgt, hatte Ingo Hasselbach, der spätere Nazi-«Aussteiger« mit seinen Angaben bei der Polizei 1990 enthüllt: der Ostberliner BENDIX WENDT. Der Name leitet sich von den Ostberliner Faschorockern DIE VANDALEN ab. Wendt hatte in dem besetzten Haus in der Berliner Weitlingstraße gewohnt. Er gilt als Waffenfanatiker mit Sprengstofferfahrung, er war in der DDR bereits 1987 aufgefallen, als er auf den Schlachtfeldern bei Halbe nach Militaria buddelte. Noch zu DDR-Zeiten ließ er sich seine Blutgruppe zusammen mit SS-Zeichen in den linken Oberarm tätowieren; unter DDR-Justiz hatte er sich mehrfache Vorstrafen wegen Volksverhetzung und faschistischer Propaganda eingehandelt. Wendt wurde nach Fall der DDR rechte Hand des GdNF-Kaders ARNULF PRIEM, zusammen suchten sie nach Überbleibseln aus dem 2. Weltkrieg und besuchten zusammen die Klubabende der »Vandalen«. Von denen stammt auch das Alibi Priems für den 3.12.93, an dem er von Zeugen in der Wiener U-Bahn gesehen wurde: Er will mit den »Vandalen« an diesem Freitagabend in deren Stammkneipe gesessen haben. Auf seinen Auftritt in dem Hohenschönhauser Disco-Zelt, wo er damals an keinem Wochenende fehlen durfte, hatte er dieses Mal verzichtet.

Nicht nur mit seinem Alibi, auch mit seinen Bekanntschaften hat Priem Probleme. Mit Wendt verbinde ihn nur ein *»zufälliger Kontakt«*, teilte Priem der TAZ (v. 20.4.94) mit. Auch Binder sei ihm nur *»oberflächlich bekannt«*. Zur Erinnerung: Im Wiener Kurier im Dezember verkündete er noch groß, Binder überhaupt nicht zu kennen.

Die Durchsuchung der Wohnung des abwesenden VAPO-Mitglieds Alexander Wolfert, in der Binder seine Nitro-Versuche gemacht hatte, brachte eine neue Spur. Die Wiener Fahnder waren auf leere Patronenhülsen ohne Zündhütchen gestoßen. Nach einiger Grübelei kamen sie darauf, daß die Zündhütchen Quecksilberfulminat enthalten hatten, der Detonationsstoff für das Nitroglycerin in den Briefbomben. Diese besondere Chemikalie wurde fast nur in der DDR bei der NVA in der Munition benutzt und Binder hatte einiges aus offen gelassenen DDR-Kasernen mitgehen lassen. Bisher konnten die Ermittler keine Vergleichsstücke auftreiben, der DDR-Lieferant, eine französische Fabrik im afrikanischen Obervolta, hatte dichtgemacht.

Dieses Quecksilberfulminat führte auf die Fährte zu einem anderen deutschen Faschisten, der diese Chemikalie aus alten DDR-Beständen ebenfalls für seine Anschlägen benutzt hatte: PETER NAUMANN, Chemie-Diplomingenieur, 41 Jahre alt. Er war Kreisvorsitzender der Wiesbadener NPD, 1985 gründete er den VÖLKISCHEN BUND. 1988 wurde er wegen seiner terroristischen Aktivitäten zu viereinhalb Jahre Knast verurteilt, aber schon im Dezember 1990 entlassen. Naumann hatte u.a. einen Sprengstoffanschlag auf die Gedenkstätte der Opfer des Gestapo-Chefs von Rom, Herbert Kappler, verübt. Die Sprengung von Sendemasten 1979 sollte die Ausstrahlung der TV-Serie »Holocaust« verhindern. Bei Fulda sprengte er DDR-Grenzbefestigungen. Der für 1982 geplante Anschlag auf das Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau flog vorher auf, ebenso die Sprengung von Strommasten in Südtirol. Verhaftet wurde Naumann 1987 aufgrund von Aussagen seines Mitstreiters und BKA/STASI-Doppelagenten OTTFRIED HEPP.

Das Magazin Profil schreibt, daß laut Berliner Staatsschützern Naumann mehrmals in Berlin gewesen sei und mit der ADI, in der sich alte NF und DA-Kader treffen, kooperierte. Der ARBEITSKREIS DEUTSCHE INTERESSEN sitzt in Solingen und Berlin, Organisationsadresse ist seit Anfang des Jahres ein Postfach in 12417 Berlin unter Sven Krohn, c/o OLIVER KULIK. Der Vorsitzende des ADI ist BERND KOCH, ein altes GdNF-Mitglied. Koch kam im Zusammenhang mit den Solinger Morden als Führungsmitglied des DHKKV (Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband) ins Gespräch. Drei der vier wegen der Brandstiftung Angeklagten haben in diesem rechtsextremen Klub trainiert. Der ADI wird auch als der »politische Arm« des DHKKV ge-

handelt. Die Akten des DHKKV sind kurz nach dem mörderischen Brandanschlag aus den Vereinsräumen abtransportiert worden, später aber den Behörden wieder in die Hände gefallen. Der DHKKV verfügt bundesweit über 450 Mitglieder und sollte eine Rolle im Rahmen des »Nationalen Einsatzkommandos« (NEK) der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) spielen.

Die Frage bleibt, was Naumann bei der ADI in Berlin getrieben hat. Wendt hat Sprengstoffkurse bei Neonazis absolviert, das ist bekannt, sollte der Lehrmeister ein Sprengstoffexperte aus Wiesbaden gewesen sein?

Die Ermittlungen der Behörden

Diese Frage sollte eigentlich BKA und Berliner Staatsschutz brennend interessieren. So durchsetzt von Informanten, wie die Berliner Nazi-Szene ist, dürfte der Staatsschutz die Antwort längst wissen. Auf der Ebene der Ermittlungen wird jedenfalls nichts getan, was weiteren Aufschluß über die Hintermänner der Briefbomben geben könnte.

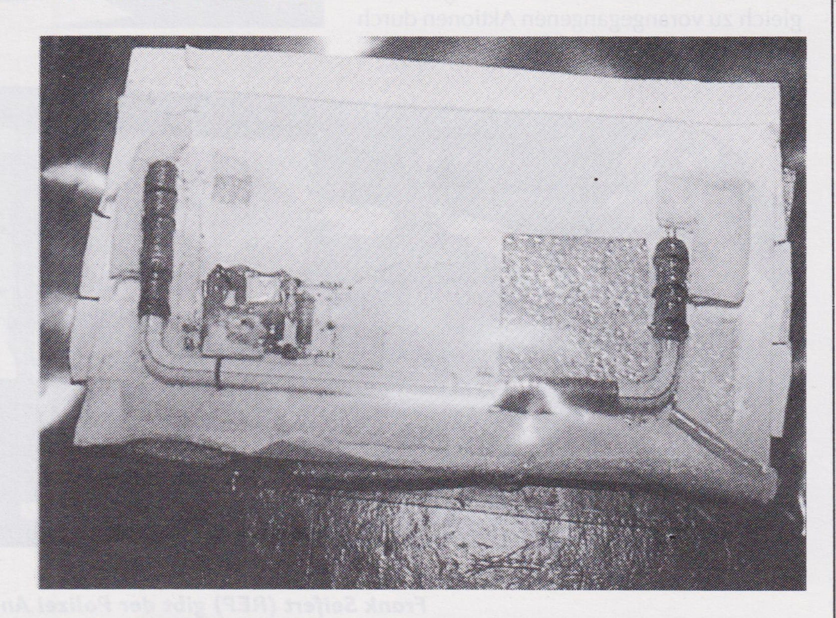
Das österreichische Innenministerium teilte im April der TAZ mit, daß Interpol nach Wendt fahnde. Der Sprecher des Bundeskriminalamts (BKA) erklärte am selben Tag: *»Uns ist über eine Fahndung nichts bekannt.«* Es sei bislang auch nicht belegbar, daß die Briefbomben in Zusammenhang mit der deutschen Neonazi-Szene gebracht werden könnten. Die Sprecherin des österreichischen Innenministeriums sagte dagegen, daß sie zusammen mit einer BKA-Beamtin, die letztes Jahr für zwei Wochen in Wien war, auf die »deutsche Spur« gekommen sei. Laut Profil vom 25.4.94 haben die österreichischen Behörden lediglich ein Ersuchen an das Wiesbadener BKA zur Feststellung von Wendts Aufenthaltsort gerichtet, um ihn vernehmen zu können. Der BKA-Sprecher: *»Einen Haftantrag müßten die Österreicher selber stellen.«* Das BKA wurde nicht tätig, sondern leitete eine Bitte um Mithilfe an den Berliner Staatsschutz. Wendt ist seit Dezember '93 untergetaucht und die Zuständigkeiten werden weiter hin und her geschoben.

Die Berliner Zeitung (20.4.94) bekommt auf die Frage, wozu der Sprengstoff und die Waffen, die Binder Richtung Berlin transportierte, denn eingesetzt werden sollten, die Antwort der Sprecherin des österreichischen Innenministeriums: *»Das wäre Sache des Bundeskriminalamtes, in diese Richtung weiterzuermitteln.«* Das BKA verwies gegenüber der Berliner Zeitung wiederum auf Österreich. Dem BKA-Sprecher waren auf Anfrage keine speziellen Ermittlungen in der BRD bekannt, die deutsche Polizei sei nur als Amtshilfe tätig geworden.

Naumann hat offensichtlich keine größeren Probleme mit der Polizei. Es hat zwar beim »Völkischen Bund« im Februar eine Hausdurchsuchung gegeben, nach Angaben in den HNG-Nachrichten aber wegen faschistischen Propagandamaterials.

Weder BKA noch der Berliner Staatsschutz sehen sich bemüßigt, wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung in Berlin zu ermitteln. Dabei käme einer ihrer Informanten aus der GdNF-Führungsetage ins Schußfeld, denn immer wieder stoßen wir auf Arnulf Priem. Sein dünnes Alibi für den 3.12.93, sein enges Verhältnis zu dem flüchtigen Wendt, seine Adresse in Binders Unterlagen, Binders Aussage, daß er die Waffen nach Berlin zu einem Faschisten von den »Vandalen« bringen wollte, einer Truppe, mit der Priem sehr eng zusammenhängt...

Die Art, wie die Sicherheitsbehörden in Berlin ermitteln, lassen nur einen Schluß zu: Es sollen ihre Mitarbeiter im Faschonetz geschützt werden und es besteht kein Interesse seitens des Staatsapparates, den Faschisten bei ihrem Organisationsaufbau, inklusive des Terrornetzes, ins Zeug zu fahren. ■



Die verschickten Briefbomben sind mit viel technischem Wissen hergestellt worden.



Magdeburg

REP-Veranstaltung geplatzt

Schon wieder ist es den Magdeburger REPs mißglückt, ein Kreisverbandstreffen durchzuführen. Nachdem bereits im Januar ein solches Treffen von Antifas verhindert wurde (vgl. AIB 26, S.24), versuchten die REPs diesmal, ihre Mitglieder von einem Schleusungspunkt aus zum unbekannten Treffpunkt zu geleiten. Der Schleusungspunkt wurde von Antifas angegriffen. Die REPs mußten den Platz verlassen. Nach Angaben Magdeburger Antifas konnte das Treffen dann nicht mehr stattfinden.

Inzwischen schnüffelt – unter anderem in diesem Vorfall – die politische Polizei in Magdeburg massiv nach antifaschistischen Zusammenhängen, insbesondere in Jugendeinrichtungen und durch gezielte Vorladungen. Aufgrund einer Anzeige der REPs wird auch gegen die Antifa-Gruppe »Bandiera Rossa« ermittelt, die im Januar eine »Agit-Prop«-Aktion durchgeführt hatte.

Berlin

Priems Auto war einmal

Wie soll er das seinem Führer erklären! Da schenkt Christian WORCH seinem Kameraden A.W. PRIEM ein Auto – sein altes war von Antifas abgefackelt worden - und der paßt wieder nicht auf.

Am Sonntag, dem 17.4.1994, hat die »Antifaschistische Kolonne Hannie Schaft« (benannt nach der holländischen Widerstandskämpferin gegen den Faschismus) den PKW mit dem Kennzeichen B-AP 3636 abgefackelt.

Priem hatte sich wohl voll und ganz darauf verlassen, daß der Berliner Staatsschutz, der auch früher schon gut mit ihm zusammenarbeitete, sein Haus rund um die Uhr schützt.

Stoppt Nazi-Zeitungen!

»Glasbruch, Buttersäure, Plakate« bei 4 Zeitungskiosken in Berlin, die die »Junge Freiheit« (JF) verkaufen. Nach vorangegangenen Warnungen wurden die Geschäfte am 11.4. '94 »mit Sachschaden ... darauf aufmerksam gemacht, daß es nie zu spät ist, sich anders zu entscheiden« und die JF nicht mehr zu verkaufen (Erklärung »Autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten« vom 11.4.1994).

Aktion gegen REP-Propaganda

An der Arminius-Markthalle in Berlin-Tiergarten kam es während einer Aktion gegen REP-Propaganda am 16.4. zur Festnahme von zwei Antifas. Die »Antifaschistische Initiative Moabit« (AIM) versuchte, wie bereits in der Vergangenheit, die Öffentlichkeit auf den rassistischen und faschistischen Inhalt der REP-Propaganda aufmerksam zu machen, die vor der Markthalle verteilt wurde. Nach Angaben der AIM war das Verhalten der REPs an diesem Tag im Vergleich zu vorangegangenen Aktionen durch ausgesprochene Aggressivität geprägt. Die Strategie der Partei, mit unverholenem Antisemitismus in den Wahlkampf zu gehen, kam in offen antisemitischen Aussprüchen zum Ausdruck. So wurde ein Mensch, der die Annahme eines Flugblatts verweigerte und erklärte, seine Eltern seien im KZ Theresienstadt ermordet worden, beschimpft, die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik geleugnet. Andere Personen bekamen zu hören: »Wir lassen uns nicht von 40.000 Juden in Deutschland drangsalieren.« Der Bezirksverordnete der REPs im Rathaus Tiergarten Frank SEIFERT tat sich besonders hervor. Der Chef der Berliner Jugendorganisation der REPs »begrüßte« einen Antifa mit den Worten »Heil Hitler, du Jude«.

Das Auftreten der REPs ging in dieser Form weiter, was bei vielen PassantInnen zu Empörung führte. Die Polizei hingegen war nicht empört, sondern ließ sich ihr Vorgehen von Seifert diktieren. Wie die AIM





Frank Seifert (REP) gibt der Polizei Anweisungen, Antifas festzunehmen, die diese kurz darauf ausführt



Ein antifaschistisches Aktionsbündnis verhinderte den FAP-Aufmarsch

auf einem Foto dokumentieren kann, gab er der eintreffenden Polizei Anweisungen, die diese befolgte, indem sie auf eine Person losstürmten, auf die der REP vorher gezeigt hatte. Ein weiterer Antifaschist wurde bei dieser Gelegenheit ebenfalls festgenommen. Die Polizei ging brutal vor.

Die AIM nahm den Vorfall am folgenden Wochenende zum Anlaß für eine Kundgebung vor der Markthalle, bei der der Bevölkerung die Vorfälle vom 16.4. in einem Redebeitrag berichtet wurden.

Aufmarsch der FAP verhindert

Wenn wir zusammenarbeiten sind wir stark. Das zeigte sich anhand der Mobilisierung Berliner AntifaschistInnen gegen den 1.Mai-Aufmarsch der Nazis. Antifas aus unterschiedlichsten Gruppen wirkten zusammen, organisierten Fahrwachen, eine Aktion vor Ort und Öffentlichkeitsarbeit.

Am 9.April fand der Bundesparteitag der faschistischen FAP auf der Berliner Havelinsel Lindwerder statt. Für einen relativ reibungslosen Ablauf sorgte die Polizei, der Parteitag war angemeldet, gegenüber der Presse wurde Stillschweigen bewahrt. Angereist waren etwa 250 Faschisten, unter ihnen auch Mitglieder der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) und Vertreter der DEUTSCHEN NATIONALISTEN (DN). Anwesend war auch deren Chef Michael PETRI, einer der mutmaßlichen Hersteller der Anti-Antifa-Terrorliste »Der Einblick«. Daß es auch um Anti-Antifa-Aktivitäten gegangen ist, bestätigte der stellvertretende FAP-Bundesvorsitzende SS-Siggi Borchard gegenüber der taz. Doch als mehrere Antifas die Autos der Faschos tieferlegten, sprich Reifen zerstachen, waren die deutschen Recken nicht schnell genug von der Insel gekommen und die bereitgestellten Hundertschaften der Berliner Polizei waren erst auf dem Wege.

Die Organisierung des Parteitages galt als Generalprobe für den geplanten Aufmarsch am 1.Mai in Berlin. Während die Generalprobe über die Bühne gegangen ist, fiel die Premiere ins Wasser. Am Freitag dem 29.April meldete die FAP ihren Aufmarsch im Bezirk Treptow, Stadtteil Johannisthal, an – wohlwissend, daß ohne Polizeischutz nicht ans Marschieren zu denken ist. Doch die Polizei war angesichts angekündigter Proteste eines breiten Bündnisses von antifaschistischen Initiativen und Gewerkschaftsgruppen nicht bereit, den Aufmarsch zu genehmigen. Die Genehmigung erteilte zu guterletzt das Berliner Verwaltungsgericht, das dem Einspruch der Nazis stattgab.

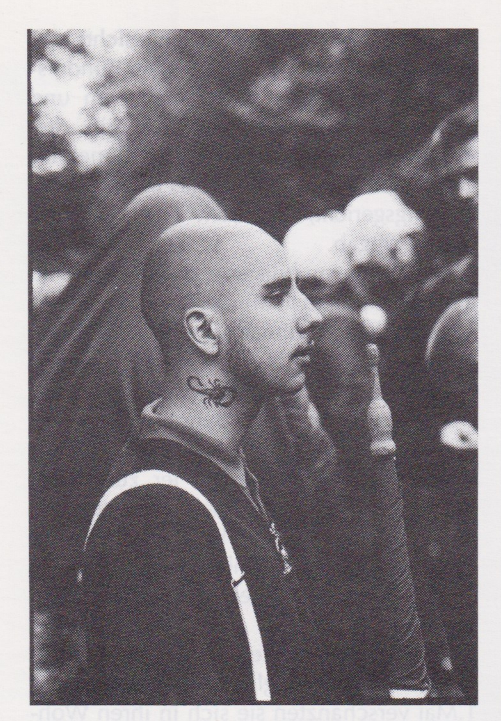
Daraufhin mobilisierte das Bündnis zu einem Treffpunkt in unmittelbarer Nähe des angemeldeten Aufmarschortes der Nazis, und über 500 AntifaschistInnen erschienen dort schon 1 1/2 Stunden vor den Nazis. Der Platz zwischen S-Bahnhof und Aufmarschort war gut gewählt. Völlig unkoordiniert versuchten die FAP´ler zum Sammelpunkt zu gelangen, doch sie trauten sich nicht an den Antifas vorbei. Dabei war der ganze Stadtteil von Einheiten des Bundesgrenzschutz, einschließlich Schützenpanzer, besetzt.

Man muß bedenken, daß in diesem Bezirk viele FAP-Mitglieder wohnen – am 1.Mai verschanzten sie sich in ihren Wohnungen, Diagnose: »mehr Schiß als Vaterlandsliebe«. Stellvertretend für den Anmelder sagte SS-Siggi den Aufmarsch ab. Nachdem sich die Antifas davon überzeugt hatten, daß die Absage ernst gemeint war, zogen diese etwas durchfröstelt mit guter Laune wieder ab.

Die FAP wollte jedoch die Pleite nicht auf sich sitzen lassen. Im Bezirk Prenzlauer Berg sammelten sich 40 ihrer Kader in einer Wohnung, um einige Stunden später doch noch zu marschieren. Sie kamen gerade eine Straßenecke weit, als sie sich von Polizei umstellt sahen. Sie wurden in Mannschaftswagen verfrachtet und in einem anderen Bezirk wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie



Versuch eines FAP-Aufmarsches: »Mehr Schiß als Vaterlandsliebe«



Victor Jamnitzky (FAP-Wuppertal)

sich bald darauf herausstellte war das auch zum Schutz der Faschos unumgänglich. Kurze Zeit später trafen 300 alarmierte Antifas ein. Leider kam es im Anschluß daran zu mehr als 60 Festnahmen hauptsächlich jugendlicher Antifas. Als Grund wurden so schwerwiegende Vergehen wie »gefährliches Überqueren der Fahrbahn« genannt.

Alles in Allem ein erfolgreicher Tag für die Antifa und ein guter Abschluß der Aktionswochen gegen Faschismus und Rassismus, in deren Rahmen zwei Wochen lang Veranstaltungen und Aktionen stattfanden.

Strausberg

Seit zweieinhalb Jahren gibt es in Strausberg (Brandenburg) ein selbstverwaltetes Jugendkulturobjekt, die Villa Eckertstein.

In dieser Zeiten haben Jugendliche ihre Rechte wahrgenommen und Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art organisiert. Unzählige Konzerte, Filmnächte, Reise- und Dia-Vorträge, Hof- und Wiesenfeste, Sportwettbewerbe und, und, und, machten die Villa zu einem attraktiven Anziehungspunkt für Jugendliche aus dem ganzen Kreis und darüber hinaus.

Jetzt, Anfang ´94 sieht es so aus, als ob dieses Projekt dem Immobilienprofit geldgeiler Grundstücksunternehmer zum Opfer fallen soll. Die »Mainzer Drei Immobilien GmbH« mit Sitz in der Friedrichshainer Mainzer Straße 3 in Berlin hat das Grundstück vom Alteigentümer gekauft. Die Strausberger Wohnungsbaugesellschaft will ihr das Gebäude demnächst übergeben!

Wir arbeiteten knapp zwei Jahre an einem Ausweichobjekt, welches wir der Stadt in zähen Verhandlungen abgerungen hatten. Doch auch dieses Gebäude ist seit März ´94 auf der Liste der zurückzuübereignenden Grundstücke des Bundesvermögensamtes.

Zur Zeit verhandeln wir mit der Stadt über ein weiteres Ausweichobjekt. Die Angebote in der Stadt sind rar, eine Lösung in weiter Ferne!

Deshalb:
Jugendprojekte statt Immobilienprofit!
Keine Räumung der Villa Eckertstein!

Wer derselben Meinung ist, teile diese bitte unserem Bürgermeister mit:
Bürgermeister der Stadt Strausberg
Stadthaus
Markt 10
15344 Strausberg
Fax: 03341/22546

Bad Bevensen

Kundgebung gegen den NPDler Klaus-Dieter Hoffmann

Ca. 50 AntifaschistInnen versammelten sich am 5.3.1994 vor dem Wohnhaus des NPD-Kreisvorsitzenden Klaus-Dieter HOFFMANN in Bad Bevensen bei Uelzen in Niedersachsen. Eine »autonome gruppe« bezeichnet Hoffmann in einem Flugblatt zu den Vorfällen um den 5.3. (»Hoffmann lügt!«) als »Drahtzieher« in der Region: »In seinem Haus laufen alle Fäden des faschistischen Netzes im Landkreis Uelzen zusammen.« Er lenke die NPD-Tarnorganisationen »BÜRGERINITIATIVE GEGEN ASYLMIßBRAUCH« (BigA), »FÖRDERKREIS DEUTSCHE EINHEIT«, »DEUTSCHES FREUNDSCHAFTS- UND HILFSWERK OST« sowie den »KOMMUNALPOLITISCHEN ARBEITSKREIS«. In der von ihm gegründeten »ARBEITSGEMEINSCHAFT HEIMATTREUER VERBÄNDE« arbeiten verschieden faschistische Organisationen zusammen: NPD, JN, WIKING JUGEND (WJ), STAHLHELM sowie »Einzelpersonen«, u.a. der Uelzener NF'ler und Nazi-Skin Sönke HERING. Besonders gute Kontakte pflege Hoffmann zur WJ, deren Mitglied er sei. Auch zu bekannten Nazi-Terroristen (Roland TABBERT, Manfred BÖRN, Karl-Heinz HOFFMANN und dem verstorbenen Heinz LEMBKE) habe es gute Kontakte gegeben. K.-D. Hoffmann ist auch in Michael KÜHNENS Adressbuch verzeichnet.

Unter dem Motto »Die faschistischen Zentren angreifen« fand daher die Kundgebung vor Hoffmanns Haus statt. »Ziel der Kundgebung war es, Hoffmanns politische Aktivitäten aufzudecken und die Schaltstelle öffentlich zu machen.« Entsprechend war die Aktion friedlich angelegt. Es gab einige Farbbeutelwürfe, Böller wurden in den Garten geworfen und Attrappen von Pflastersteinen an die Fenster geklebt. Hoffmann, der versuchte Antifas zu fotografieren, wurde ohne Anwendung von Gewalt dazu gebracht, ins Haus zurückzugehen.

In der Nacht wurden dann Plakate geklebt, in denen Hoffmann 5000,- DM für die Denunziation von Antifas aussetzt und behauptet, während der Aktion sei versucht worden, sein Haus in Brand zu setzen und ein Kleinkind zu verletzen. Die Antifas weisen diese Lüge zurück und machen darauf aufmerksam, daß Hoffmann selbst seit 1976 immer wieder bei Gewalttaten beobachtet wurde. Dieses Vorgehen erinnert auch an den faschistischen Terror in der Region, der sich gegen den Antifa Olaf richtet. Mehrere Angriffe brachten Olaf bereits zweimal ins Krankenhaus, Wohnung und Auto wurden beschädigt. Am 5.8.1993 versuchten Faschisten, ihn zu erstechen, am 5.2.1994 wurden Radmuttern von seinem Auto gelöst – beides eindeutige Mordversuche.

Die Antifas lassen sich weder von Terror noch von Hetzplakaten einschüchtern und kündigen weitere Aktionen an.

Rotenburg/Wümme

Veranstaltung der REPs verhindert

8 Veranstaltungen hatten die REPs im Wahlkreis 67 (Rotenburg in Niedersachsen) für Februar angekündigt. Antifas aus der Region gelang es, vier dieser Veranstaltungen zu verhindern. Vorher hatten sie an die Gaststätten, in denen die Veranstaltungen stattfinden sollten, Informationsmaterial verschickt. Durch »massives Auftreten« gelang es ihnen dann, die Veranstaltungen zu verhindern, bei zwei weiteren den Beginn um eine Stunde zu verzögern und eine »ohne Zuhörer stattfinden zu lassen«. (Bericht aus der Region)

Während ihrer Wahlkampfkampagne haben die REPs die regionale Antifa massiv bedroht. Jedem bekannten Antifa wurde Prügel angedroht, eine Antifaschistin wurde mit einer Peitsche bedroht, Drohanrufe und Sachbeschädigungen waren die Regel. Außerdem wurden Antifas massiv mit Anzeigen durch die REPs überzogen.

Besonders tat sich bei den Einschüchterungen Dieter BIERNATH hervor, der aus einem Örtchen mit dem bezeichnenden Namen Hetzwege stammt. Biernath ist aktiver Wahlkampfhelfer des Landtagskandidaten Kurt VAJEN. Dieser ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete wurde wegen Wahl- und Urkundenfälschung verurteilt. Er war für die CDU untragbar und ging dann zu den REPs über, wo er jetzt stellvertretender

Landesverbandsvorsitzender und Kreisvorsitzender ist.

Am 5.3.1994 beobachteten Antifas aus dem Auto heraus einen Klebetrupp der REPs. Es handelte sich um Vajen, Biernath und einen kleinen, dünnen Unbekannten von ca. 30 Jahren. Die Antifas juxten: »Ihr braucht hier gar nix aufzuhängen, das wird ja sowieso wieder abgerissen.« Die drei verfolgten daraufhin den Wagen der Antifas bis zu einem Privathaus, wo sie versuchten, ihn einzukeilen. Biernath war dabei mit einem Schlagstock bewaffnet. Der Dritte zog eine Pistole – unklar, ob es sich um eine scharfe Waffe handelt – und schoß auf einen der Jugendlichen. Anschließend war der Mann offensichtlich mit einem Nun'Chaku bewaffnet, einer nach dem Waffengesetz verbotenen asiatischen Schlag- und Würgewaffe. Vajen stand die ganze Zeit daneben und erklärte dem hinzukommenden Vater des Antifas, man wolle es den Bengels mal zeigen. Der Vater sagte, er habe die Polizei verständigt, woraufhin Vajen zum Rückzug blies.

In der regionalen Presse, die den Vorfall aufgriff, stellten sich die REPs dann als arme Verfolgte dar. Biernath hatte allerdings schon einmal versucht, in die Wohnung eines Antifas einzudringen. Er erklärte auch treuherzig, daß er schon öfter politische Gegner verfolgt habe, um deren Adressen festzustellen. Die REPs haben gegen den jungen Antifa geklagt.

Kurt Vajen konnte bei der Landtagswahl bei Erst- und Zweitstimmen über 5 % ergattern. Die Antifas machen trotz Einschüchterungen und Bedrohungen weiter.

Tübingen

Alois Gabrysch – Partisanenbekämpfer der Nazis und Kriminaldirektor der BRD

Hintergründe zu einem Brandanschlag gegen das Auto eines Kriegsverbrechers

Der Tübinger Kriminaldirektor a.D. Alois Gabrysch verfügt über eine deutsche Biographie: 1.5.33: Eintritt in die SA als Dreiundzwanzigjähriger. 1937: Eintritt in die NSDAP und die allgemeine SS. 1938 – 39: SD-(Sicherheitsdienst)-Beamter. 1939 – 42: Kriminalkommissar in Breslau (heute Wroclaw). 1942 – 44: SD/Polizei-Ausbilder in Berlin-Charlottenburg. 1944 – 45 Ankläger am Sondergericht im besetzten Maribor (Slowenien) sowie am Sondergericht in der Region, Befehlshaber eines Sonderkommandos zur »Bandenbekämpfung«.

Seit Kriegsende existieren Dokumente und Zeugenaussagen, die die Mitwirkung Gabryschs an Todesurteilen, Geiselerschießungen, Umsiedlungsaktionen, etc. (und selbst an Disziplinarmaßnahmen gegen SS-Leute, die als zu »zimperlich« galten) beweisen. Bei diesen Terrormaßnahmen im – vom Großdeutschen Reich als »Untersteiermark« annektierten – Slowenien wurden Tausende von Menschen ermordet.

Gabrysch wurde in der Kriegsverbrecherliste der Alliierten aufgeführt. Trotzdem ist die BRD-Justiz nie gegen ihn vorgegangen. Zwei Ermittlungsverfahren in den 80er Jahren wurden »mangels Beweisen« eingestellt.

Nicht nur blieb Gabrysch straffrei, sondern er machte in der BRD noch weiter Karriere: Der frühere SS-Hauptsturmführer wurde wenige Jahre nach Kriegsende wieder in den Polizeidienst übernommen und stieg über LKA und Kriminalamt Heidelberg bis zum langjährigen Chef der Kriminalpolizei von ganz Südwürttemberg auf (mit Sitz in Tübingen) – ein Paradebeispiel für die fast ungebrochene Kontinuität vom Nazi-Staatsapparat zum Justiz- und Polizeiwesen der BRD. Am 30.1.1986 bekam er das »Bundesverdienstkreuz am Bande«. Auch die Liste seiner Ehrenämter kann sich sehen lassen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Landeszentrale für politische Bildung, Aktion Jugendschutz, Weißer Ring, Beisitzer bei KDV-Verhandlungen.

Erst in den vergangenen Monaten kam die Biographie Gabrysch schrittweise ans Licht der breiten Öffentlichkeit: Zwei Tübinger Antifaschisten reisten nach Maribor und Ljubljana und fanden umfangreiches belastendes Material in den dortigen Archiven, das sie in der Lokalpresse veröffentlichten und das auch in der internationalen Presse (u.a. in Israel) ein Echo fand. Daraufhin sah sich selbst die Staatsanwaltschaft Stuttgart zu neuen Ermittlungen gegen den früheren »Kollegen« gezwungen.

Ob Gabrysch aber in diesem Staat jemals für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden wird, erscheint zweifelhaft. Selbst wenn es die Staatsanwaltschaft mit ihrem bisherigen »Ermittlungseifer« bis zu einer Anklageerhebung schaffen sollte, wird sich der heute 84jährige nach dem Vorbild vieler seiner Mittäter wohl Verhandlungsunfähigkeit attestieren lassen.

Am 26. Februar 1994 erhielt Gabrysch eine praktische Warnung von antifaschistischer Seite: Sein Mercedes wurde nachts aus der Garage gerollt und abgefackelt. Dazu gab es eine neunseitige, sorgfältig recherchierte (wie selbst die Lokalpresse einräumen mußte) politische Erklärung, aus der auch viele Informationen dieses Artikels stammen. In der Erklärung heißt es u.a.: »Gabrysch ist für uns eine Symbolfigur dafür, wie in diesem Staat Funktions- und 'Würdenträger der Nazidiktatur politisch, gesellschaftlich und administrativ wiedereingegliedert wurden und wie sie auch heute noch in diversen gesellschaftlichen Kreisen hoch angesehen sind, während sich die Gegner und Gegnerinnen des Faschismus hier heute um ihre kleine Rente streiten müsse.«

Kein Vergeben – kein Vergessen!

BRD

Aufruf zum Boykott der Firmen SORAT GmbH und GIERSO KG des Spekulantentrios Helmut Penz, Dietrich Garski und Wilhelm Pleß!

Der Initiativkreis »Stoppt die Penz-Garski-Pleß-Bande!« ruft zum Boykott der SORAT GmbH und der GIERSO KG auf.

Sie fordert:

- Boykottiert die SORAT-Hotels!
- Teilt euren Boykott der SORAT GmbH mit!
- Fordert den Berliner Senat auf, sämtliche Geschäftsbeziehungen mit der SORAT GmbH und der GIERSO KG abzubrechen!

Begründung für den Boykott:

- Penz, Garski und Pleß profitieren durch ihre Flüchtlings- und Obdachlosenheime am Elend der Flüchtlinge und Obdachlosen. Sie gehören zu denjenigen privaten Heimbetreibern, die auf dem Rücken der Betroffenen ihre Gewinne machen.
- Durch Immobilienspekulationen tragen Penz, Garski und Pleß maßgeblich zur Umstrukturierung in bestimmten Stadtteilen bei – und damit zur Vertreibung von Mieterinnen und Mietern, die nur über ein geringes Einkommen verfügen.
- Einer der jüngsten Immobilienkäufe von Penz und Garski ist ein ehemaliges Fabrikgebäude in der Yorckstr. 59 in Berlin-Kreuzberg. In diesem Haus befinden sich ein Wohnprojekt mit 60 BewohnerInnen sowie Büroräume der Antirassistischen Initiative e.V. und der Afrikanischen Fraueninitiative und Sport- und Veranstaltungsräume. Für dieses Wohnprojekt stehen Mietverhandlungen an; es muß mit einer Steigerung der Miete um 350% gerechnet werden – d.h., mit dem Rausschmiß der BewohnerInnen und der Projekte.

Weitere Informationen zum Boykott:

Initiativkreis
»Stoppt die Penz-Garski-Pleß-Bande!«
c/o Papiertiger
Cuvrystr.25
10999 Berlin.

Falsche Zeit Falscher Ort

Fußball-Länderspiel in Berlin verhindert!

Ein ganz normales Freundschaftsspiel sollte es sein, an ein einem ganz normalen Datum, in einem ganz normalen Land. Doch der Deutsche Fußballbund, mit dem CDU-Rechtsaußen Mayer-Vorfelder im Vorstand, wählte ausgerechnet den 20.April als Austragungstermin des letzten Fußballänderspiels der deutschen Nationalmannschaft vor der Weltmeisterschaft.



Berlin versteht es, große Sportveranstaltungen durchzuführen

Am ursprünglich vorgesehenen Austragungsort folgte dem Protest Hamburger Antifaschistinnen und Fußballfans die Absage des Spieles durch den Senat – wegen großer Sicherheitsbedenken. Der DFB hielt stur an dem »einzig möglichen Termin« fest und schon drängelte sich der Berliner Senat nach vorne. Nach der Olympia-Pleite sollte demonstriert werden, daß in Berlin zu jeder Zeit und an jedem Ort sportliche Großveranstaltungen durchgeführt werden könnten. Diesen eigentlichen Beweggrund offenbarte unser unnachahmlicher Sportsenator Jürgen Kleemann (CDU) als er nach Absage durch den englischen Fußballverband geknickt vor der Kamera resümierte.

Dabei sah es anfangs für den Berliner Senat und den Berliner Fußballbund recht gut aus. Berlin setzte sich gegen die zwei Mitbewerberstädte durch. Gegenüber der sich regenden Opposition schaltete man in der üblichen Senatsmanier auf taub, Problembewußtsein wurde noch nicht einmal geheuchelt. Aus mehreren Bundesländern herbeigekarrte Polizeieinheiten sollten zusammen mit der Berliner Polizei den reibungslosen Ablauf garantieren. Doch selbst aus deren Reihen äußerte die Polizeigewerkschaft GdP Kritik am Austragungstermin des Spieles.

Auf Initiative Berliner Fußballfans gründete sich ein breites politisches Bündnis von Gewerkschaftinitiaiven, PDS, Bündnis 90 bis zu Autonomen gegen das Länderspiel. Doch bevor die Kampagne so richtig angelaufen war, war sie auch schon wieder zu Ende und keineR war traurig darüber.(siehe Interview)

In der englischen Presse nahm das Länderspiel einen breiten Platz in den Medien ein. Die Berichterstattung über befürchtete Krawalle seitens der Rechten förderte das Mißtrauen der englischen Öffentlichkeit. Man befürchtete von den deutschen Politikern, die eher als Nazi-freundlich gelten, in ein Abenteuer mit politischen Auswirkun-

Richtige Zeit. Richtiger Ort.



gen hineingezogen zu werden. So wurde der englische Fußballverband, der außerdem noch zahlreiche Protestbriefe und Faxe aus Deutschland erhalten hatte, zur Absage des Spiels gedrängt. Traurig darüber war nur die Boulevard-Zeitung »The Sun« ('ne Nummer härter als die deutsche »Super«), die ihre Landsleute als Feiglinge beschimpfte, da man sehr wohl in Lage sei, die Boys in Berlin selbst zu beschützen.

Auch in Deutschland war die Erleichterung über die Absage des Spiels relativ groß. Doch die Rechten, unter ihnen die Groß-Berliner Piefkes vom Senat, schäumten und waren betroffen, der Regierende kommentierte die Blamage von Peking aus, man spürte die Fassungslosigkeit über die eigene Bilanz gescheiterter Bewerbungen. Wie üblich erging sich der Senat dann eine Woche in der Litanei über berlinfeindliche Kräfte, doch auch das reichte nicht aus, um die eigene Bilanz der diletantisch hinterwäldlerischen Politik zu übertünchen. Gäbe es eine Fußballbundesliga in der Politik, stände der Berliner Senat da, wo die Berliner Fußballvereine in der 2.Bundesliga heute stehen, am Tabellenende.



Das Info sprach mit einem Mitglied der Antifaschistischen Fußballfaninitiative, die maßgeblichen Anteil an den Aktivitäten zur Verhinderung des Fußballänderspiels am 20.April hatte:

Ihr seid ein antifaschistischer Zusammenschluß von Fußball- und Eishockeyfans. Wie sieht eure tagtägliche Arbeit aus?

Wir sind verschiedene Gruppen, einmal ist da der Fanladen »Anstoß« in Berlin-Mitte, das Neuköllner Fußballcafe »Linksaußen«, der Berliner »St. Pauli-Fanclub«, der »Fanclub Türkyemspor« aus Kreuzberg und die »Antifaschistische Fußballfaninitiative« (AFFI). Wir gehen gemeinsam zu Fußball- und Eishockeyspielen und machen da »den Lauten«, wenn Faschos auftreten. Unter der Woche haben wir zwei Läden als Treffpunkte. Dort können wir uns kontinuierlich austauschen und sind ansprechbar für andere Fans oder Gruppen, die sich für unsere Arbeit interessieren. Für uns ist Fußball mehr als 9o Minuten zuzusehen und dann wieder nach Hause zu gehen.

Warum habt ihr Euch als Fußballfans für die Verhinderung des Länderspiels Deutschland gegen England eingesetzt?

Antifaschistische Fußballfans sind seit Jahren bei verschiedenen Fußballvereinen aktiv. In den einzelnen Stadien verschiedener Städte haben wir mit unserem Auftreten gegen Nazis bisher gute Erfolge erzielt. Große Probleme mit Faschos gibt es jedoch in verstärktem Maß bei Fußballänderspielen. Das Spiel Deutschland - England, das ausgerechnet am 20. April im Berliner Olympiastadion stattfinden sollte, hätte unsere Arbeit möglicherweise zurückgeworfen. Das geplante Auftreten der Faschos bei diesem Spiel hätte ihnen wieder einen verstärkten Einfluß auf Fußballfans ermöglicht. Das allein war Grund genug für uns, um gegen das Spiel anzugehen. Das Hauptproblem wären nicht die Häuflein der Faschos gewesen, sondern ein viel zahlreicherer deutschnationaler Mob, der ihnen hinterhergerannt wäre. Wir hätten hier in Berlin eine Dimension dieses 20.April erlebt, dem wir möglicherweise nicht gewachsen gewesen wären.

Wie kam es zur Absage des Spieles?

Die wesentlichen Punkte waren ein breites politisches Bündnis, das sich für die Verhinderung des Spiels ausgesprochen hatte, wobei wir anfangs die einzigen waren, die an eine Möglichkeit der Verhinderung geglaubt hatten. Das Medieninteresse war durch einen Anschlag (Glasbruch und Buttersäure) auf den Sitz des Berliner Fußballverbandes geweckt worden, der ausgerechnet in der gleichen Nacht stattfand, in der wir die Einladungen zur Pressekonferenz verschickt hatten.

Ausschlaggebend für die Absage aus England war die Öffentlichkeitsarbeit, die Pressekonferenzen und gerade die Kontakte zu englischen PressevertreterInnen. Vor allem die englische Presse hat die von uns geäußerten Befürchtungen aufgenommen und damit auch die Berichterstattung in England selbst geprägt. Es gab eine gute Zusammenarbeit mit der englischen antifaschistischen Zeitung »Searchlight«, die auch von Anfang an für eine Verhinderung des Spieles in Großbritannien eintrat. »Searchlight« konnte jede Menge Material über Nazi-Aktivitäten unter englischen Fans beisteuern und u.a. deutlich machen , daß es auf Seiten der Nazis gute internationale Verbindungen gibt und daß auch in anderen europäischen Ländern bereits für dieses Spiel mobilisiert wurde. Das umfangreiche fundierte Faktenmaterial, das auf den Pressekonferenzen ausgegeben und vorgetragen wurde, bot dann einigen Stoff für die Medien.

Wie geht es für Euch weiter? Hat euch selbst die Verhinderung des Spiels was genutzt?

So zusammengeschweißt wie wir als verschiedene Fans und Gruppen während der Kampagne waren, waren wir vorher nicht. Ob das unter uns so weitergeht, werden wir sehen, das wird erstmal spannend. Mit diesem Erfolg im Rücken können wir sowohl verstärkt auf die Vereine zugehen, als auch mit mehr Beachtung in den Stadien auftreten. Auch andere politische Gruppen sind auf uns aufmerksam geworden. Vorher sah unsere Arbeit eher so aus, als ob wir mehr im Abseits gearbeitet haben. Antifa-Aktionen auf den Rängen waren eher isoliert und wir hoffen jetzt, daß sich auch gerade andere Antifa-Gruppen für unsere Arbeit interessieren. Für uns ist das Stadion Teil der Straße. Gruppen, die erkannt haben, daß es richtig ist Faschos auf der Straße entgegenzutreten, sollten auch die Stadien mit einbeziehen. Eine Zusammenarbeit wäre notwendig bei besonders brisanten Spielen, zu denen viele Nazi-Fans erwartet werden. Das hat bisher nicht so gut geklappt. Das alles werden die nächsten Wochen und Monate zeigen.

Wir haben die Fußballweltmeisterschaft vor uns, unter anderem im Fanladen »Anstoß« zeigen wir die Spiele und haben uns ein Rahmenprogramm ausgedacht. Wir zeigen Filme, es soll regelmäßig gekocht werden, wir wollen ein bißchen vorleben, daß Fußball mehr sein kann und wir Fußball anders verstehen. Für uns ist Fußball auch viel selbst rumzukicken und nicht das reine Konsumieren und der Leistungssport. Fußball heißt für uns auch in den Stadien Spaß zu haben und uns auszutoben. Dafür gilt es den Freiraum, den es dazu noch gibt, zu erhalten und auszubauen. Wir wollen dem »Nationalen Konzept Sport und Sicherheit« entgegentreten, das versucht alles zu reglementieren. Wenn das Konzept durchkommt ist auf den Fußbalrängen ähnlich langweilig wie etwa beim Tennis.



Am 23. Februar 94 stimmten in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Steglitz die Abgeordneten der CDU und FDP zusammen mit den Abgeordneten der Republikaner gegen die Errichtung eines schon lange geplanten Mahnmals für die deportierten jüdischen BürgerInnen des Bezirkes. Mit diesem Versuch der Verhinderung des Mahnmals wollten CDU und FDP im Bündnis mit den Republikanern einen Konflikt um den Umgang mit den Überresten eines 1938 von den Faschisten zerstörten jüdischen Bethauses endgültig beenden, der bereits 1985, wenn nicht sogar 1958, seinen Anfang nahm.

Steglitzer Provinzpossen

Wieviel Platz darf das Gedenken an NS-Opfer einnehmen?

Geschichte des jüdischen Bethauses in Berlin-Steglitz

In der Steglitzer Düppelstr. 41 (damalige Bergstr.22) richtet 1897 der jüdische Geschäftsmann Moses Wolfenstein in einem Hofgebäude seines Grundstückes einen Betraum für die damals 700köpfige Jüdische Gemeinde des Bezirks ein. Diese Funktion behält das Gebäude bis in das Jahr 1938, in dem das Bethaus in der Pogromnacht von den Faschisten geplündert und zerstört wird. Daß das Bethaus den Flammen entgehen kann, hat es wahrscheinlich nur dem Fakt zu verdanken, daß es direkt an Wohnhäuser angrenzt und aus der Gefahr heraus, andere Häuser in Mitleidenschaft zu ziehen, nicht angezündet wird.

Die Nachkommen Moses Wolfensteins emigrieren 1939 in die USA, wo bis heute Angehörige der Familie leben, das Grundstück Düppelstr.41 geht in »arischen« Besitz über.

Lebten im Jahre 1933 mehr als 3000 Juden und Jüdinnen in Steglitz, so zählt die jüdische Religionsgemeinschaft des Bezirks nach dem Krieg gerade mal noch 150 Mitglieder. Das ehemalige Bethaus wird weder seinen eigentlichen Besitzern zurückgegeben, geschweige denn seiner alten Nutzung zugeführt.

Nachdem im ersten Nachkriegsjahr das alte Bethaus für die Wohnraumnutzung instandgesetzt wird, entsteht 1950 auf dem davor gelegenen Gelände ein »Tee- und Eispavillion«, der dort bis in die 80er Jahre bestehen bleibt und das Bethaus fast vollständig verdeckt.

Später wird das Hinterhofgebäude unter Denkmalschutz gestellt und somit vor dem Abriß bewahrt. Nach der völligen Restauration geht es jedoch wieder in den Besitz einer Privatperson über, und das ehemalige Bethaus wird seit dem nicht nur zweckentfremdet als Büro benutzt, sondern ist darüber hinaus aufgrund eines davor gebauten Neubaus nicht mehr sichtbar.

Streit um ein Denkmal

Bereits 1958 wird vom Vorsitzenden des Steglitzer Heimatvereins Walter Schneider-Römheld die Forderung nach einer Gedenktafel zur Erinnerung an das ehemalige jüdische Bethaus erhoben und vor allem vom Wolfensteinnachfahren, Kurt Wolfenstein aus der USA, sehr begrüßt. Aber ebenso wie die in den nächsten Jahrzehnten folgenden Versuche, das Bethaus in das Bewußtsein der SteglitzerInnen zurückzurufen, so scheitert auch dieser erste.

Mit der Gründung der »Initiative Haus Wolfenstein« im Jahre 1987 beginnt eine neue und offensivere Runde um die Bemühung der Erinnerung an die ermordeten Juden Steglitz. Das Ziel der »Initiative Haus Wolfenstein« ist es, nicht nur eine Gedenktafel zu errichten, sondern in dem ehemaligen Bethaus eine Gedenk- und Begegnungsstätte einzurichten. Die Initiative ist dann auch insofern erfolgreich, daß das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wird und vollständig restauriert wird. Im Anschluß daran wird es jedoch trotz eines gegenteiligen BVV-Beschlusses, der den Ankauf des Grundstücks durch das Land Berlin bestimmte, an einen neuen Eigentümer verkauft, der dort ein Büro einrichtet und das davorliegende Grundstück bebauen läßt.

Wer für diesen Schritt verantwortlich ist, ist bis heute unklar, die Idee einer Steglitzer Gedenk- und Begegnungsstätte ist damit jedenfalls auf geschickte Art und Weise vom Tisch.

Ein erneuter Vorstoß der »Initiative Haus Wolfenstein« erfolgt daraufhin mit der Forderung nach der Errichtung eines »Denkzeichens« auf dem - dem ehemaligen Bethaus angrenzenden - Herrmann-Ehlers-Platz. Die BVV stimmt dieser Forderung zu, und für die Gestaltung des Denkzeichens wird ein Kunstwettbewerb ausgeschrieben.

Im Oktober 92 wird, nachdem die Wettbewerbsergebnisse der Öffentlichkeit vorgeführt wurden, durch eine Jury der erste Preis ermittelt. Das Ergebnis: Nach dem Entwurf der Künstler VON ROSENBERG und GOSCHEL soll das »Denkzeichen« aus elf Meter langen und drei Meter hohen spiegelnden Edelstahlplatten bestehen, auf denen neben Bilddokumenten die Namen von etwa 2000 deportierten Steglitzer Juden zu lesen sein werden.

Für die Herren der CDU und FDP ist das entschieden zu viel Platz, den man da den Juden einräumen will. Sie dachten wohl eher an ein kleines Schildchen an dem von der Straße nicht mehr zu sehenen ehemaligen Bethaus.

So offen können sie das anfangs aber selbstverständlich nicht sagen, sondern man bedient sich vorerst der scheindemokratischen Kritik, die Öffentlichkeit sei nicht befragt und nicht in die Entscheidung einbezogen worden. Brav werden daraufhin der Öffentlichkeit erneut die Wettbewerbsergebnisse präsentiert, erneut spricht sich die Mehrheit der BesucherInnen der Ausstellung für die Realisierung der »Spiegelwand« aus.

Das war dann doch ein bißchen zu viel Demokratie: Im Alleingang verständigen sich CDU und SPD darüber, daß das »Denkzeichen« lediglich sieben Meter umfassen darf. Eine Maßgabe, die die Einhaltung des Prinzips der personalen Dokumentation aller deportierten Steglitzer Juden aus Platzgründen unmöglich machen würde und deshalb von der zuständigen

Kommission der BVV und den Künstlern abgelehnt wird.

Die SPD schließt sich daraufhin wieder dem ursprünglichen Vorschlag an, bzw. man einigt sich auf eine Verkürzung des »Denkzeichens« auf neun Meter. Eine Länge, die die Namen aller Steglitzer Juden noch dokumentieren kann.

Gemeinsam mit den Republikanern gehen CDU und FDP nun massiver gegen das geplante Mahnmal vor: Eine Vorlage des Bezirksamtes, in der die CDU die Mehrheit hat, empfiehlt der BVV von einer »Verwirklichung des Wettbewerbsentwurfs ersatzlos Abstand« zu nehmen (Tsp. 25.2.94).

Weit über die Grenzen Berlins und der BRD wird das Abstimmungsverhalten der CDU und FDP gemeinsam mit den Republikanern fassungslos zur Kenntnis genommen: In einem Interview ist von Kultursenator Roloff-Momin zu hören, daß Berlin-Steglitz sich derzeit im zweifelhaften Ruhm sonnen darf, mit Solingen und Lübeck in einem Atemzug genannt zu werden.(Tsp. 19.4.94)

Angesichts des breiten Protestes über die Entscheidung bemühen sich CDU und FDP Geschehenes ungeschehen zu machen und sprechen sich nun für eine Gedenktafel anstelle der Spiegelwand aus.

Sie wünschen sich eine »positive Darstellung« des früheren jüdischen Lebens anstelle einer »Todesliste« und schließlich würde die Größe der Spiegelwand zu Schmierereien reizen, was Steglitz womöglich als einen rechtsextremen Bezirk in der Öffentlichkeit erscheinen lassen würde (Tsp. 18.3. 94). Nicht die rechtsextremen Schmierereien sind es, die die Herren stören, nein, es ist die Möglichkeit, daß diese öffentlich werden könnten und außerdem wäre es doch viel harmonischer, das friedliche Zusammenleben von Juden und Deutschen zu dokumentieren und nicht an die Shoah zu erinnern, die man doch so geschickt in Vergessenheit gebracht hat. Statt sich der Verantwortung zu stellen, die Steglitz als ein Bezirk trägt, in dem als einzigem von allen Berliner Bezirken 1933 die NSDAP eine parlamentarische Mehrheit erhielt, schreibt die FDP in einem Flugblatt »Information für den Steglitzer Bürger« (April 1993): »Das Pflegen alter Vorurteile über Steglitz als ehemalige Hochburg der National-Sozialisten in der Vergangenheit versperrt den Blick auf ein gewandeltes Bewußtsein und das gute partnerschaftliche Verhältnis zur Gemeinde Kiriat Bialik (gemeint ist Steglitz´ israelische Partnerstadt, d.Verf.).«

Für das Land Berlin hingegen ist die Auseinandersetzung um das »Denkzeichen« nicht mehr tragbar: Das Abgeordnetenhaus stimmt am 21.4.94 mit den Stimmen der CDU und der FDP für die Realisierung der



Ein Ausschnitt aus dem »Denkzeichen«-Entwurf von Göschel und v.Rosenberg

Spiegelwand, Bausenator NAGEL kündigt an, er werde gegebenenfalls auch gegen den Willen des Bezirks das »Denkzeichen« realisieren.

Die Steglitzer CDU und FDP wehren sich gegen das, wie sie es nennen, »autoritäre Gehabe«, das mit »demokatischem Stil nichts zu tun habe« (Tsp. 23.4.94) und haben in der BVV-Sitzung am 18.5. die Spiegelwand endgültig abgelehnt.

Begleitet wurde diese BVV-Sitzung von einer Protestveranstaltung von ca. 50 Steglitzer SchülerInnen und anderen BefürworterInnen des Mahnmals. Mit einer Rede eines jüdischen Zeitzeugen, Flugblättern u.ä. werden sie sich an die Steglitzer Öffentlichkeit und die Steglitzer Abgeordneten wenden. Denn es muß deutlich werden: Statt die Republikaner als eine rechtsextreme Partei innerhalb der BVV zu isolieren, versuchen CDU und FDP im Bündnis mit ihnen, das Gedenken an die Verbrechen des Faschismus und seiner Opfer zu verhindern. Statt sich von neonazistischen Organisationen und Forderungen zu distanzieren, gehen CDU und FDP im Jahr der Wahl auf Wählerfang im Lager der Republikaner, indem sie deren Inhalte übernehmen und in der Öffentlichkeit salonfähig machen.

50 Jahre Verschweigen des Lebens und der Ermordung von 2000 Steglitzer Juden ist genug! Es gibt keine »positve Darstellung« jüdischen Lebens ohne die Thematisierung der Verbrechen der Faschisten und das Gedenken der Opfer! ■

Eigentor für die CDU

Die NS-Vergangenheit des EX-Bundespräsidenten Lübke

Der Bundespräsident Lübke sei einer derjenigen, »die den Faschismus bis zur bedingungslosen Kapitulation ebenso bedingungslos unterstützten«, heißt es dem 1965 in DDR herausgegeben »Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD«. Mit der Vereinigung schien nun der Zeitpunkt gekommen, dies im Rahmen der allgemeinen Geschichtsneuschreibung geradezubiegen.

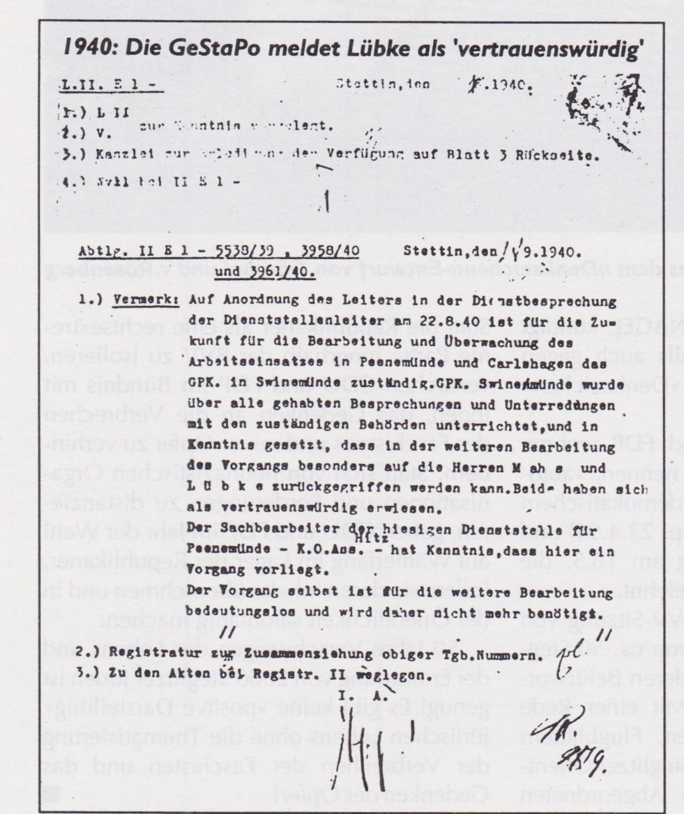
Ein Buch, vor zwei Jahren erschienen, beschrieb den Karriere-Sturz des Bundespräsidenten Heinrich Lübke in den 60ern als Stasi-Intrige. Ebenso behauptete die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift gegen Markus Wolf, die 1967 von der DDR in Umlauf gebrachten Unterlagen, die Lübkes Beteiligung am Bau an KZs beweisen sollten, hätte die Stasi gefälscht.

Mit soviel Gewißheit im Rücken wollte die CDU für ein endgültiges Reinwaschen ihres ex-Bundespräsidenten sorgen. Doch was die Gauck-Behörde in CDU-Auftrag aus Stasi-Akten hervorkramte, sorgt erst mal für ein lang anhaltendes Schweigen seitens der Konservativen. Das Gauck-Dossier belegt, daß Lübke durchaus wissentlich und auch tatkräftig an der Konzipierung von Arbeits- und Konzentrationslagern beteiligt war.

Die Stasi-Akten bestätigen alle Vorwürfe, die die DDR damals veröffentlichte. Lübke war zu Anfang der Nazi-Zeit Vorstandsmitglied in der Siedlungsgesellschaft Bauernland Berlin AG. Sein Aufstieg hier endete plötzlich im März 1934, denn er und sein Bruder Fritz hatten in die Kasse der AG gegriffen, um fiktive Geschäfte mit einer Scheinfirma abzuwickeln. Doch Heinrich hatte Glück, das Landgericht Berlin amnestierte ihn im November 1935, allerdings ohne Haftentschädigung, da das Gericht Zweifel an seiner Unschuld hatte. Doch der Karriere eines späteren Bundespräsidenten tut so eine kleine Finanzmanipulation keinen Abbruch, schon gar nicht in Zeiten, in denen so viel gebaut wird. 1939 treffen wir auf Lübkes Namen im Ingenieurbüro Schlempp, das zum sog. Baustab von Hitlers Generalbauinspektor Albert Speer gehört. Der Firmenchef mußte die Mitarbeiter melden, die für die Firma die von Speer vergebenen Bauaufträge für die Rüstungsindustrie ausführen. Da steht Lübkes Name ganz oben, denn er war »für vordringliche Aufgaben im Reichsinteresse eingesetzt«. Dazu gehörte z.B. 1941 die Bauleitung auf dem Raketenversuchsgelände Peenemünde und 40 anderen Baustellen. Lübke amtierte als stellvertretender Leiter des Baustabes Schlempp – beim Aufbau der Produktionsstätten der V-Waffen! Bei der Bearbeitung und Überwachung des Arbeitseinsatzes in Peenemünde beurteilte ihn die Gestapo als vertrauenswürdig – wir brauchen nicht viel Phantasie, um uns vorzustellen, was dies umfaßt.

Das Ingenieurbüro Schlempp genoß Ansehen bei der Naziführung. Im März 1944 wurde der »Jägerstab« auf Anweisung des Reichsministers für Rüstung ins Leben gerufen; mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, sollte die Kriegsproduktion vorangetrieben werden. Das Büro Schlempp war dabei. Lübke saß allein für seine Firma im »Jägerstab«, als im Juni 1944 der Firmenchef Schlempp ins Protektorat Böhmen und Mähren abkommandiert wurde.

1940: Die GeStaPo meldet Lübke als 'vertrauenswürdig'



L.II. E 1 - Stettin, den .1940.

1.) L II
2.) V. zur Kenntnis vorgelegt.
3.) Kanzlei zur Erledigung der Verfügung auf Blatt 3 Rückseite.
4.) Wvl bei II E 1 -

Abtlg. II E 1 - 5538/39 , 3958/40 und 3961/40. Stettin, den 9.1940.

1.) Vermerk: Auf Anordnung des Leiters in der Dienstbesprechung der Dienststellenleiter am 22.8.40 ist für die Zukunft für die Bearbeitung und Überwachung des Arbeitseinsatzes in Peenemünde und Carlshagen das GPK. in Swinemünde zuständig. GPK. Swinemünde wurde über alle gehabten Besprechungen und Unterredungen mit den zuständigen Behörden unterrichtet, und in Kenntnis gesetzt, dass in der weiteren Bearbeitung des Vorgangs besonders auf die Herren M a h s und L ü b k e zurückgegriffen werden kann. Beide haben sich als vertrauenswürdig erwiesen.
Der Sachbearbeiter der hiesigen Dienststelle für Peenemünde - K.O.Ass. Hitz - hat Kenntnis, dass hier ein Vorgang vorliegt.
Der Vorgang selbst ist für die weitere Bearbeitung bedeutungslos und wird daher nicht mehr benötigt.

2.) Registratur zur Zusammenziehung obiger Tgb.Nummern.
3.) Zu den Akten bei Registr. II weglegen.

I. A.

Als Mitglied des »Jägerstab« kümmerte sich Lübke um die Verlagerung der Solvayhall-Werke in unteridirdische Produktionsanlagen in Thüringen. Das Braunbuch schreibt: »Hierzu forderte Lübke als oberster Bauführer des Baustabes Schlempp 2000 KZ-Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald an, die in Peißen bei Bernburg schwerste Betonierungs- und Transportarbeiten unter Tage in zwei Schichten je 12 Stunden ausführen mußten. Die ersten Häftlinge wurden Ende August 1944 in Zelten untergebracht. Die katastrophalen Verhältnisse begünstigten eine Ruhrepidemie. Viele Häftlinge starben. Für die weiteren Häftlinge wurde ein Konzentrationslager in 400 Meter Tiefe angelegt. Hier siechten 500 Menschen unter grausamen Bedingungen dahin.«

Der Bau des »Wohnlager Leau« fiel unter die Regie von Lübke und weitereren Schlempp-Ingenieuren. Schon wenige Monate später siedelten die SklavenarbeiterInnen von unter Tage in das Lager. Damit waren die Lebensbedingungen der Häftlinge kaum besser. Der zuständige SS-Standortarzt schrieb in einem Bericht über dieses Lager, »daß die Zahl der Toten... unverhältnismäßig hoch« sei. Zuständig für die Verpflegung sei das Ingenieurbüro Schlempp.

Die CDU hat sich keinen Gefallen getan, im Fall Lübke wieder die Fälschungsthese aufzuwärmen. Die internationale Öffentlichkeit ließ sich damals nicht an der Nase herumführen und der »Stern« veröffentlichte 1967 einige der Lübke-Dokumente aus der DDR, verbunden mit einem Gutachten eines bekannten US-Schriftsachverständigen, der die Echtheit der Unterschriften Lübkes bestätigte.

Damals blieb Lübke, der sich nunmehr schwerlich länger als Verfolgter des Nazi-Regimes ausgeben konnte, nur noch die altbekannte Mitläufer-Schiene: Er habe doch lediglich irgendwelche Barackenzeichnungen angefertigt. ■

Quellen: Berliner Zeitung 9.3.94; Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Berlin (DDR) 1965



Wolfgang Schäuble

Innere Erneuerung

—

Innerer Frieden — Innere Sicherheit

»Der Staat als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft«

»Das ist kein Jahr für politische Softies«, läutete CSU-Chef Theo Waigel das Superwahljahr 1994 ein. In seiner Themenliste rangieren »Überfremdung«, »Stabilität«, die »Rolle Deutschlands in der Welt« und die Innere Sicherheit ganz vorn. Johannes Gerster, stellvertretender Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte die Innere Sicherheit zum »wahlentscheidenden Schlüsselthema«. Man kann dabei auf eine knapp zweijährige Vorarbeit zurückgreifen. Ein Gesetzesvorschlag jagt seitdem den anderen, Diskussionsbeiträge, Initiativanträge, Forderungskataloge werden geschickt in den Medien platziert, hemmungslos wird Stimmungsmache betrieben.

Je mehr die vielen rassistischen und antisemitischen Übergriffe die Öffentlichkeit im In- und Ausland beunruhigten, desto geschlossener forderte die Union Maßnahmen zur Eindämmung von »Extremismus und Gewalt«. Altbekannte, aber nie mehrheitsfähige Gesetzesvorhaben, erdacht um linksoppositionellen Widerstand im Keim zu ersticken, wurden wiederaufbereitet, mit neuen Begründungen versehen und auf den Weg gebracht. Zu diesem Ziel kamen der Union die rechtsextremistischen Übergriffe gerade recht. Im Mittelpunkt des Interesses von Politik und Medien steht die sogenannte »Organisierte Kriminalität« (OK).

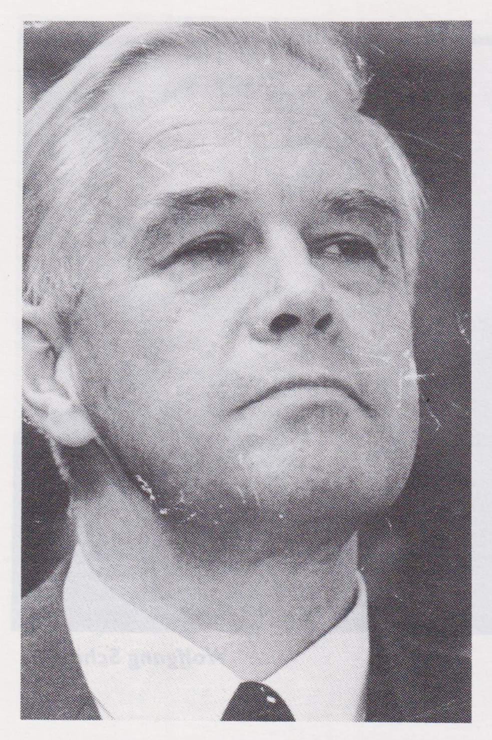
Um den Stellenwert der OK zu erhöhen und die entsprechende Angstkampagne zu unterfüttern, werden die Grenzen zur Alltagskriminalität als fließend bezeichnet. OK wird zunehmend als politischer Kampfbegriff verwandt, ohne je genau definiert worden zu sein und ohne daß konkretes Zahlenmaterial vorliegt, um entsprechende Vorhaben bis hin zur Aushebelung bürgerlicher Freiheitsrechte und Grundrechte (Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung) zu begründen. Damit löst die OK die alten Legitimationsformeln für die sicherheitspolitische Aufrüstung -«Kommunismus«, »Linksextremismus« und »Terrorismus«- ab.

Mit den neuen Gesetzen und Vorhaben werden immer mehr unbeteiligte Dritte in die polizeilichen Überwachungsmaßnahmen einbezogen. Jeder Bürger ist demnach ein permanentes Sicherheitsrisiko, nicht nur als potentieller Straftäter oder Verdächtiger, sondern auch als Kontakt- und Begleitperson. Voraussetzung für das Eingreifen ist nicht mehr eine begangene oder unmittelbar bevorstehende Straftat, sondern daß irgendwann einmal eine begangen werden könnte.

Die Effektivität der meisten vorgeschlagenen Maßnahmen (s.Kasten) wird von Experten und Praktikern allerdings bestritten. Warum also das ganze Szenario?

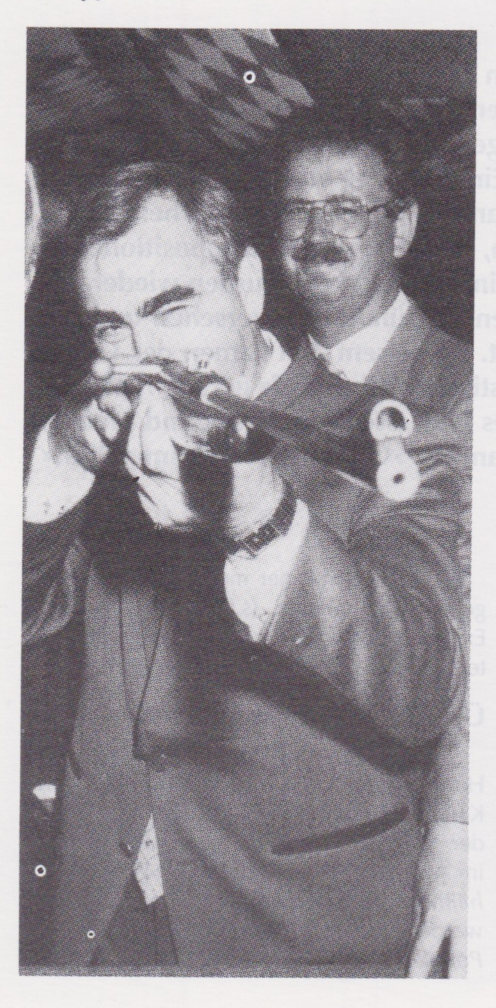
Übereinstimmungen mit REPs

Es geht um die Zurschaustellung von Handlungsfähigkeit. Innenminister Manfred Kanther stellt in seiner Rede zur Fachtagung der Unionsfraktion zur Inneren Sicherheit im August 1993 in Bonn klar: »*Wenn Verhältnisse schwieriger und unabsehbarer werden, muß sich die Leistungsfähigkeit der Politik steigern, sonst wendet sich das Volk*



Manfred Kanther (Bild oben) will die »Leistungsfähigkeit« der Politik steigern

»Kein Jahr für politische Softies« – Theo Waigel (Bild unten) läutet den Wahlkampf ein



ab.« Zu »radikalen Kräften«, befürchtet Kanther. Um das zu verhindern will er das Hauptthema der REPs nach der Ausländerpolitik besetzen und die selbsternannte Law-and-order-Partei am rechten Rand durch entsprechende Forderungen und Demonstration der Handlungsfähigkeit des Staates überflüssig machen.

Mit Erfolg: Mit der Forderung nach »taktisch-operativen Polizeieinheiten mit grenzüberschreitenden Zuständigkeiten«, »verdeckten täterbezogenen Ermittlungen im Vorfeld konkreter Taten«, »Verhinderung der Geldwäsche« und Umkehr der Beweislast«, lebenslänglich für Rauschgiftgroßhändler, Verschärfung des Demonstrationsstrafrecht und dem Großen Lauschangriff bei schweren Straftaten sind REP- und CDU-Programmatik inzwischen nahezu deckungsgleich.

Diese Übereinstimmungen sind keine Zufälligkeiten, da der ideologische Background und vor allem die Zielrichtung identisch sind. Mit den Sicherheitspaketen und Verbrechensbekämpfungsgesetzen geht es nämlich um mehr, als nur pure Handlungsbereitschaft signalisieren zu können, um mehr als den REPs das Wasser abzugraben und den rechten Rand wieder in die Union zu integrieren. Es geht darum, eine Diskussion über die inneren Werte dieser Gesellschaft zu steuern und das Verständnis eines starken, autoritären Staates zu etablieren. Der Einzelne soll sich dem Ganzen - Volk, Staat und Nation - unterordnen. Wenn es sein muß auch unter Aufgabe seiner individuellen Freiheitsrechte. Es geht letztendlich um eine nicht nur ethnische Homogenisierung der Gesellschaft nach innen als Voraussetzung für eine neue Stärke Deutschlands nach außen.

Die Rolle des ideologischen Vordenkers spielt dabei Wolfgang Schäuble, Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Mai 1991 hält er auf dem Fachkongreß der CDU zur Inneren Sicherheit eine in dieser Beziehung richtungsweisende Rede. »*Nach der staatlichen Einheit gilt es nun, auch die innere Einheit herzustellen*«, lautet seine Eingangsforderung. »*Unser freiheitlicher Staat*« habe demnach nur dann Bestand, wenn es »inneren Frieden« gebe. Den Störern dieses inneren Friedens sagt Schäuble dann den Kampf an. Dazu zählt er die Einwanderer (»*jede Gemeinschaft hat Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit*«), die Extremisten (»*Der Staat darf keine rechtsfreien Räume dulden*«), die Terroristen, die Drogenhändler und die organisierten Kriminellen, aber auch, und das nennt er als erstes, jeden, der »*sich nur selbst verwirklichen will und keine Rücksicht auf das empfindliche Sozialgefüge unseres Rechtsstaates nimmt*«, denn der »*gefährde letztlich die Freiheit und die Sicherheit, in der er lebt*«.

Schäuble geht es um ein neues Wir-Gefühl in der deutschen Gesellschaft. Grundsätzlich sei das »*nationale Bewußtsein in Deutschland eher schwach entwickelt*«. Seine zentrale Frage lautet, »*ob unser Staat von uns allen noch als eine Schutz- und Schicksalsgemeinschaft verstanden wird, die die Bürger nach außen und innen sichert*«.

Als solcher müsse er »*die Innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten.*« Es sei entscheidend, »*ob wir diesen Staat und unsere nationale Gemeinschaft zureichend als eine Wertegemeinschaft verstehen*«. In Deutschland spüre man »*doch noch heute die Folgen aus den kulturrevolutionären Umbrüchen der 68er Jahre*«. Für die von ihm konstatierte »*moralisch-ethische Desorientierung bei einem Teil der jungen Generation*« macht Schäuble den »*recht oberflächlichen Begriff von Liberalität*« verantwortlich. Er setzt dagegen »Autorität«, da sei »*zuviel davon verloren gegangen*«.

»Ausländerkriminalität«

In diesen programmatischen Aussagen sind die Vorgaben für die Einzelforderungen der verschiedensten Maßnahmen- und Forderungskataloge zur Inneren Sicherheit zu suchen. »Rückbesinnung auf nationale Identität«, »innerer Frieden« und »innere Einheit«, das ist die nahtlose Fortsetzung der Asyldebatte mit anderen Mitteln. Jetzt sind nicht nur die Flüchtlinge im Visier, sondern alle AusländerInnen. Die rassistische Komponente der Sicherheitsgesetze und die Bestrebungen vor allem die Ausländerkriminalität in den Vordergrund zu stellen, sind dabei unübersehbar. Nicht umsonst kommt der »Organisierten Kriminalität« ein so hoher Stellenwert im Bedrohungszenarium zu, denn die, so der FDP-Rechtsexperte Jörg van Essen, werde »*in besonderem Maße von ethnisch abgegrenzten Gruppen begangen, von der sizilianischen Mafia, der neapolitanischen Camorra, von chinesischen Triaden, von russischen Tschetschenen, um nur Beispiele zu nennen*«.

Das Schüren von Stimmungen hat Erfolg. In aktuellen Umfragen findet die Aussage »Die Ausländer bringen Kriminalität in unser Land« eine breite Zustimmung in Ost und West. Als Munition für die Stimmungsmache dient alljährlich die Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), in der die ausländischen Tatverdächtigen, die »Nicht-Deutschen«, explizit ausgewiesen werden. Sowohl den Kritikern der Statistik als auch den Statistikern selbst ist aber klar, daß der Begriff »Ausländerkriminalität« unbrauchbar ist und ein Vergleich der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung der nichtdeutschen mit der deutschen Wohnbevölkerung »nicht möglich« sei.

Mit gutem Grund wollen sich aber die Unionspolitiker dieses wichtige Propagan-

dainstrument nicht aus der Hand nehmen lassen. Schließlich gilt es ja, um das Ziel der inneren Homogenität zu erreichen, das Ausländerzentralregister oder das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gezielt für Maßnahmen gegen die »Ausländerkriminalität« auszustatten. Mit dem geplanten bundesweiten Ausländerzentralregister würden Polizei und Geheimdienste künftig Zugriff auf eine solche zentrale Datenbank haben. Im CDU-Leitantrag wird zusätzlich eine konsequente Abschiebung und Ausweisung straffällig gewordener Flüchtlinge und AusländerInnen gefordert. Militante Serben, die PKK, überhaupt die in Deutschland lebende KurdInnen und TürkInnen werden systematisch als Gefahr für die Republik aufgebaut. Fieberhaft wird überlegt, wie auch anerkannte Asylbewerber abgeschoben werden können.

Diese rassistische Komponente zieht sich durch nahezu alle neuen Gesetzsvorschläge zur Inneren Sicherheit. Homogen im Inneren, abgeschottet nach außen, lautet das Ziel. So sollen die Außengrenzen mit Hilfe von Bundeswehrsoldaten befestigt werden. Wieder war es Schäuble aus dem Machtzentrum der Union und nicht irgendein Hinterbänkler oder Mitglied eines Deutschland-Forums, der eine Grundgesetz-Änderung anvisiert hat, um den Weg frei zu machen für einen Einsatz der Bundeswehr im Innern. Er begründete seinen Vorschlag mit »*weltweiten Wanderungsbewegungen und internationalem Terrorismus*«.

Ideologische Wurzeln

Innerer Friede, das heißt für die Union auch automatisch starker Staat. »*Freiheit des Bürgers und Autorität des Staates sind keine Gegensätze, sie bedingen einander*«, heißt es im beschlossenen Leitantrag des CDU-Parteitages 1993. Im Kampf gegen die Kriminalität solle sich das Volk, die Nation vereinen, zum inneren Frieden und zu einem neuen Gefühl der Gemeinschaft finden. »*Jeder Bürger muß sich als aktiver Sicherheitspartner seiner Nachbarn verstehen und betätigen*«, heißt es dort weiter. Deshalb plädiert die Union für die Einführung eines »freiwilligen Polizeidienstes«.

Auch im Parteiprogramm der REPs wird die steigende Kriminalität letztendlich als Nachwirkung der 68er Bewegung betrachtet. Um dem Liberalismus als Hauptfeind bekämpfen zu können, gehe es jetzt um die »*innere Erneuerung unseres Volkes*«.

In dieser Forderung sind sich nicht nur die REPs und die Union inzwischen völlig einig. Die »innere Erneuerung« wird eingefordert von nahezu allen Gruppen des rechten und rechtsextremen Spektrums. Inhalt und Argumentation sind gleich, nur die

Innere Sicherheit: Neue Forderungen und Gesetze

Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994

- Beschleunigte Strafverfahren
- Hauptverhandlungshaft für auf frischer Tat gefaßte Täter
- Erleichterung des Haftgrundes bei Wiederholungsgefahr
- Ausweitung der Kronzeugenregelung auf die »Organisierte Kriminalität« (OK)
- Einrichtung einer »Ständigen Arbeitsgruppe OK« unter Einbeziehung von Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, Landeskriminalämtern und Bundesnachrichtendienst.
- Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes aus der Kontrolle des internationalen Fernmeldeverkehrs dürfen künftig an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden
- Strafverschärfung für Körperverletzung
- Erweiterte Strafverfolgung bei Verwendung von Kenzeichen verfassungswidriger Organisationen
- Änderung des Asylverfahrensgesetz und des Ausländergesetzes zur Bekämpfung von »Schlepperbanden«
- Schaffung eines Ausländerzentralregisters mit Zugriffsmöglichkeit für Polizei u. VS
- Verschärfung des Ausländergesetzes, um »kriminelle Ausländer zwingend ausweisen zu können«
- Einführung »kommunaler Sicherheitsforen« und eines »freiwilligen« Polizeidienstes

Noch umstrittene Gesetzesvorhaben

- Der Große Lauschangriff auf Privatwohnungen
- Verdeckte Ermittler dürfen sich »milieugerecht« verhalten, d.h. Straftaten begehen, ohne dafür belangt zu werden
- Beweiserleichterung bzw. Umkehrung der Beweispflicht in der Frage des Verfalls des Vermögens im OK-Bereich
- Einsatz des VS gegen OK im Bereich der »Vorfeld-Beobachtung«
- Ermächtigung des VS zur Post- und Telefonkontrolle bei Aufstachelung zum Rassenhaß, Volksverhetzung und Gewaltdarstellung
- Einführung eines besonderen Straftatbestands für das Mitführen von Waffen beim Drogenhandel
- Lebenslange Freiheitsstrafe für bandenmäßigem Betäubungsmittelhandel
- Verschärfung des Tatbestands des Landfriedensbruchs
- Erleichterung der Verfügung räumlich und zeitlich begrenzter Demonstrationsverbote
- Bundesweite Einführung der vorbeugenden Festnahme von Personen im Vorfeld von Demonstrationen
- Verbote politischer Betätigung nicht nur gegen Einzelpersonen, sondern auch gegen in- und ausländische extremistische Vereinigungen
- Prüfung der erleichterten Abschiebung von anerkannten Asylbewerbern
- Reform des Jugendstrafrechts (Verschärfung, Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters)
- Ausweitung des »Zeugenschutzes«: Prozessuale Verwertung von Zeugenaussagen, die in Abwesenheit des Angeklagten und dessen Verteidigers zustande gekommen sind

Auch auf der traditionellen Kreuzberger 1.Mai-Demonstration stand in diesem Jahr die Innere Sicherheit im Vordergrund. Unsere Bilder zeigen den Demo-Block »für sinnlose Gewalt und gegen nächtliche Ruhestörung«



Wortwahl unterscheidet sich noch. Im Grundsatzprogramm der inzwischen verbotenen »Nationalistischen Front«, in der »Deutschen Rundschau«, Parteizeitung der »Deutschen Liga«, in der JN-nahen »Saufeder« wie in R. Oberlerchers »Hundert-Tage-Programm der nationalen Notstandsregierung« (in: »Staatsbriefe«) - überall wird die Forderung nach einem autoritären Staat völkisch und national begründet.

Dezidierter (d.h. entschiedener, energischer. Anm. d. Red.) wird die »innere Erneuerung« von neurechten Gruppierungen diskutiert, die sich auf ihre Vorbilder in der sogenannten »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik beziehen. Im Vergleich mit den Diskussionen innerhalb der Union wird deutlich, daß diese Denktradition schon immer Teil des konservativen Gedankenguts war - früher in den Randbereichen, heute im Mainstream der Union. Diese alten Vorstellungen von einem autoritären, von Eliten geführten Staat und das Ideal einer Volksgemeinschaft, in der der Einzelne dem Ganzen untergordnet ist, werden in »neurechten« Zeitungen hochgehalten.

Immer wieder werden dabei Anleihen genommen bei dem faschistischen Staatsrechtler Carl Schmitt. Dessen »Politische Theologie« (zuerst 1922) beginnt mit dem Satz: »*Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.*« Zentrale Begriffe sind für ihn »Notstand«, »Ernstfall« und »Souveränität«. Wer im Konfliktfall entscheide, »*worin das öffentliche oder staatli-*

Für die Forderung nach härteren Maßnahmen »zur Eindämmung von Extremismus und Gewalt« kamen der Union die rechtsextremistischen Übergriffe gerade recht. Den Zusammenhang zwischen diesen Übergriffen und der Asyldebatte versuchten Demonstranten am 8.11.1992 mit diesem Transparent zum Ausdruck zu bringen. Die Kampagne zur Inneren Sicherheit ist die »nahtlose Fortsetzung der Asyldebatte mit anderen Mitteln.«



che Interesse, die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht«, der sei wirklich souverän und habe dann auch die Befugnis, »*das geltende Gesetz aufzuheben*«. Die Leistung eines »normalen Staates« bestehe aber vor allem darin, »*innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedung herbeizuführen, 'Ruhe, Sicherheit und Ordnung' herzustellen*«. Schmitts antiliberale, antiaufklärerische Haltung verbindet sich mit den Grundlagen rassistischen Denkens, wenn er 1969 fordert, daß die »*politische Kraft einer Demokratie*« sich darin zeigen müsse, »*daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen und fernzuhalten*« wisse.

Auch die »Junge Freiheit« (JF) hat als Hauptfeind der Menschheit den »Liberalismus« und dessen »falschen Freiheitsbegriff« ausgemacht. Für Roland Bubik z.B. ist Freiheit eine »*Frage des Menschenbilds*«. »*Der Mensch ist von Natur aus nicht frei*«, schreibt er im Oktober 1991. Wahrer Konservatismus sei es, »*die gesellschaftliche Regelung der Freiheit unter der Berücksichtigung menschlicher Ungleichheit*« zu bedenken.

»*Freiheit durch Ordnung*«, heißt Bubiks Losung – dahinter könnten sich auch Schäuble und Kanther problemlos stellen. Auch die »Junge Freiheit« macht die »liberale Demokratie« für den steigenden Drogenkonsum und angeblich steigende Abtreibungszahlen verantwortlich. Und natürlich auch für die wachsende Kriminalität. Deren Ursachen müsse man, so JF-Autor Raimo Benger, bekämpfen. Dabei wird er fündig bei »*der Entwurzelung des Menschen*«. »*Seine Wurzeln und den nötigen Halt aber findet der Mensch in Institutionen – Institutionen als Grundlage der Ordnung*«. Zu diesen Institutionen zählt er in völliger Übereinstimmung mit dem CDU-Leitantrag »*Ehe, Familie, Beruf und den Staat*«, diese »*stützen und entlasten den Menschen*«.

Und JF-Chefredakteur Dieter Stein schreibt auf der Titelseite: »*Wer wird bereit sein, die Opfer zu bringen, die die Zukunftsaufgaben den Menschen abverlangen, auf wen soll sich unser Gemeinwesen stützen, wenn nur der Eigennutz vermittelt wird? Wer soll dem Land dienen, wenn immer öfter der Haß auf die eigene Nation gepredigt wird?*« Wer hat da seine Lektion vom wem gelernt. Schäuble von Stein oder Stein von Schäuble, oder sind beide aufgrund gleicher Ideologie zu den gleichen Schlüssen gekommen – der Ideologie der »Konservativen Revolution«?

Die Bundesrepublik befindet sich ökonomisch in einer stukturellen Krise. Sie hat sich mit der Vereinigung übernommen und steht vor einem finanz- und sozialpolitischen Scherbenhaufen. Die Arbeitslosenzahlen steigen, Obdachlosigkeit nimmt zu, die Furcht vor Wohlstandsverlust wächst. Eine ideologische und militärische Aufrüstung nach innen wird notwendig, um Konfliktpotentiale, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben könnten, im Keim zu ersticken. Lösungsansätze und Denkmodelle bieten sich an und werden entsprechend angemommen, die gegen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit orientiert sind. Diese Werte der Französischen Revolution erweisen sich angesichts der gesellschaftlichen Realität zusehends als Fiktion. Neue gemeinschaftsstiftende Werte müssen her, nachdem die Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr taugt. Die Deutschen sollen wieder damit zufrieden sein, Deutsche zu sein. Sollte das als Sinnstiftung nicht ausreichen, erledigt den Rest der autoritäre Staat mit seinen Mechanismen und Machtmitteln.

Die Innere Homogenität wird hergestellt nicht nur durch die Abschottung nach Außen (Festung Europa), sondern auch durch die Ausgrenzung von »Gemeinschaftsschädlingen« über konzertierte Kampagnen und sicherheitspolitische Maßnahmen gegen den »Sozialmißbrauch«, gegen Ausländer, Flüchtlinge und andere sog. Randgruppen. Um dieses Ziel erreichen zu können, soll es künftig »fahndungsfrei Zonen« (CDU-Generalsekretär Peter Hintze) oder »gesetzlich gewollte Informationsdefizite« (BKA-Chef Zachert) nicht mehr geben. ■

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des Beitrags von Bernd Siegler »Die Union und die Innere Sicherheit« in: Deutsche Demokraten – Wie rechtsradikal sind CDU & CSU, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, April 1994 (s. Besprechung in dieser Ausgabe)

Anklage im »Fall Kaindl« erhoben



Gegen 5 derzeit in U-Haft sitzende türkische und kurdische Menschen, denen vorgeworfen wird, an der Tötung des Berliner DL-Schriftführers Gerhard KAINDL im April 1992 beteiligt gewesen zu sein, hat die Berliner Staatsanwaltschaft jetzt Anklage erhoben. Der Tatvorwurf lautet auf »Gemeinschaftlicher Mord und sechsfacher Mordversuch«. Damit geht die Staatsanwaltschaft aus:
1.) von der Tatbeteiligung der Beschuldigten,
2.) von der Absicht, Kaindl zu töten,
3.) von der Absicht, auch die anderen sechs FaschistInnen, die an jenem Abend am Ort waren, umzubringen und
4.) von der gemeinschaftlichen Planung der Tat als Mord.

Wie die Staatsanwaltschaft diese absurden Vorwürfe begründet, ist dem Infoblatt noch nicht bekannt. Wie bereits des öfteren betont wurde, steht ein gezielter, geplanter, vorbereiteter Mord der antifaschistischen Praxis entgegen.

Wie berichtet hatte Kaindl, mit anderen hochrangigen DL-FunktionärInnen und UnterstützerInnen, am 3.4.1992 im Anschluß an eine Veranstaltung des faschistischen »Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerkes«, an einem Essen im kleineren Kreis in einem Chinarestaurant in Berlin-Neukölln teilgenommen. Allem Anschein nach handelte es sich dabei um ein Kadertreffen. Nach Polizeiangaben waren die FaschistInnen dann Ziel eines Angriffes, der für Kaindl tödlich endete.

Im November 1993 kam es in diesem Zusammenhang in Berlin zu Haussuchungen und Festnahmen, weitere Personen aus der antifaschistischen Bewegung werden per Haftbefehl gesucht.

Die Staatsanwaltschaft beruft sich auf Aussagen des jetzt 18jährigen Erkan, der wegen seines labilen psychischen Zustandes in den Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik untergebracht ist, sowie auf Aussagen des gleichaltrigen Bahrettin. Letzterer wünscht weder Unterstützung noch Solidarität.

Die drei anderen Gefangenen – Fatma, Abidin und Mehmet – haben mittlerweile normale Haftbedingungen.

Von antifaschistischer Seite kam es in der Zwischenzeit zu weiteren Solidaritätsaktionen. Neben zahlreichen Soli-Feten zur Unterstützung der Gefangenen gab es am 30.4. vor dem Knast Moabit ein Konzert. Bereits die Demo am 20.4. (s. Bericht und Interview) hatte die sofortige Freilassung der Gefangenen und die Einstellung der Verfahren zum Motto. Am 21.5. fand in Berlin eine bundesweite Soli-Demo unter dem Motto »Eingreifen ist gerechtfertigt!« statt.

Für eine politische Einschätzung der Vorwürfe ist es noch zu früh. Sollte die Staatsanwaltschaft sich damit durchsetzen, so ist mit 18-20 Jahren Knast für die Beschuldigten zu rechnen.

Der Prozeß wird vorraussichtlich ab 20.9.1994 jeweils Dienstags und Freitags geführt werden.

Politische Justiz

Von Ochsenfröschen und anderen Dingen

Wird den offiziellen Verlautbarungen geglaubt, so ist die deutsche Justiz unabhängig und überparteilich. Als der Schriftsteller Ralph Giordano den Oberstaatsanwalt Klaus Schacht einen »Ochsenfrosch« nannte, dem »die Untat ins Gesicht geschrieben stand«, weil dieser kein Verfahren gegen den KZ-Aufseher und Mörder Anton Malloth eröffnen wollte, scheute sich der so benannte Jurist vor einem Prozeß und zog im letzten Augenblick eine Klage gegen Giordano zurück. Zur Begründung für diesen Schritt nannte Schacht die Furcht vor einem Tribunal gegen die deutsche Nachkriegsjustiz. Wir meinen, der Oberstaatsanwalt tat recht, denn Stoff für ein solches Tribunal gäbe es reichlich. Schließlich besteht eine ungebrochene Kontinuität der Justiz vom Kaiserreich, über Weimarer Republik und NS-Diktatur bis in die BRD. Auch heute ist in der Gesamtbeurteilung der Justiz deren rechtsgerichtete Parteilichkeit nicht zu übersehen und drückt sich in der unterschiedlichen Ausdehnung und Härte der politischen Strafverfolgung gegen Linke und Rechte aus.



Vor 1933 tendierte die Mehrheit der Juristen zur deutschnationalen, erzreaktionären DNVP. In den Auseinandersetzungen der Weimarer Republik stellten die Juristen ihre »rechte« Einstellung zur Genüge unter Beweis. Aufschlußreich ist eine Untersuchung des Mathematikers Emil Julius Gumbel, der die politische Justiz der Weimarer Republik in der Zeit seit Januar 1919 bis Beginn der zwanziger Jahre unter die Lupe nahm und zu folgenden Ergebnissen kam: 22 Morden von links standen 332 von rechts gegenüber. Die Justiz der Weimarer Republik stellte dieses Verhältnis politischer Gewalt in ihren Urteilen auf den Kopf. Bei Linken urteilten die Richter: 10 Erschießungen, 248 Jahre und 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen. Bei den Rechten: Keine Erschießungen, 90 Jahre und 2 Monate Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und 1 mal lebenslänglich Haft. D.h. ein Linker hatte einen Mord mit durchschnittlich 15 Jahren Einsperrung zu bezahlen (sieht man von den Erschießungen ab), wohingegen ein Rechter durchschnittlich mit 4 Monaten Haft davon kam! Höhere Mathematik?

Der Übergang der Justiz in den Nationalsozialismus verlief weitgehend reibungslos. Die Juristen gehörten zu den ersten gleichgeschalteten Berufsgruppen im Nationalsozialismus. 55% waren Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Im April 1933 wurden jüdische, sozialdemokratische und andere »politisch unzuverlässige« Richter und Beamten entlassen. Damit war die Unabhängigkeit der Richter – wenn sie denn je bestand – praktisch aufgehoben. Und im Oktober 1933 schwörten 10.000 Juristen auf einer Massenkundgebung anläßlich des Juristentages in Leipzig Hitler Gefolgschaft »bis an das Ende unserer Tage«. Diese Gefolgschaft stellten sie blutig unter Beweis. Die etwa 16.000 Todesurteile der zivilen und 16.000 Todesurteile der Militärjustiz blieben für die daran beteiligten Juristen nach 1945 allerdings, wen könnte das überraschen, ohne Folgen.

Nach 1945 stieg die Konzentration von Nazi-Richtern sogar noch in den westlichen Zonen an, da die meisten politisch belasteten Richter und Staatsanwälte aus den ehemaligen Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone in den Westen geflohen waren und dort wieder eine Anstellung fanden. Bereits 1948 waren 30 Prozent der Gerichtspräsidenten und 80 bis 90 Prozent der Landgerichtdirektoren und -räte der britischen Zone wieder ehemalige NSDAP-Mitglieder. Nicht anders war es in den anderen westlichen Zonen. In Bayern (amerikanische Zone) waren z.B. 1949 unter den 924 Richtern und Staatsanwälten immerhin 752 (= 81%) frühere Nazis. Von Entnazifizierung keine Spur. Das Gegenteil ist der Fall.

Einer, der es in der BRD weit brachte, war der Wehrmachtsrichter Dr. Hans Karl Filbinger, der als CDU-Politiker bis zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg aufstieg. Als einige Urteile aus der Kriegs- und Nachkriegszeit bekanntwurden, mußte er schließlich seinen Hut nehmen.

Die politische Justiz ist sich bis heute in der Beurteilung sogenannter Straftaten durch Linke und Rechte treu geblieben. In dem Zeitraum 1980-89 wurden einer Untersuchung von Rolf Gössner zufolge fast 25 mal mehr Linksterrorismusverfahren als Rechtsterrorismusverfahren eingeleitet. Dabei gab es in diesem Zeitraum über 700 rechtsterroristische Gewalttaten wie Sprengstoff- und Brandanschläge, Raubüberfälle und Körperverletzungen. Insgesamt gab es aufgrund rechtsterroristischer Anschläge 36 Tote (gegenüber 10 Toten, die von Linken verursacht wurden). In Sachen »Linksterrorismus« wird demnach wesentlich breiter ermittelt und mehr Personen einbezogen als gegen Rechts.

Jüngste Beispiele für die Rechtsauffasung der Justiz: Die Ablehnung einer Klage gegen Schönhuber. Die Staatsanwaltschaft mochte nicht erkennen, daß in den verbalen Attacken Schönhubers gegen den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Ignatz Bubis, der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt sei (Schönhuber hatte Bubis einen Volksverhetzer genannt).

Internationale Entrüstung löste auch der Urteilsspruch wegen der Auschwitz-Lüge aus (siehe Artikel in diesem Heft).

Zur weiteren Lektüre sei auf die Broschüre »Auf dem rechten Auge blind?« vom Aktionsbündnis gegen den Sicherheitsstaat, München hingewiesen.

LASSEN WIR DIE INHAFTIERTEN ANTIFASCHISTINNEN NICHT IM STICH!

Seit letztem Jahr sitzen drei türkische und kurdische AntifaschistInnen und zwei Jugendliche in Berlin in Haft, nach weiteren Antifas wird gefahndet. Ihnen soll im kommenden Herbst der Prozeß gemacht werden; die Anklage lautet auf Mord und sechsfachen versuchten Mord. Im April 1992 war der Funktionär der faschistischen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL), Gerhard Kaindl, nach einem Angriff von AntifaschistInnen seinen Verletzungen erlegen.

Kaindl gehörte zur DL-Führungsriege, die bis zu ihrem Austritt aus den Republikanern 1991 die Mehrheit des Berliner REP-Landesvorstandes stellte. In ihrer damaligen REP-Führungsrolle haben sie einen rassistischen Wahlspot zu verantworten, der mit dem Ableben Kaindls Wirklichkeit wurde – nur anders, als von ihnen konzipiert. In dem Wahlkampf 1988 traten sie mit einem TV-Spot an, der MigrantInnenkinder zeigte, untermalt von der Melodie »Spiel mir das Lied vom Tod«...

Wegen des großen Erfolges der rassistischen Hetze werden bei den Faschisten im Jahr 1992 die Sekt-Korken geknallt haben: Kaum ein Tag, an dem nicht von rassistischen Überfällen, Belagerungen von Flüchtlingsheimen und Morden zu lesen war. Die von der Regierung, den bürgerlichen und faschistischen Parteien und einem großen Teil der Medien wirkungsvoll inszenierte »Asyldebatte« hatte ein Klima geschaffen, in dem Flüchtlinge zum Freiwild für den rassistischen Mob gemacht worden. Als Kaindl getötet wurde, lag das Pogrom in Hoyerswerda, bei dem sich die RassistInnen eine Woche lang mit offizieller Duldung austoben durften, gerade mal ein halbes Jahr zurück. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit brachte es erst nach mehr als einem Jahr nach Hoyerswerda fertig,in großer Anzahl, meist Lichterketten bildend, auf die Straße zu gehen. Dazwischen lag ein weiteres, schlimmeres Pogrom (das von Rostock-Lichtenhagen im August 1992), die Toten von Mölln, Solingen...
Die Zahl der bekannt gewordenen Morde, die von Faschisten und Rassisten seit 1990 verübt worden waren, umfaßten Ende 1992 schon mehrere Dutzend!



Von einer massenhaften Solidarisierung mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen war in den Monaten nach Hoyerswerda in der Bundesrepublik wenig zu spüren. Die potentiellen Opfer, vor allem alle »ausländisch aussehenden« Menschen, mußten sich mit dem Rücken zur Wand fühlen, ausgeliefert einem rassistischen Mob, der mit der Ermutigung durch die Herrschenden losgeschickt wurde. In diesem Klima waren Versuche aus ImmigrantInnenkreisen, Widerstand gegen diese offiziell sanktionierte Mordwelle zu organisieren, lebenswichtig. Und es ist selbstverständlich, daß sich die direkt von Rassisten angegriffe-

selbstverständlich, daß sich die direkt von Rassisten angegriffenen Bevölkerungsgruppen massiver und oft auch verzweifelter wehren.
Für die in der BRD lebenden JüdInnen stellte sich die Lage ähnlich bedrohlich dar.
»Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen – niemals!«, schrieb Ralph Giordano im Namen vieler bedrohter JüdInnen im November 1992 an Kanzler Kohl. Er brachte damit die Frage des bewaffneten Selbstschutzes auf die Tagesordnung.
Er machte des weiteren Kohl und die Regierung für alles verantwortlich, was aus dem Nichthandeln gegen die rechten Mörder entstehen könnte.
Kohl reagierte prompt. Im Bundestag an Giordano und die zur Selbstverteidigung Entschlossenen gerichtet: Das Gewaltmonopol des Staates dürfe nicht angetastet werden. *»Wer dies versucht, muß die ganze Härte des Staates zu spüren bekommen.«*
Diese Härte soll auch gegen die AntifaschistInnen, den der Mord an Kaindl angelastet wird, gezeigt werden. Sie werden kaum mit einer Verurteilung zu ehrenamtlicher Wochenendarbeit rechnen können, so wie bei etlichen Teilnehmern des Rostocker Pogrom geschehen.

Wir wenden uns an die vielen Menschen, die sich in der Vergangenheit dem rassistischen Terror entgegengestellt oder sich zumindest mit den Opfern solidarisiert haben. Der Tod Kaindls war eine logische Folge der rassistischen Hetze der Faschisten, und der großen bürgerlichen Parteien, die an ihren neuen Asylgesetzen strickten. Den haben sie, die Mordbrenner wie die Schreibtischtäter, zu verantworten.

Inzwischen sind wir wieder eingeschwenkt auf einen Alltag, in dem Überfälle auf »AusländerInnen« und andere Minderheiten nach wie vor geschehen, nur nicht mehr so massenhaft, aber nach wie vor spektakulär, wie erst kürzlich bei den Treibjagden Magdeburger Rechtsradikaler auf Minderheiten.
Haben wir solch eine Sehnsucht nach einem »Normalzustand«, daß wir dies nicht mehr sehen wollen? ImmigrantInnen haben es in diesen Verhältnissen schwerer. Sie können – aufgrund ihres Aussehens – nicht in die Anonymität der Masse abtauchen.
Der Marsch nach rechts ist noch keineswegs gestoppt worden. Wenn die Regierung sich wieder in der Klemme sieht, ähnlich wie 1991 oder gar schlimmer, wird sie erneut das Klima anheizen – doch dann wieder auf höherem Niveau. So wie die 1986 in Berlin in Brand gesteckten Flüchtlingszelte und das Hoyerswerda von 1991 im Nachhinein nur als ein Vorspiel des Rostocker Pogrom erscheinen, so ist auch das Rostocker Pogrom nur ein Vorspiel des Kommenden.
Haben wir alles schon wieder verdrängt? Ist es so selbstverständlich, daß wir heute nicht rückblickend von Kohl als dem »Pogrom-Kanzler« sprechen?
Lassen wir diejenigen, die sich den Faschisten entgegengestellt haben, nicht allein. Vermitteln wir ihnen, auch gerade den ImmigrantInnen, nicht das Gefühl, das unter ihnen herrschte, als der Faschist Kaindl zu Tode kam: das Gefühl, den Rassisten und Faschisten ausgeliefert zu sein und mit dem Rücken zur Wand zu stehen.

- **Tretet in den Dialog mit den Gefangenen, stellt Öffentlichkeit für sie her! Überlegt, ob Eure Gruppen, in Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Stadtteilen, wo auch immer, Patenschaften für bestimmte Gefangene übernehmen können.**
- **Schickt BeobachterInnen zum Prozeß!**
- **Unterstützt die Gefangenen und ihre Angehörigen und die Öffentlichkeitsarbeit auch finanziell!**
- **Überlassen wir die angeklagten ImmigrantInnen nicht dem Verfolgungsdrang des Pogrom-Staates von 1992!**

SPENDET FUR DIE GEFANGENEN ANTIFASCHISTINNEN:

Neu! – Neu! – Neu! – Achtung: Neue Kontonummer! – Neu! – Neu! – Neu!
M. Holzberger; Kto.-Nr.: 1300 953 00; Commerzbank; BLZ 100 400 00
Bisher sind knapp 34.000 DM auf das Spendenkonto eingegangen. Ein großes Dankeschön von den Gefangenen. 10.000 DM sind schon für sie ausgegeben worden. Benötigt werden aber 80.000.- DM (nach vorsichtiger Schätzung). Es gibt also viel zu tun! (Stand: April 1994)

Antifaschistisches INFO-Blatt Nr. 27, Juni/Juli 1994, ViSdP: L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin



mit dem Antifasist Genclik Komitee

»Wir wollen nicht geliebt werden, wir wollen akzeptiert werden!«

Am 22.Januar 94 hat sich ein bundesweites MigrantInnenkomitee zur Unterstützung der inhaftierten Antifas gegründet. Das Komitee nennt sich »Antifasist Genclik« um einerseits seine Identifizierung mit den inhaftierten Antifas, im Selbstverständnis der Selbstorganisierung, zu demonstrieren, andererseits um den Versuch fortzuführen, eine langfristige MigrantInnenbewegung aufzubauen, die sich gegen den Druck der Staatsorgane, gegen Rassismus und Diskriminierung stellt. Nach der Demonstration am 20.April 94 in Berlin, an der ca. 3000-5000 Menschen teilgenommen haben, führte das Antifa-Infoblatt mit Hebra (Frankfurt a.M.), Kira (Hamburg) und Akin (Berlin) aus dem bundesweiten Komitee ein Interview.



***Info:** Komitee Antifasist Genclik, warum seht ihr euch in der Tradition von »Genclik«?*

Hebra: »Genclik« ist eine Bewegung, die aus der ImmigrantInnenbewegung entstanden ist, um den Schutz und seine Verteidigung gegenüber faschistischen Angriffen selbst in die Hand zu nehmen. Zu dieser Tradition stehen wir auf alle Fälle. Es gibt politische Unterschiedlichkeiten zwischen uns. Das hat mit Einstellungen von einzelnen Gruppen weniger zu tun, als mit der Tatsache, daß wir diese Selbstorganisierung für absolut notwendig betrachten, egal was für eine Gruppe sich betätigt, um gegen Rassismus zu handeln.

Akin: Mitte Januar gab es ein Treffen unterschiedlicher Gruppen aus verschiedenen Städten. Aus Hamburg wurde in erster Linie die Frage gestellt, was können wir gemeinsam für die Gefangenen und für die Leute auf der Flucht tun. Und da ist es auf jeden Fall erst einmal wichtig, trotz aller politischen Differenzen, die unter den Städten immer bestehen, eine eigene Unterstützungsgruppe zu bilden und zwar unabhängig von der Unterstützungsgruppe, die sich hier in Berlin gegründet hat und hauptsächlich von Deutschen dominiert wird.

***Info:** Warum findet ihr es notwendig, selber ein Komitee der MigrantInnen zu gründen. Was war euer Ausgangspunkt zu sagen, wir machen unser eigenes Teil, wir müssen uns selber politisieren, wir müssen selber was machen?*

Hebra: Also erstmal, weil die Beteiligung der MigranntInnen als Teil einer zivilen Gesellschaft schon notwendig ist. Zweitens, weil die Erfahrung mit Gefangenen eher schlecht erlebt worden ist. Drittens, es gibt Aspekte der Forderungen der MigrantInnen, die nicht in den Forderungen von Deutschen zu finden sind oder die nicht von ihnen verstanden werden. Und es geht auch darum das Selbstbewußtsein der MigrannInnen zu verstärken, wenn sie angegriffen werden. Daß ihr Selbstbewußtsein stärker wird, so daß sie selber reagieren werden. Selbstschutz ist ein Schritt der sehr notwendig ist. Für ein Auftreten in der Gesellschaft



Eingang zur »Roten Flora« im Hamburger Schanzenviertel

überhaupt seinen Mund aufzumachen ist wichtig, und nicht, mit dir machen zu lassen, was andere wollen. Ich glaube, jede/r MigrantIn ist ein politisch bewußter Mensch, viele aufgrund ihrer Vergangenheit. Und es gibt keinen Grund, daß sie hierher kommen und überhaupt nichts mehr zu entscheiden haben.

Info: *Es gibt starke nationalistisch orientierte Gruppierungen innerhalb der verschiedenen ImmigrantInnengruppen, wie geht ihr damit um?*

Hebra: Das ist das Problem der MigrantInnen das müssen sie selber lösen. Das ist ein Teil der politischen Verantwortung die sie auch tragen, wie sie mit diesem Problem umgehen. Auf jeden Fall, wenn es um Rassismus geht, sind diese Gruppen genauso betroffen wie wir.

Info: *Wie ist das mit Bündnissen? Bündnis aller MigrantInnen hier in Deutschland? Einschließlich z.B.der »Grauen Wölfe«?*

Akin: Ich kann das erstmal für Berlin beantworten. Ich als Berliner Migrant lehne das für mich ab z.B. mit türkischen Nationalisten oder Faschisten zusammen zu arbeiten. Auch auf Grund der Tatsache, daß sie genauso wie ich mit dem Rassismus konfrontiert sind. Wenn ich sage, ich bin Antirassist und ein Antifaschist, werde ich mich genauso gegen »Graue Wölfe« wehren, wie gegen deutsche Faschisten. In ihrer Ideologie unterscheiden sie sich nicht. Aber wenn sie trotzdem von Faschisten angegriffen werden, werde ich natürlich eine Position beziehen, ohne eine Nähe zu ihnen zu haben. Der Nationalismus innerhalb der türkischen Jugendlichen ist seit Solingen stark explodiert. Wobei für mich dann nochmal das Problem ist, türkische Jugendliche, die eine türkische Flagge tragen nicht sofort als türkische Faschisten abstempeln zu wollen, was ja die meisten türkischen Linken machen.

Hebra: Von der reinen Praxis her, wenn es um Rassismus geht, werden wir es nicht zulassen, daß ein Ausländer zusammengeschlagen wird oder beleidigt wird, wenn er zu den grauen Wölfen gehört. Aber nur wenn wir in diesem Angriff erkennen, daß er nichts mit seiner politischen Ansicht zu tun hat. Wenn es um Nationalismus innerhalb der türkischen MigranntInnen geht, dann werden wir damit umgehen müssen, die Konsequenzen ziehen müssen, das ist eigentlich unsere Sache. Ich glaube da ist eine Nähe zu Frauen und Sexismus. Vergewaltiger, egal woher sie kommen, sind immer noch Vergewaltiger. Egal wie das Opfer denkt, es ist eine Frau gewesen.

Info: *Der Versuch der damaligen Antifasist Genclik war ja der Versuch türkische Straßengangs zu politisieren. Der ist eigentlich gescheitert, oder seht ihr das anders?*

Akin: Das war ja nicht der erste Versuch von Anitfasist Genclik gewesen. Antifasist Genclik ging es erst mal darum mit Menschen zusammenzukommen, die den Kampf hier führen und und nicht in der Türkei und Kurdistan. Dies war gleichzeitig eine Kritik an diese Linke gewesen, die sich zu dem, was hier in der BRD passiert, nicht verhält. Das war das Problem gewesen, ob der Kampf jetzt zielgerichtet in der Türkei oder Kurdistan geführt wird, oder ob aus dem Rassismus, den sie hier wahrnehmen der antifaschistische Kampf geführt wird, mit der Zielrichtung MigranntInnen zu organisieren. Im Laufe der Zeit haben unterschiedlich viele angefangen den Rassismus hier zu thematisieren.

Die Notwendigkeit wurde gesehen, trotz der »unpolitischen Ansätze« von Jugendgangs, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Dieser Versuch, ist aus unterschiedlichen Gründen gescheitert, aber das ist für mich erstmal nicht so bedeutend. Bedeutend ist für mich, daß Menschen, die hier seit Jahrzehnten leben, es geschafft haben, hier zusammenzukommen und den Rassismus, unabhängig von der deutschen, türkischen und kurdischen Linken, zu thematisieren. Und zwar eine offensive Selbstorganisierung von MigranInnen voranzutreiben.

Hebra: Also ich denke nicht, daß dieser Versuch gescheitert ist. Dieser Versuch hat erstmal einen Schlag bekommen, aber das bedeutet nicht, daß es keine Zukunft dafür gibt. Die jüngere Generation wird wachsen und sie müssen für sich analysieren in welcher Gesellschaft sie sich befinden, was sie haben wollen und was die Möglichkeiten jetzt sind, die ihnen angeboten werden. Die Sache mit der Politisierung in Hinblick auf die Herkunftsländer ist eine Art Flucht, wenn du überlegst, was du für Lebensumständen hier begegnest. Daß man sich weiter politisch beschäftigt mit der Türkei und anderen Länder, Kurdistan und so weiter, das ist absolut legitim. Aber die Demokratie, die man beansprucht für diese Länder, muß man auch für sich selbst hier beanspruchen. Man darf nicht akzeptieren, weil es hier besser aussieht, daß alles in Ordnung ist.

Info: *Das heißt sich ein eigenes Selbstbewußtsein aufzubauen und wegzukommen davon, wir müssen uns jetzt schnell integrieren, sich klein machen, am besten das Maul halten , anstatt zu sagen wir haben die und die Sozialisation, wir denken so und so...*

Hebra: Ja, die Gesellschaft wird auch von MigrantInnen gemacht und diese Rolle dürfen sie nicht abgeben.Sie sind mitverantwortlich, wenn sie jetzt nicht etwas machen für das, was in 10 Jahren kommt, haben sie für Ihre Zukunft überhaupt keine Perspektive mehr. Also das ist auch eine Kritik an den MigrantInnen, wie sie sich früher politisch verhalten haben.

Akin: Ich möchte noch einmal auf die Tradition von Antifasist Genclik zurückkommen. Ich weiß, daß viele deutsche Linke mit dem Begriff Schwierigkeiten haben und den Fehlern, die gemacht worden sind. Das ist für mich sehr bedeutungsvoll, jede politische Gruppierung macht im Laufe ihrer Entwicklung Fehler. Aber Tatsache ist, daß eine MigrantInnenorganisation diese Fehler gemacht hat, die ja erst neu entstanden war. Dies wird viel kritischer bewertet, als von anderen Gruppen. Daher sind für mich diese Fehler nicht so in den Vordergrund zu heben. Ich denke, aus den Fehlern muß gelernt werden für die Zukunft.

Info: *Was ist eure Kritik an der deutschen Linken, in eurer Situation jetzt, an Erfahrungen die ihr gemacht habt. Wo gibts die meisten Schwierigkeiten?*

Akin: Also ich habe das ganz extrem im Laufe der Vorbereitungen zu dieser Demo am 20.4.94 mitbekommen, wo es ja hieß,

daß wir MigrantInnengruppen die Demo organisieren. Dadurch, daß wir unsere eigenen politischen Inhalte, den Rassismus und die Kriminalisierung von MigranntInnen benannt haben, kam als viele deutsche Linke das mitbekommen haben, daß ausschließlich MigrantInnengruppen diese Demo organisieren, der Vorwurf an uns, daß wir sie ausschließen aus der Demovorbereitung und den politischen Inhalten. Meine grundsätzliche Kritik ist, daß nicht wahrgenommen wird, daß verschiedene Ansätze von politischem Verständnis vorhanden sind.

Wenn wir Rassismus thematisieren ist das bestimmt nicht der gleiche Rassismus den die deutsche Linke thematisiert.

***Info:** Fühlt ihr euch von der deutschen Linken funktionalisiert?*

Kira: Ich habe das Gefühl, daß es nicht darum geht instrumentalisiert zu werden, sondern daß der Wunsch sehr stark ist, daß wir uns gemeinsam organisieren. Große Schwierigkeiten sind vorhanden zu akzeptieren, daß MigrantInnen erst einmal für sich Sachen machen müssen. So erlebe ich es in Hamburg. Da kommen solche Sachen wie, es ist legitim, daß ihr euch organisiert, das ist ein Satz, den kannst du als deutsche Linke denken. In dem Moment, wo du ihn aussprichst, gibt es ein Oben und Unten. Genauso wie wenn Männer zu Frauen sagen, es ist legitim wenn ihr euch organisiert.

Hebra: Wir haben in einem Flugblatt geschrieben, daß wir uns nicht durch den autonomen TÜV genehmigen lassen wollen. Wir müssen nicht den Kriterien entsprechen, die sie sich vorstellen. Seien es unsere Methoden oder unsere Denkweisen, wie wir diese MigranntInnenbewegung zustande bringen wollen oder wie wir uns gegenüber Rassisten verhalten werden. Die Wahrnehmung unserer Ansprüche und Bedürfnisse ist etwas, was noch nicht akzeptiert worden ist. Wenn MigrantInnen früher in deutschen politischen Strukturen gearbeitet haben, sind sie meistens als Dolmetscher benutzt worden. Wenn es darum ging, über diese Flüchtlinge einen Kommentar zu machen wurden die »Experten« der deutschen Bewegung interviewt über ihre Analyse der Situation und das hat natürlich eine gewisse Wut verursacht bei den MigrantInnen, die diese Problematik viel näher erleben. Vor allem, da sie ja schon eine politische Vergangenheit als Verfolgte haben.

Sie wissen auch wie sich das anfühlt, in einem Land wie Deutschland als Flüchtling anzukommen, welche Probleme entstehen oder vorhanden sind. Die Meinung ist, wenn man es krass sagen will, daß die linken Bewegungen die Selbstorganisierung der MigranntInnen als Verrat oder als Undankbarkeit empfinden. Sie stellen sich überhaupt nicht in Frage gegenüber ihren MigrantInnen-GenossInnen. Die Diskussion in Frankfurt ist soweit gekommen, daß es überhaupt keine Zusammenarbeit mehr geben kann, solange sie uns nicht entgegenkommen, unsere Ansprüche und unsere Kritik wahrnehmen wollen. Wir müssen wir uns immer wieder rechtfertigen, warum wir uns selbstorganisieren. Wir müssen immer wieder sagen wie wir die Sache erleben. Daß es eine Überlebenspraxis ist, uns zu distanzieren. Sonst könnte dieser Kampf gegen Rassismus nicht weitergeführt werden. Diejenigen, die bereit sind zu akzeptieren, daß wir selbst Rassismus definieren können, unsere Maßstäbe, Werte und Begriffe dafür haben, diejenigen die das mit uns bekämpfen wollen, sind uns auf alle Fälle willkommen.

Kira: In Hamburg ist die Situation anders. Wir haben die gleichen Probleme, machen aber gemeinsame praktische Zusammenarbeit. Wir haben Leute in verschiedenen Gruppen und bei dem Hungerstreik der Flüchtlinge auf den Schiffen usw. haben wir zusammen gearbeitet aber auch unsere unterschiedlichen Positionen klargestellt. Wir führen die Diskussion im Moment zu diesen Unterschieden.

***Info:** Wie läuft diese Auseinandersetzung?*

Kira: *(Gelächter)* Die hat gerade erst angefangen.

***Info:** Momentan ist ja auch so ein Klima, daß deutsche Linke, Stichwort »positiver Rassismus«, »Angst« haben, Kritik zu äußern, anstatt zu sagen, ich sehe das so und so. Was meint ihr dazu?*

Hebra: Ich mag den Begriff »positiven Rassimus« überhaupt nicht. Rassismus kann weder positiv noch neutral sein. Das ist ein geistiger und physischer Angriff auf MigranntInnen oder ein Feinddenken aufgrund rassistischer Ideologien. Daß sie Hemmungen haben, ihre Gedanken auszusprechen, weil sie Angst haben als Rassisten plakatiert zu werden, spricht nicht dafür, daß sie mit dem Thema Rassismus selbst klar gekommen sind. Wenn sie solche Hemmungen haben, müssen

sie sich fragen warum und nicht uns fragen. Wir werden nicht die Deutschen therapieren. Wir haben nicht die Zeit noch die Lust dazu, wir haben genug zu tun. Mit uns selbst. Wir haben genug Probleme. Wenn die Deutschen daran arbeiten wollen, gerne im Austausch mit uns, dann ist das kein Problem, aber dann muß klar geredet werden.

Akin: Ich denke aber auch, daß im laufe der letzten Monate in der Problematik des Rassismus und der Selbstorganisierung mit den Autonomen eine gewisse Entwicklung da ist. Es ist notwendig, sich mit ihnen darüber auseinanderzusetzen und auch auf dem Weg dahin zu kommen uns von den Autonomen und auch der deutschen Linken zu lösen um später auch kritisch zu arbeiten. Ich merke selbst immer wieder, wie tief ich in den Strukturen drin bin, in meinem politischen Denken und Handeln. Ich muß mich davon lösen, um für mich eine selbständige Entwicklung mit anderen MigrantInnen zu praktizieren um später einmal mit den deutschen Linken auch punktuell zusammenarbeiten zu können.

Hebra: Es ist wie wenn Männer die sagen, daß sie alle Frauen mögen, das hindert sie nicht daran in tausend Arten alltäglich, sexistische Haltungen zu haben. Es reicht nicht zu reden, es ist sehr wichtig zu zeigen, daß mann es verstanden hat. Das nennt man Konsequenz zeigen. Ich spreche für meine Gruppe in Frankfurt, wir wollen nicht geliebt werden, wir wollen akzeptiert werden. Das ist schon sehr viel, glaube ich.

***Info:** Eure Zukunftsvorstellungen, wie wollt ihr weitermachen?*

Hebra: Wir hoffen, daß wir das Konzept noch mehr ausarbeiten können, auf welcher Basis, welche gemeinsamen Interessen wir haben, in welchem Rahmen wir gemeinsam handeln wollen. Jede Gruppe kann ja, unabhängig von anderen, handeln und ihre eigene politische Richtung behalten, aber wenn wir uns gegen Rassismus zusammenschließen wollen, wollen wir dann auch für alle sprechen. Wir wollen die Wahrnehmung des Rassismus auch an andere MigrantInnen vermitteln, MigrantInnen dazu bewegen, daß sie sich viel breiter solidarisieren. Wobei natürlich die Solidarisierung und Anerkennung von Gemeinsamkeiten für jede Gruppe Konsequenzen hat. Das heißt, es fördert auch eine gewisse politische Entwicklung, in jeder Gruppe. Das kann sehr konstruktiv sein, für die Auseinandersetzungen der MigrantInnengruppen.

Akin: Ich bin der Meinung, daß die MigrantInnenbewegung in Deutschland sehr schwach ist, im Gegensatz zu anderen Ländern, wie z.B. England. Erwähnenswert ist es auf jeden Fall, was wir nach dem (bundesweiten, die Red.) Zusammenschluß seit Januar für einen Erfolg hier hatten. Wir haben unter der deutschen Linken die Selbstorganisierung der MigrantInnen zur Diskussion gestellt und da tut sich auch sehr viel. Perspektivisch gesehen will ich eine starke MigranntInnenbewegung. Wir sind meilenweit entfernt.

Und, wenn wir das Interview so beenden, dann möchte ich einen Appell an alle MigranntInnen, die das Interview lesen werden, sich Gedanken zu machen, sich damit auseinanderzusetzen und an den Punkt zu kommen, sich irgendeiner MigrantInnenbewegung anzuschließen. ■

Wahlkampf in Köln

Rassistische Angriffe, DL-Aktivitäten und antifaschistische Gegenwehr

Der Wahlkampf der Kölner DL hat angefangen. Ihre Veranstaltungen und Stände werden mittlerweile von der Stadtverwaltung und Polizei erlaubt.

Nachdem die DL aus ihrem alten Büro rausgeflogen ist, bekam sie von der Stadt zwei Container gestellt. Dort entwickelte sich bald Widerstand gegen die rechtsradikalen DLer. Es kam zu regelmäßigen Demonstrationen von Antifagruppen und einer Nachbarschaftsinitiative. Die Container wurden daraufhin immer weniger genutzt. Den Wahlkampf koordinierte die DL von einem konspirativ angemieteten Büro in der Schaurtestraße in Deutz aus. Dort hatten sie sich im Herbst/Winter 93 als Naturschützer einen Kellerraum angemietet. Im März 94 kam es zu einer ersten Flugblatt-Aktion von 100 AntifaschistInnen gegen das neue Büro. Etwa 100 Menschen blockierten den Eingang und informierten die AnwohnerInnen mit Flugblättern über ihre neuen Nachbarn.

Bei den AnwohnerInnen fand die Aktion großen Anklang. Trotzdem versuchten die DLer weiterhin zu leugnen, daß das Büro von ihnen angemietet wurde und verteilten ein Flugblatt an die AnwohnerInnen, in dem sie sich als »Seminargemeinschaft Peter Werntgen« ausgaben. Diese Propaganda hatte wenig Wirkung. Der Vermieter sprach inzwischen eine fristlose Kündigung aus und will die DL wegen Betrugs verklagen. Die im Telephonbuch eingetragenen Nummern der »Seminargemeinschaft« dienen seit Dezember 93 als Kontaktnummern des DL-Kreisverbandes.

Die Mieter, die sich als Naturschützer ausgaben, sind die DLer Bernd Michael SCHÖPPE, Michael WIECHERT, Dieter BALK und Thomas ADOLF. Erstere drei sind allesamt im Landesvorstand NRW der DL, was darauf schließen läßt, daß das Büro in der Schaurtestraße auch gleichzeitig als Geschäftsstelle des NRW-Landesverbandes dient. Trotz der Kündigung finden weiterhin regelmäßig Treffen der DLer in den mittlerweile mit starken Gitterfenstern gesicherten Räumen statt. Anfang April wurden die DL-Container durch einen Brandanschlag völlig zerstört.

Kölner DL und die militante NS-Szene

Nachdem bundesweit die DL auseinanderbricht, weil immer größere Teile in das militante NS-Lager überschwenken, scheint sich auch in Köln diese Entwicklung zu vollziehen. Seit über einem halben Jahr tauchen FAPler bei sämtlichen Aktionen und Treffen der DL auf. Nach der ersten Anti-

faaktion gegen ihr neues Büro organisierte die DL einen Nazischlägertrupp von mindestens 20 Mann als Schutz, der in Gruppen durch Deutz zog und offensiv DL-Aufkleber klebte. Bei einer solchen Aktion wurden auch Personen aus der Nachbarschaft bedroht und angegriffen.

Auch die jüngste Aktion der DL, Steckbriefe mit voller Adresse gegen Ralph Giordano herauszugeben, passt in dieses Bild. Giordano hatte schon vorher mehrmals aus der militanten Kölner Naziszene Morddrohungen erhalten. Verantwortlich für den Steckbrief der DL, zeichnet »Birgit Müller« für die »Stadtteilgruppe der DL Köln-Bayenthal«. Unter der angegebenen Adresse befindet sich das Haus der rechtsradikalen Burschenschaft GERMANIA.

DL im Wahlkampf. Stadt Köln toleriert Naziveranstaltungen

Am 5.4. hielt die DL ihre Auftaktversammlung zum Kommunalwahlkampf ab. Die endgültige KandidatInnenliste der DL, die auf diesem Treffen beschlossen werden sollte, kam noch nicht zustande. Es scheint weiterhin Streitereien im rechtsradikalen Lager zu geben.

Bereits am 30.1.94 hatte der Kölner DVU-Vorsitzende Josef ETHEBER zu einer Mitgliederversammlung aufgerufen, bei der die Kandidaten für die kommende Kommunalwahl in Köln aufgestellt werden sollten, entgegen den Plänen für eine rechte »Einheitsliste der DL«. Der im Bundesvorstand der DVU sitzende Bruno WETZEL verhinderte diese Konkurrenz. Er setzte die DVU-Kandidatenaufstellung einfach ab. Der Bundesvorstand habe beschloßen, nicht an der Kommunalwahl in NRW teilzunehmen. WETZEL ist ein persönlicher Freund des Kölner DLers Manfred ROUHS. ETHEBER war im letzten Jahr noch Funktionsträger bei



Markus Beisicht von der Kölner DL faxte an die CDU

der Kölner DL und hatte diese anscheinend im Streit verlassen.

Seit einem Jahr etwa durfte die DL keinen Infostand abhalten. Das Ordnungsamt hatte diese wegen »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit« abgelehnt. Im März 94 entschied das Kölner Verwaltungsgericht jedoch zu Gunsten der DL und erlaubte ihre Stände. Seitdem hält die DL jedes Wochenende Infostände ab. Vereinzelt wurden diese durch antifaschistischen Selbsthilfe aufgelöst.

Etwa 80 Antifas verhinderten auch am 17.1. einen Wahlkampf-»Stammtisch« der DL. Der Wirt des betreffenden Lokals distanzierte sich von seinen Gästen, als er von ihrer wahren Identität erfuhr. Anschließend zog ein Demonstrationszug durch Rodenkirchen zu der neuen Wohnung von Bernd Michael SCHÖPPE, der das Lokal angemietet hatte.

Für den nächsten Tag war eine Mahnwache von DL-Frauen vor einem linken Zentrum angekündigt, die verboten wurde. Die Frauen wollten beweisen, daß »rechte Politik keine Männerdomäne ist«.

Für den 30.3. hatte die DL eine Demo für die »Abschiebung aller straffällig gewordenen Kurden« angemeldet, die verboten wurde. So konnte auch CDU-Ratsabgeordneter Albert SCHRÖDER nicht erscheinen, der seine Teilnahme zugesagt hatte. Markus BEISICHT, DL-Köln, schrieb in einem Fax hierzu: »Ich freue mich, daß die Kölner CDU zum wiederholten Male rechte Positionen übernimmt. Erfreulich wäre es, wenn es nunmehr zu einer engeren, nicht nur informellen Kooperation kommen könnte...«

Einem Justizskandal entspricht das Ende Januar ausgesprochene Urteil gegen drei DL-Funktionäre. In einer spektakulären Aktion hatten sie im März 1993 ein Kopfgeld für die »Ergreifung« einer Roma-Frau ausgesetzt. Die Vorwürfe »Volksverhetzung« und »Beleidigung« sah das Gericht als nicht gegeben bzw. verjährt an. Schöppe sowie ein DL-Mitglied namens ELLER wurden zu geringen Geldstrafen wegen Amtsanmaßung verurteilt, ein Dritter wurde freigesprochen. Zu der Verhandlung hatte die DL mobilisiert und so erschienen viele Sympathisanten der Angeklagten.

Rassistische Anschläge

In der Zwischenzeit häufen sich rassistische Anschläge in Köln. Am 22.1. wird ein türkisches Ehepaar überfallen. Im Februar und März sterben eine ältere Roma-Frau und ein 11jähriges Mädchen an den Folgen eines Brandanschlages vom 26.1. auf ein Wohnheim. Die Polizei sieht trotz gegenteiliger Hinweise keinen fremdenfeindlichen Hintergrund. Zwei Tage nach dem Tod des Mädchens kündigt dann die Kölner Stadtverwaltung die Abschiebung der Familie an, weil sie sich nicht richtig ausweisen könne. Die entsprechenden Papiere sind aber bei dem Brand vernichtet worden. Am 2.2. kommt es infolge von Brandstiftung zu einer Explosion in einem türkischen Lebensmittelladen. Bereits vier mal waren die Scheiben dieses Ladens vorher eingeworfen worden. Am 11.2. wird ein Iraner in Köln-Zollstock von drei Vermummten zusammengeschlagen. In der Nähe wird am 21.2. eine Sportanlage in Brand gesteckt und fast völlig zerstört. Ihr Besitzer ist ein Nordafrikaner, der einige Wochen zuvor an der Anlage von zwei Skins bedroht wurde. In der selben Nacht wurde bereits ein türkisches Unternehmen auf der anderen Straßenseite Ziel eines Brandanschlages. Ein Hakenkreuz wurde dabei an die Tür gesprüht. In Zollstock ist eine FAP-Gruppe aktiv. Am 10.3. explodiert ein mit Schwarzpulver gefülltes Marmeladenglas in einem Flüchtlingsheim, ohne Schaden anzurichten.

Quelle: Material des Kölner Antifa-Infos »Krass«

DEUTSCHE LIGA
Vereinigte Rechte

Domet uns Kölle kölsch bliev!

Die demokratische Alternative.

Die letzten Kölner ...

... werden alle Ausländer sein, wenn wir der unverantwortlichen Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen nicht in den Arm fallen. Wir Kölner haben ein Recht darauf, den deutschen Charakter unserer Stadt zu erhalten.

Bundesweit sind Millionen Deutsche mit der Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nicht mehr einverstanden. Sie wenden sich gegen Korruption, Asylantenflut, Umweltzerstörung und Polit-Bonzentum. Sie haben erkannt, daß Deutschland demokratisch erneuert werden muß.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg entsandte der Wähler die Republikaner (REP), bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein die Deutsche Volksunion (DVU) zur demokratischen Kontrolle ins Parlament. Bei den bundesweiten Wahlen 1994 besteht die Gefahr, daß REP und DVU in Konkurrenz zueinander antreten und sich dabei gegenseitig unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken.

Die Zersplitterung der deutschen Rechten nützt nur den Altparteien. Deshalb haben sich alle nach vorn orientierten Patrioten in Köln zur Deutschen Liga zusammengeschlossen. Die Deutsche Liga ist im Rat der Stadt Köln und in fast allen Kölner Bezirksrathäusern vertreten. Sie wird bei der Kommunalwahl 1994 ihre geballte organisatorische Kraft gegen das korrupte Regime der Klüngelparteien CDU, SPD, Grüne und FDP führen.

Auch überregional setzt sich die Deutsche Liga für die vor Ort bereits erreichte Vereinigung der deutschen Rechten ein. Wer auf demokratischer Basis seriöse, nationale Politik machen will, ist uns willkommen. Rufen Sie an, wenn Sie Fragen zu unserer kommunalpolitischen Arbeit haben!

Telefon Köln 221 - 40 02

Info-Gutschein

O Bitte senden Sie mir kostenlos Info-Material über die Deutsche Liga Köln.
O Ich möchte zu einer Ihrer Veranstaltungen eingeladen werden

Name: ____ Telefon: ____
Straße und Haus-Nr.: ____ Wohnort: ____

Einsenden an: Deutsche Liga - Postfach 680 - 5000 Köln 60
Spenden-Kto. Nr. 47 33 44 - Postgiro Köln, BLZ 370 100 50

V.i.S.d.P. Volker Jung, Anschrift s.o. / Druck: Eigendruck

Repression gegen AntifaschistInnen

Arolsen

Mitte August 1993 wurden im nordhessischen Arolsen 13 junge AntifaschistInnen festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, den Fascho Thomas Kubiak schwer verletzt zu haben. Kubiak wurde am 14.8.1993, auf dem Weg zur alljährlichen Demonstration rechtsextremistischer Gruppen, dem sog. »Rudolf-Hess-Gedenkmarsch« in Wunsiedel, der dann, wie bekannt, in Fulda stattfand, zusammengeschlagen.

Die Staatsanwaltschaft Kassel übernahm die Ermittlungen, einige der AntifaschistInnen wurden über mehrere Wochen in Untersuchungshaft festgehalten und, mit zum Teil absurden Auflagen, wie Kontaktverbot untereinander, wieder entlassen.

Der zu Beginn der Ermittlungen erhobene Vorwurf, des »gemeinschaftlichen versuchten Totschlags« wurde fallengelassen. Die Anklage lautete nun u.a. auf »Schweren Landfriedensbruch«.

Thomas Kubiak gilt als einer der Führungsfiguren der »Nationalen Jugend« und war Mitinitiator der Sauerländischen Aktionsfront (SAF). Die SAF ist eine Vorfeldorganisation der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) und seit Sommer 1991 vor allem im Hochsauerlandkreis und Kreis Waldeck-Frankenberg aktiv. Auf Flugblättern der SAF wurde zu Angriffen auf Flüchtlingswohnheime und AusländerInnen aufgerufen oder das Pogrom von Hoyerswerda als Erfolg gefeiert. Kubiak sitz zur Zeit in Untersuchungshaft wegen Beteiligung an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Hamm und wegen der Mitgliedschaft in der SAF.

Zu Prozeßbeginn gegen die AntifaschistInnen gab es eine Soli-Kundgebung. Die ersten fünf Angeklagten wurden nach drei Verhandlungstagen wegen »Landfriedensbruch« verurteilt. Es gab viermal neun Monate Haft, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und einmal 15 Monate mit drei Jahren Bewährung. Darüberhinaus müssen alle jeweils 100(!) Arbeitsstunden ableisten und drei Leuten wird für ein halbes Jahr der Führerschein entzogen.

Inzwischen ist im Raum Arolsen auch die »Anti-Antifa« wieder aktiv geworden: drei der Ankgeklagten haben Drohbriefe von den Nazis erhalten.



Berlin

Freiheit für Mahmut Özpolat

Mahmut Özpolat, oppositioneller türkischer Gewerkschafter und anerkannter politischer Flüchtling (gemäß der Genfer Konvention), sitzt seit Dezember '93 aufgrund eines Auslieferungsbegehrens des türkischen Staates unter Einzelhaftbedingungen im Gefängnis. Das Berliner Kammergericht hat der Auslieferung zugestimmt, obwohl türkische und kurdische Oppositionelle im In- und Ausland überwacht und verfolgt werden, in der Türkei systematisch gefoltert wird und von der Einhaltung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Prinzipien in gerichtlichen Verfahren in der Türkei nicht gesprochen werden kann.

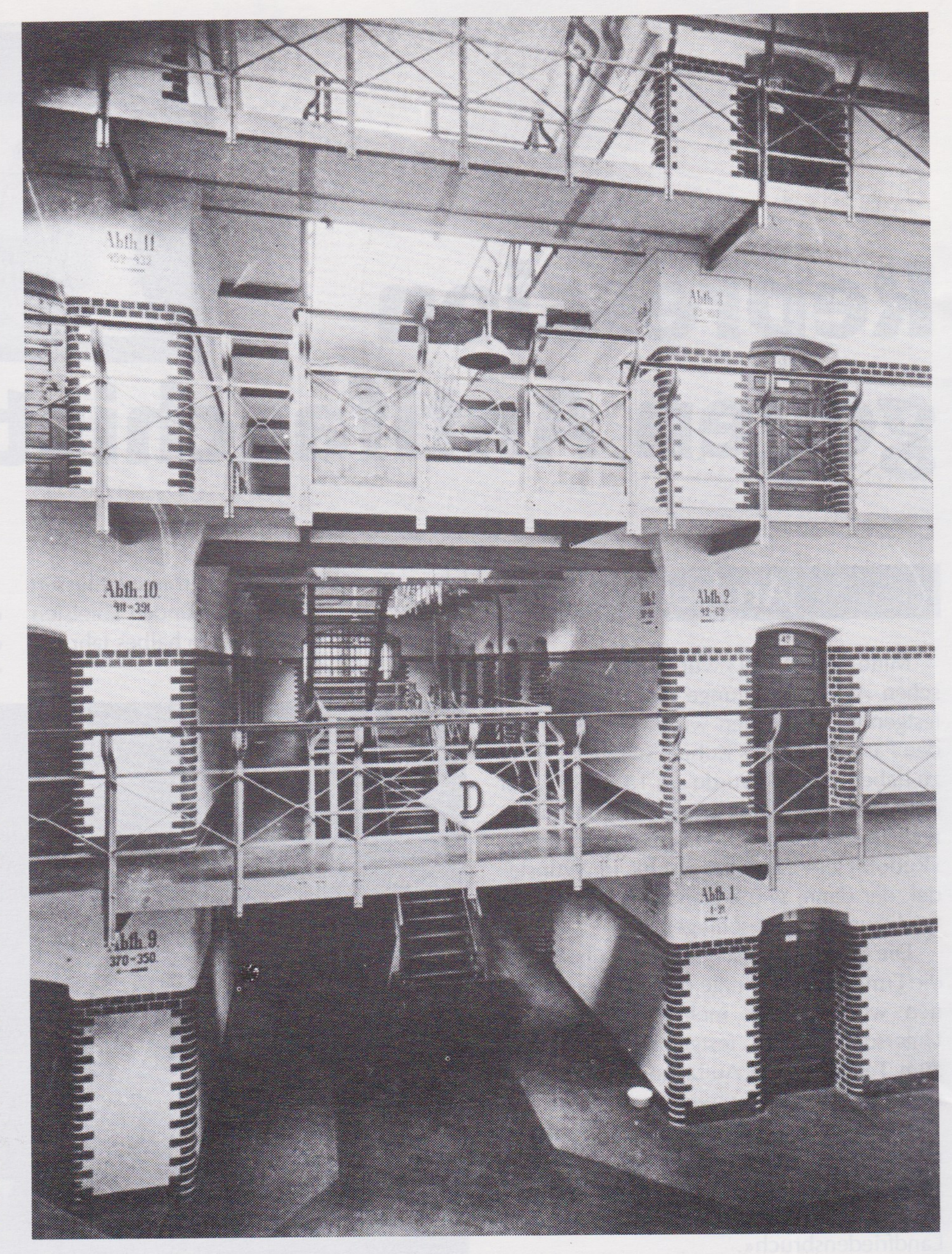
Die Entscheidung über seine Auslieferung an den Verfolgerstaat liegt nun beim Bundesjustizministerium.

Internationale Menschenrechtsorganisationen berichten über die Zunahme von Folterungen und Todesfällen in Polizei- und Strafhaft. Auch die bundesdeutschen Beobachtungsdelegationen der türkischen Kommunalwahlen im März 1994 berichteten über schwerwiegendste Verletzungen elementarer Menschen- und Völkerrechtsnormen, bei denen systematisch deutsche Waffen eingesetzt werden.

Erst jüngst, in der Diskussion über den nachgewiesenen Einsatz deutscher Waffen beim Völkermord an Kurden und über in Deutschland stattfindende kurdische Proteste dagegen, bezeichneten Politiker aller Parteien Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei als schwerwiegend und systematisch. Seitdem wurden in mehreren Fällen nachgewiesen, daß aus Deutschland abgeschobene Kurden in der Türkei gefoltert und mißhandelt wurden.

Daß sich unter diesen Bedingungen Mahmut Özpolat nach wie vor in Haft befindet, ist ein Skandal. Ebenso stellt die von den Innenministern beabsichtigte und vorbereitete massenhafte Abschiebung von Kurden in die Türkei eine eklatante Verletzung internationaler Rechtsnormen und verfassungsgemäßer Grundrechte dar. Die Zusage eines rechtsstaatlichen Verfahrens, auf die sich das Abschiebegeschäft gründen soll - im ersten Abschiebeverfahren in München von der türkischen Botschaft in Form eines lapidaren Vierzeilers ausgestellt - steht im krassen Widerspruch zur türkischen Verfolgungspraxis.

Wir protestieren entschieden und in aller Form gegen die fortgesetzte politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Folterstaat Türkei und die Einschränkung von Grundrechten von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in der Bundesrepublik.



Wir fordern die umgehende Freilassung von Mahmut Özpolat und die Verhinderung der Auslieferung oder Abschiebung von türkischen und kurdischen Oppositionellen und Flüchtlingen an den Verfolgerstaat!

Asyl i.d. Kirche, Fraktion Bündnis 90/ Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus, Fraktion der PDS/Linke Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Internationale Liga für Menschenrechte, Medico International e.V., Palästinagruppe Westberlin, Solidaritätskomittee Mahmut Özpolat und weitere Unterstützer

(zit. aus einem Flugblatt)

Freispruch für antifaschistischen Gewerkschafter

Der Prozeß gegen das Mitglied der IG-Metall Hans K. endete mit einem glatten Freispruch. Er hatte am 1.Mai 93 gegen einen Aufmarsch der FAP in Berlin demonstriert und war dabei festgenommen worden. Richterin Brömer sagte in der Urteilsbegründung, daß eine Festnahme stattgefunden hat, für die es möglicherweise keine Grundlage gab und im Nachhinein ein Festnahmegrund gesucht worden war. Im Vorfeld des Prozesses hatte die Soligruppe Informationen über diese Anklage weit verbreitet und beim Gericht und der Staatsanwaltschaft gingen viele Protestschreiben, nicht nur aus der BRD, ein. Die Solidarität für Hans war groß.

Der Polizeizeuge hatte im Prozeß nicht mehr den Eindruck mit einer Fahnenstange auf den Kopf geschlagen worden zu sein, vielleicht könne er auch aus Versehen getroffen worden sein.

Trotz der dürftigen Beweislage zum Vorwurf Widerstand und schwerer Körperverletzung war ein Freispruch nicht zu erwarten gewesen. Zu oft wurden Antifas in solchen Anklagen trotz ebenso dürftiger Beweislage verurteilt.

(aus: Rote Hilfe 2/94)

Mainz

Prozeß gegen Gunther

Am 25.4.94 wurde am Landgericht in Mainz der Prozeß gegen Gunther, einen Antifaschisten aus Wiesbaden eröffnet. Gunther wird im Zusammenhang mit einem Treffen der »Deutschen Alternative« (DA) »Schwerer Landfriedensbruch« vorgeworfen.

Antifaschisten hatten versucht, das »Kameradschaftstreffen« von Anhängern der DA am 6.1.93 in Mainz zu verhindern. Einige Faschisten wurden dabei verletzt und ein paar Autoscheiben gingen zu Bruch.

Das Treffen der DA wurde bei dem bundesweit bekannten Nazi-Ehepaar Müller aus Gonsenheim fortgesetzt. Währenddessen machte die Polizei Jagd auf AntifaschistInnen und errichtete Straßensperren. Gunther, ein aktiver Antifaschist, der mit seinem Fahrzeug alleine auf dem Weg von Mainz nach Wiesbaden war, wurde von einem Streifenwagen gestoppt und aufgrund des Tatverdachts des »Schweren Landfriedensbruch« verhaftet. Er war fünf Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt in Mainz.

Die Begründung für die Haftfortsetzung, er sei Mitglied einer u.a. »antinationalen« Gruppe spricht für sich.

Das Nazi-Treffen am 6.1.1993 war den Behörden bekannt und stand auch unter Beobachtung. Trotzdem wurde es nicht für nötig gehalten, entsprechend der Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums vom Herbst 1992 gegen die DA vorzugehen. Die gängige Praxis einer Justiz, die seit Jahren nahezu tatenlos zusieht, wie die Gärtnerei des Ehepaares Müller in Mainz/Gonsenheim zu den bedeutendsten westdeutschen militanten Neonazi-Szene avanciert ist. Auf dem Gelände der Gärtnerei Müller finden seit 20 jahren Organisationstreffen und Nazifeierlichkeiten statt.

Verlogene Gleichsetzung des rechten Terrors und antifaschistische Gegenwehr steht in krassem Gegensatz zur Tadition und Praxis der staatlichen Verfolgungsbehörden.

Über den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Stuttgart

Polizeiterror gegen antifaschistischen Widerstand

Am 18.3.94 versuchten die Baden-Württembergischen »Republikaner« ihr 10jähriges Bestehen im Stuttgarter Kongresszentrum mit einem Jubiläumsball zu feiern. Mit den Eintrittskarten für 120.- DM sollten u.a. die Wahlkampfkosten in »Mitteldeutschland« finanziert werden. Franz Schönhuber war als »besonderer Überraschungsgast« geladen.

Autonome antifaschistische Gruppen hatten zu einer Blockade des Eingangs der Kongreßhalle aufgerufen, die allerdings durch Absperrgitter und die massive Präsenz der Polizei undurchführbar wurde.

Als sich der Demonstrationszug der Halle näherte, wurden die ca. 350 DemonstrantInnen unter brutalem Knüppeleinsatz zurückgetrieben. Durch gezielte Schläge ins Gesicht kam es dabei zu den ersten Kopfverletzungen. Mindestens 10 Antifas mußten wegen Platzwunden und Gehirnerschütterungen stationär behandelt werden.

Den Demo-SanitäterInnen und einem Arzt wurde der Zugang zu den Verletzten verweigert.

Willkürlich wurden Menschen durch die Staßen gehetzt, verprügelt und verhaftet, auch unbeteiligte BürgerInnen wurden schikaniert.

Noch mehr als eine Stunde nach der Demonstration nahm die Polizei im Stadtgebiet von Stuttgart jedeN fest, der/die scheinbar »links« aussah, darunter viele Unbeteiligte.

Allen ca. 87 Festgenommenen wurde »schwerer Landfriedensbruch« vorgeworfen. Den bis zu 9 Stunden Festgehaltenen, darunter viele Minderjährige, wurden im Polizeipräsidium Essen, Trinken, Telefongespräche verweigert, Unterschriften wurden erzwungen, ED-Behandlungen wahllos durchgeführt, Frauen durch männliche Beamte untersucht; die verbalen Schikanen setzten sich fort. Eine Frau, die sich nach dem Ausgang erkundigte, erhielt von einem Beamten die Antwort »Hier geht es zu den Duschen«. Sogar Freunde und Eltern der Festgenommenen wurden unter Androhung der Festnahme vertrieben. Z.Zt. ermittelt die Polizei gegen 20 Personen wg. »schwerem Landfriedensbruch«.

(aus: Flugblatt der Auton. antifasch. Gruppen, Stuttgart)

Am 1.3.94 sollte im Amtsgericht Fulda ein Erfurter Antifaschist wegen Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt werden.

Als er am Rande der Antifa-Demo am 18.9.93 in Fulda problemlos durch 6 Polizeikontrollen gelangt war, hielt ihn die siebente für einen Neonazi und erteilte ihm Platzverweis. Da er diesem nicht nachkommen wollte, nahm ihn die Polizei in »vorläufigen Gewahrsam«. Der Antifaschist wehrte sich dagegen.

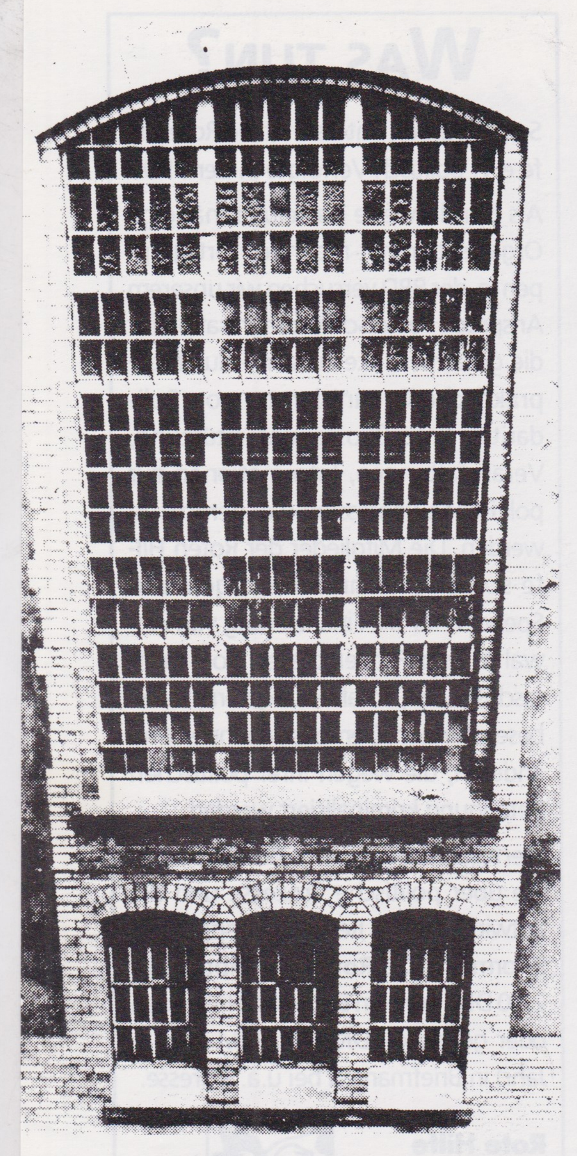
Nachdem die Fuldaer Staatsanwaltschaft während des Prozesses peinlicherweise einen falschen Zeugen geladen hatte und nach den Widersprüchen des (richtigen) Polizeizeugen wurde das Verfahren gegen Zahlung von DM 200,- eingestellt.

(aus: Libertäre Gruppe Fulda)

BRD

Auschwitz-Lüge

Am 15.3.1994 hob der Bundesgerichtshof (BGH) ein Urteil des Mannheimer Landgerichtes gegen den NPD-Vorsitzenden Günther Deckert auf. Deckert war wegen Verbreitung der Auschwitz-Lüge vom Mannheimer Landgericht zu einem Jahr Haft mit Bewährung und 10 000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Die Argumentation des BGH: die »einfache Ausschwitz-Lüge« ist nicht strafbar, da die Identifizierung mit der »Rassenideologie« der Nationalsoziali-



sten und der »qualifizierten« Auschwitz-Lüge nicht nachgewiesen werden konnte. Sollte dieser Nachweis im neuen Prozeß erbracht werden, so sei die Verurteilung wegen Volksverhetzung korrekt. Die »einfache« Auschwitz-Lüge – die Leugnung der systematischen Judenvernichtung durch den Hitlerfaschismus – ist laut BGH nicht strafbar. Als Volksverhetzung ist das Leugnen des Holocaust nur dann strafbar, wenn gleichzeitig die Mißachtung von Juden als »minderwertige Wesen« ausgedrückt wird.

Anfang der 80er Jahre hatte u.a. die SPD gefordert, die »einfache« Auschwitz-Lüge unter Strafe zu stellen. Diese Forderung wurde damit zurückgewiesen, daß nicht die Gesinnung kriminalisiert werden darf sondern nur das Verhalten.

Das Urteil rief heftigste Reaktionen im In- und Ausland hervor, fünf Wochen nach der Verkündung des Urteils gab der BGH eine Stellungnahme heraus, in der es heißt: das Urteil sei »kein Freibrief« für derartige Äußerungen. Von einem Freispruch könne keine Rede sein, da eine Verurteilung wegen Volksverhetzung weiter in Betracht komme.

In der Zwischenzeit besteht eine Regierungsinitiative, nach der der § 130 Strafgesetzbuch um einen Absatz ergänzt werden soll, wonach jeder, der den Zusammenhang der Gaskammermorde de NS-Zeit öffentlich billigt, leugnet oder verharmlost, als Volksverhetzer verfolgt oder bestraft werden kann.

Rendsburg

Der Rendsburger Antifaschist Matthias ist am 21.1.94 in der Berufungsverhandlung vor dem Kieler Landgericht zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf 4 Jahre Bewährung verurteilt worden.

Das Rendsburger Schöffengericht hatte am 22.10.92 den nicht vorbestraften Matthias zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten **ohne** Bewährung abgeurteilt weil es sich bei ihm um »politischen Fanatismus« (Zitat Richterin Gerhard) sowie um eine »besonders rohe Tat« handele.

Matthias wurde Körperverletzung an einem Büdelsdorfer Faschisten vorgeworfen. Anläßlich des Jahrestages der »Deutschen Einheit« am 3.10.91 hatten sich Neonazis mit Reichkriegsflagge und Naziparolen vor dem Büdelsdorfer Jugendzentrum (JZ) versammelt und die Jugendlichen provoziert. Die Jugendlichen aus dem JZ riefen telefonisch um Hilfe. Unter den zur Hilfe Gerufenen befand sich auch Matthias. Bei einer sich entwickelnden Auseinandersetzung trug ein Faschist Prellungen davon. Unmittelbar nach der Auseinandersetzung wurde Matthias festgenommen.

Er wurde wegen »gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung« und »Widerstand« angeklagt.

Obwohl Matthias nun nicht in den Knast muß, ist die Höhe der Bewährungszeit ein Skandal. Die schon verstrichene Zeit wird nicht angerechnet. Damit ergibt sich von dem Zeitpunkt des Vorfalls bis zum Ablauf der Bewährung ein Zeitraum von mehr als 6 Jahren, in dem Matthias von der Aussicht auf Knast bedroht ist. Zudem wurde über das ursprüngliche Strafmaß hinaus noch eine Geldstrafe von 1000.- DM verhängt, zahlbar an den »Verein der Opfer von Gewaltverbrechen«; schon das Ausbleiben einer Ratenzahlung kann zum Erlöschen der Bewährung führen. Darüberhinaus muß Matthias die Kosten beider Prozesse tragen, dem Faschisten und einem Polizisten Schmerzensgeld sowie den Krankenhausaufenthalt bezahlen. Damit liegen die Kosten der beiden Prozesse für Matthias bei mindestens 6000.- DM. Darum spendet weiterhin! Spendenkonto: Prozeßgruppe RD, KtoNr.: 7304 6714, BLZ 214 300 70, Vereins- und Westbank Rendsburg, Stichwort: Matthias.

(aus: Rote Hilfe 2/94, Flugblatt der Prozeßgr. Rendsburg)

Plauen

In der Nacht vom 28.3. zum 29.3.92 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 25-30 Antifas und ca. 12 Nazis in der Plauener Innenstadt. In derselben Nacht wurden 8 Antifas vorläufig festgenommen und einigen Faschos gegenübergestellt. Bei der Auseinandersetzung sollen 3 FaschistInnen verletzt worden sein, ein BGS-Bulle wurde durch einen Steinwurf getroffen.

Wenige Woche später wurden ca. 50 (!) Ermittlungverfahren/Vorladungen eingeleitet. Das gesamte sogenannte antifaschistische Umfeld soll so ausgeleuchtet werden. Aufgrund von Unerfahrenheit/Angst und auch Druck von Eltern kam es zu mehreren belastenden Aussagen.

Im Mai 1993 wurde gegen 20 Antifas Anklage erhoben u.a. wegen schwerem Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung und Widerstand.

Vor dem Prozeß wurden zahlreiche andere Ermittlungsverfahren konstruiert u.a. wegen Verstoß gegen das Waffengesetz (Mitführung eines Pflastersteins im Auto) und Bedrohung (Beschimpfung eines Faschisten).

Die Verfahren gegen diejenigen, die damals zu Aussagen bereit waren, wurden abgetrennt. Im Verfahren machten die Angeklagten von ihrem Aussageverweigungsrecht Gebrauch. Die Anklagen wg. schwerem Landfriedensbruch wurden in einem »Vergleich« gegen 4 der insgesamt 5 Angeklagten fallengelassen und mit Ordnungsstrafen zwischen 800 und 3000 DM geahndet. Der 5. Angeklagte wurde wegen dem angeblichen Steinwurf auf einen BGS-Bullen zu einer Geldstrafe und 150 (!) Arbeitsstunden verurteilt.

(aus: Rote Hilfe 2/94)

Hamburg

Das Verfahren gegen einen Antifa aus Hamburg wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wurde vom Rostocker Amtsgericht im Februar wegen Geringfügigkeit eingestellt. Er war – unterwegs zu einer Aktion gegen die faschistischen Angriffe in Rostock-Lichtenhagen – gemeinsam mit anderen in einem Autokonvoi von Bullen auf der Landstraße gestoppt, aus dem Bus gezerrt, zusammengeschlagen und in Gewahrsam genommen worden.

Der Antifa will gegen die Verfahrenseinstellung Widerspruch einlegen, da sie keinen Freispruch darstellt. In einem ähnlichen Verfahren hatte der Richter dem Freigesprochenen empfohlen auf Entschädigung zu klagen.

(aus: Rote Hilfe 2/94)

Wer anderen eine Grube gräbt...

Der Berliner Verfassungsschutz (VS) hatte sich das so schön ausgedacht: Langfristig sollte ein Spitzel in die Antifa-Szene einschleust werden, der versuchen sollte, die Strukturen auszuforschen. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Statt den Angeworbenen Peter Z. (Name geändert) zu leimen, wurde der Anwerber selbst übers Ohr gehauen und konnte am nächsten Tag sein Foto im Berliner Lokalteil der taz bewundern.



Foto und Überschrift aus dem Berlin-Teil der »taz«

Dieser fehlgeschlagene Anwerbeversuch ist vor allem von Bedeutung, weil er die Vorgehensweise des VS deutlich macht. Allein schon die Auswahl von Peter wirft einen Blick auf die Auswahlkriterien: Als ehemaliger Antifa-Aktivist der Polizei bekannt, war er lange nicht mehr »auffällig« geworden, konzentrierte sich vielmehr auf sein Studium und kam dazu aus *»intakter«, »gutbürgerlicher«* Familie. Leicht zu ködern, dachte sich der VS und besuchte Peter ganz zufällig (*»weil ich gerade in der Gegend war«*) in der Woche vor dem 1.Mai in der elterlichen Wohnung. Kaum hereingelassen, ließ der VS'ler bereits die Katze aus dem Sack: Ob Peter nicht nachrichtendienstlich für den Verfassungsschutz tätig werden wolle?

Im folgenden Gespräch packte der VS'ler dann ein reiches Repertoire an Lockmitteln für die Spitzeltätigkeit aus:

Zunächst die Betonung des »guten« Elternhauses und daß so ein kleiner Ausrutscher (war wohl die Antifa-Tätigkeit gemeint) ja mal vorkommen könne – man würde ja schnell in so etwas »hineingeraten«. Gleichzeitig wird immer wieder Geld als Köder eingesetzt: Zuerst einzelne Honorare pro Auftrag, dann ein regelmäßiges Gehalt und sogar die Aussicht auf eine spätere feste Anstellung beim VS – die Berufschancen für Politologen seien ja wohl nicht die besten, der Verfassungsschutz dagegen könne immer welche gebrauchen.

Und damit die »nachrichtendienstliche Tätigkeit« nicht so ein abstraktes Gebilde bleibt, wird gleich der erste Auftrag hinterhergeschoben: Am 1.Mai sei doch ein Straßenfest am Oranienplatz und gleichzeitig ein geplanter FAP-Aufmarsch. Peter solle sich dann einfach auf dem Fest herumtreiben und sobald er mitbekomme, daß sich von dort Leute aufmachen, um zum FAP-Treffpunkt zu ziehen, solle er den VS verständigen und dies melden und das wäre auch schon alles. Klingt natürlich außerordentlich harmlos und es wäre wohl auch naiv gewesen zu glauben, daß der VS oder die Bullen das nicht ohnehin mitkriegen würden – also verrät mensch dem VS wohl kaum etwas, was der nicht eh schon wüßte. Natürlich ging es dem Verfassungsschutz nicht um diese Info, dem Fisch sollte das Zubeißen nur extrem einfach gemacht werden und wer erstmal an der Schnüffler-Angel hängt, kommt so schnell nicht wieder los. Der *»nachrichtendienstlichen Tätigkeit«* sollte der Charakter des Verrats genommen, die Hemmschwelle für den VS zu arbeiten gesenkt werden. Schon beim zweiten Gespräch (das mit plötzlichem Auftauchen eines *taz*-Reporters platzte) schien sich der VS des vermeintlich neugewonnenen Informanten so sicher zu sein, daß er gleich unumwunden nach Antifa-Strukturen und -Aktivisten fragte.

Der Eindruck, es gäbe nichts Normaleres als eine Spitzeltätigkeit für den Verfassungsschutz, sollte auch dadurch verstärkt werden, daß der Herr vom VS betonte, sie würden ja die Rechten in gleichem Maße beobachten und es ginge allein darum, gewalttätige Zusammenstöße zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnen zu verhindern – im Dienste »unserer« Verfassung, damit sich Zustände wie Anfang der 30er Jahre nicht wiederholten. Dabei solle Peter selbst natürlich zu keinem Zeitpunkt auf irgendeine Art gefährdet werden. Darum sollte er auch zu niemandem ein Sterbenswörtchen sagen – zur eigenen Sicherheit.

Dieser kumpelhafte, vertrauensvolle Appell an Verschwiegenheit und Zuverlässigkeit sollte ebenso wie die eingeworfenen Passagen aus dem eigenen Leben des VS'lers (u.a. daß er in der *Hitler-Jugend* gewesen sei) dort ein Vertrauensverhältnis vorgaukeln, wo nichts anderes als Abhängigkeit und Ausnutzung geplant waren.

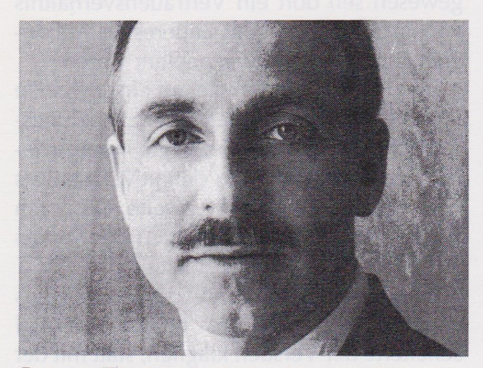
Und der VS'ler drängte auf eine schnelle Entscheidung, wollte den Überrumpelungseffekt voll ausnutzen und fragte immer wieder in der Hoffnung ein definitives »Ja« als Antwort zu hören. Das zweite Gespräch wurde denn auch auf Drängen des VS'lers für drei Tage später angesetzt.

Diesmal nützten dem VS seine Kniffe aus der Anwerbe-Trickkiste nichts. Diesmal scheiterte der Versuch kläglich; statt mit der erhofften Beförderung endete alles mit einer bitteren Blamagen. Aber daß sie es versucht haben – und auf welche Art und Weise – zeigt, daß der Verfassungsschutz damit wohl durchaus erfolgreich ist und es mit Sicherheit erneut versuchen wird.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung in eigener Sache: Der VS'ler verriet Peter, daß die Politologen des Verfassungsschutzes das *Antifa Infoblatt* »systematisch auswerten«, wobei sie zur Bewertung gelangen: Faktenwissen: sehr gut; Wertung: überzogen. An dieser Stelle einen Gruß an die auswertenden VS'ler und unsere Einschätzung von Euch: Faktenwissen: mäßig, Wertung: verharmlosend.

Querfrontpolitik 1994
Zitelmann & Co.

Als in Frankreich Anfang 1993 intensive Kontakte von Neofaschisten aus dem Umfeld der Front National und der Nouvelle Droite (Neuen Rechten) zu nationalen Parteikommunisten aufgedeckt wurden, reagierten die französischen Intellektuellen sofort. Im Juli 93 veröffentlichten sie einen Aufruf zur Wachsamkeit gegen die subversive Aktion von rechts in Europa. Klar beziehen sie Stellung und fordern, sich der Diskussion mit der Neuen Rechten zu entziehen und nicht in ihren Publikationen zu schreiben. Kein Dialog!



Rainer Zitelmann beim Interview mit der »Jungen Freiheit«



Zitelmanns Lehrer: Ernst Nolte

In der BRD Anfang 94 sieht die Situation, nachdem die Diskussionsrunden mit Neofaschisten öffentlich ablaufen sollen, völlig anders aus. In der öffentlichen Debatte um das Thema »Mit Rechten reden« gab die Absage einer Diskussionsveranstaltung zwischen »Rechten« und »Linken« in Moers den Anlaß dazu, Antifaschisten als die eigentlichen Antidemokraten in die Ecke zu stellen. Tenor: »Voltaire wäre entsetzt«, denn prinzipiell müsse man über alles reden können.

Lets talk about fascism

Auf dem Podium in Moers sollte Alain de Benoist mit Claus Leggewie, Peter Glotz und Nicolaus Sombart unter der Diskussionsleitung von Marieluise Christadler wohl vorbereitet über das für und wider ihrer Positionen ringen. Benoist, der führende Kopf der »Nouvelle Droite« in Frankreich, war erst im letzten Jahr nicht dazu gekommen, seine Ideen in Berlin einem breiteren Publikum vorzustellen. Die Veranstaltung wurde von AntifaschistInnen verhindert. Berlin wie Moers wären für ihn als Neofaschisten eine Möglichkeit gewesen, für neue Allianzen zu werben. Das politische Spektrum sei nicht mehr als in Rechte und Linke getrennt anzusehen, sondern in *»ein Zentrum, nämlich die herrschende Ideologie, und eine Peripherie, an der all diejenigen angesiedelt sind, die diese ablehnen. Zwischen allen an der Peripherie kann es Diskussionen geben«* (Europa vorn aktuell Nr.55-56). Im »Zentrum« sollen sich, so nach Benoist, all jene Parteien und gesellschaftlichen Gruppen befinden, die die herrschenden Verhältnisse beibehalten wollen. In der »Peripherie« wünscht er sich dagegen ein enges Zusammenarbeiten der Kräfte die aus den unterschiedlichsten Ansichten auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Grundkonsenses hinarbeiten. Für die »Neue Rechte« ist dies zum einen ein Hebel, sich durch den Disput mit nicht faschistischen Grüppen und Personen selbst aus der rechtsextremen Ecke zu holen. Wer mitdiskutieren darf, kann so schlimm nicht sein, auch wenn er die Abschaffung der Demokratie fordert. Zum anderen bleiben immer einige ihrer Thesen und Themen in den gesellschaflichen Debatten verankert, die sie nach und nach ausbauen können. Blockaden brechen, um letztendlich das Ziel der »Kulturellen Heggemonie«, d.h. die Vorherrschaft über politische Diskussionen, zu gewinnen. Ganz in diesem Sinne der gemeinsamen »Peripherie« finden wir Benoist in Frankreich ohne Berührungsängste als Redner vor dem »Institut für marxistische Forschung«.

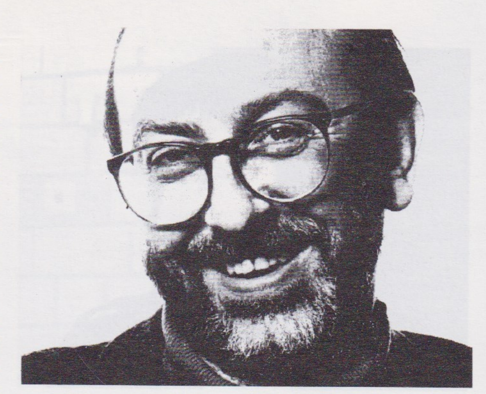
Dieser Ansatz der »Neuen Rechten« ist uralt und in den 50er Jahren von ihrem alten Herren ARMIN MOHLER mit dem Bild des Hufeisens dargestellt worden. Die Extreme der politischen Landschaft, »Links« und »Rechts«, stehen sich in diesen Bild näher als der Mitte der Gesellschaft und es kommt zwischen ihnen zu »semantischen Entladungen«. Das Wichtigste an diesem abenteuerlichen Bild ist, daß etwas hängen bleibt. Benoist war lange Mohlers Schüler und steht in engem Kontakt mit ihm. Er erweiterte das Bild nun zu einem geschlossenen Kreis der Peripherie gegen die herrschende Mitte. So wird nun von Seiten der Neofaschisten versucht, Kontakt zu einer theoretischen Avantgarde aus dem Kulturspektrum, den Gewerkschaften und Protestbewegungen (wie gegen den Golfkrieg) zu bekommen. Mit ihren Worten: Zu allen »nonkonformen« Kräften.

Die Querfrontstrategie

Berührungspunkte gab es historisch bereits in vielfältiger Form. Abgeleitet ist sie vom Querfrontkonzept der Reichswehrführung um General SCHLEICHER am Ende der Weimarer Republik. Der Begriff »Querfront« steht für den historischen Versuch, NSDAP und Gewerkschaften als Massenbasis für eine auf der Macht der Reichswehr basierende Präsidialregierung zu funktionalisieren. Hierfür sammelten sie unabhängig von und »quer« zu allen Parteien relevante gesellschaftliche Gruppen - Gewerkschaften, Wehrverbände, Standesorganisationen etc. - zu »positiver Mitarbeit«. Das verbindende Element war das Nationale. Seit Ende der 60er Jahre belebte das nationalrevolutionäre Lager des Neofaschismus diesen



Ehrenerklärer Herbert Ammon, Autor der »Jungen Freiheit« auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stifung zur Deutschlandpolitik



Alain de Benoist. Er praktiziert die Querfrontpolitik in Frankreich.

Ansatz wieder. Gezielt suchte sie hier, Linke als Gesprächspartner zu gewinnen. Henning Eichberg diskutierte mit Rudi Dutschke über die Nationale Frage (1994 schreibt er in »Ästhetik und Kommunikation« über den Begriff Volk), die Jungen Nationaldemokraten versuchten in der Anti-AKW-Bewegung mitzuarbeiten, die Redaktion der NARO-Zeitschrift »Aufbruch« setzte sich mit der des »Schwarzen Faden« über die Nationalbolschewisten auseinander, und nationalneutralistische Strömungen des Neofaschismus unterzeichneten zu Friedensbewegungszeiten den »Krefelder Appell«, ohne daß es größere Proteste gab. Gemeinsam war all diesen Versuchen, die Linke und die Protestbewegungen zu nationalisieren.

In der Tradition dieser mehr oder minder kritischen Auseinandersetzung fand, laut einem Bericht der neurechten Zeitschrift »Criticon«, 1984 eine Tagung statt, geleitet von den Frankfurter Professoren FRANZ GREß und HANS-GERD JASCHKE, die an ihrem Buchprojekt über die »Neue Rechte in Europa« arbeiteten. Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft trafen sich hier bereits ALAIN DE BENOIST und SIEGFRIED BUBLIES (von der nationalrevolutionären Zeitschrift »wir selbst«) mit der Duisburger Professorin MARIELOUISE CHRISTADLER zum direkten Gedankenaustausch. 10 Jahre später sollte Marielouise Christadler die Diskussion in Moers leiten, doch diesmal in aller Öffentlichkeit. So gesehen klingt die Auseinandersetzung »Mit Rechten reden?« in mancher Munde völlig verlogen, da zumindest der kritische Dialog mit der neofaschistischen »Neuen Rechten« schon immer gepflegt wurde.

»Geburtsurkunde einer Neuen Rechten Intelligenzija«???

Bewegte die Diskussion »Mit Rechten reden?« noch im März die Foren der Tageszeitungen und Talkshows, ist das Thema bereits megaout. In Windeseile hatte sich das Thema erledigt, nachdem man mitten drin war, mit ihnen eines ihrer aktuellen Hauptthemen pro und contra zu diskutieren: die »Westbindung« Deutschlands. Was war geschehen?

In der samstäglichen »Geistige Welt«-Rubrik des Springer-Flagschiffs »Die Welt« war ein Kommentar von WILL TREMPER über Spielbergs Film »Schindlers Liste« erschienen. Antisemitismus pur wurde hier propagiert und die SS-Offiziere in Schutz genommen, die doch nicht so schießwütig und korrupt gewesen seien wie von Spielberg dargestellt. Zum Beweis wurde aus der Posener Rede Himmlers zitiert, der seinen Schlächtern gut zuredete, das nervenaufreibende Ermorden der Juden durchzuhalten. Skandal genug - doch der Skandal hatte System. Verantwortlich für die Wochenbeilage »Geistige Welt« war seit Dezember 1993 RAINER ZITELMANN. Flankiert von den ebenfalls Neuzugängen HEIMO SCHWILK (Kulturchef) und ULRICH SCHACHT (Kulturreporter) schlug er deutliche neurechte Töne an und wandte sich gegen die »Nischenkonservativen«, die »Appeasement« gegenüber der Linken betrieben. *»Das Doppeltrauma der Niederlagen von 1933ff. und 1968ff. wirkt bis heute bei den Konservativen in Deutschland fort.«*. Ihr Verhalten sei neurotisch, ängstlich und feige. So fiel Trempers Kommentar nicht aus der Reihe. 50 Redakteuren der Welt ging dies zu weit und sie wurden beim Verleger vorstellig, denn man habe nicht Lust, den Republikanern den Steigbügel zu halten.

Doch in diesen Moment wurde es erst spannend. Zitelmann setzte sich ans Fax und forderte von Gleichgesinnten seiner »Geistigen Welt«, ihn und seinen Mittätern Schacht und Schwilk mit einer Ehrenerklärung beizustehen. Und die Angefragten zögerten nicht lange. Man kannte sich eben aus jenen Diskussionen, die nach Benoist in der »Peripherie« um das Zentrum der Macht herum ablaufen sollen, bereits seit Jahren. Altbekannte Nationalrevolutionäre der Querfrontstrategie wie HERBERT AMMON finden sich einträchtig neben nationalen

Erstunterzeichner der Ehrenerklärung für Rainer Zitelmann:

- Herbert Ammon (Berlin)
- Prof. Dr. Dr.h.c. Karl Otmar von Arentin (München)
- Prof. Dr. Arnulf Baring (Berlin)
- Dr. Uwe Backes (Bayreuth)
- Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier (Heidelberg)
- Wilfried Böhm (MdB, Bonn)
- Andreas Bönte (München)
- Prof. Dr. Manfred Funke (Bonn)
- Tilmann Fichter (Berlin)
- Prof. Dr. Klaus Hildebrandt (Bonn)
- Prof. Dr. Eckhard Jesse (Trier)
- Dr. Daniel Koerfer (Berlin)
- Dr. Alfred Mechtersheimer (München)
- Peter Meier-Bergfelder (Wien)
- Dr.Dr. Günter Nenning (Wien)
- Prof.Dr. Karl-Heinz Nusser (München)
- Dr. Hans-Peter Schwarz (Bonn)
- Dr. Brigitte Seebacher-Brandt (Unkel)
- Wolfgang Templin (Berlin)
- Dr. Karlheinz Weißmann (Göttingen)
- Prof. Dr. Manfred Wilke (Berlin)
- Prof. Dr. Michael Wolffsohn (München)
- Prof. Dr. Günther Zehm (alias Pankraz, Bonn)
- Herbert Helmrich (Justizminister Mecklenburg-Vorpommern)

Erstunterzeichner der Ehrenerklärung für Ulrich Schacht und Heimo Schwilk

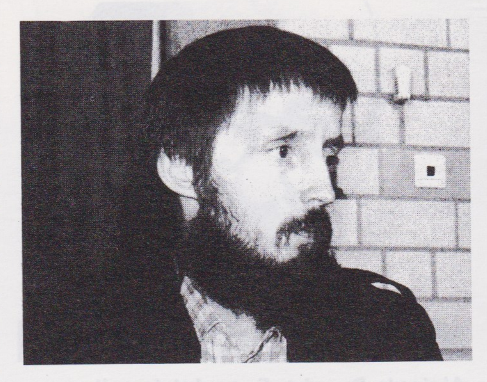
- Hans Christoph Buch (Berlin)
- Heinz Czechowski (Leipzig)
- Siegmar Faust (Berlin)
- Prof. Dr. Günter Figal (Tübingen)
- Jürgen K. Hultenreich (Berlin)
- Walter Kempowski (Nartum)
- Prof. Dr. Helmuth Kiesel (Heidelberg)
- Sarah Kirsch (Tielenhemme)
- Paul Konrad Kurz (Gauting)
- Thomas Kielinger (Bonn)
- Gabriele Leub (Hamburg)
- Hartmut Lange (Berlin)
- Chaim und Sabine Noll (Sperlonga)
- Klaus Piper (München)
- Utz Rachowski (Berlin)
- Lutz Rathenow (Berlin)
- Rüdiger Safranski (Berlin)
- Hans-Joachim Schädlich (Berlin)
- Udo Steinke (München)
- Guntram Vesper (Göttingen)
- Bernd Wagner (Berlin)

SPDlern wie Tilmann Fichter, national bekennenden Geschichtsforschern wie ARNULF BARING, nationalen Aktivisten aus der ehemaligen Bürgerprotestbewegung der Ex-DDR wie WOLFGANG TEMPLIN, dem deutsch-national bekennenden Juden MICHAEL WOLFFSON und dem österreichisch-deutsch-national gewandelten GUNTER NENNING.

Einige der Foren, von denen man sich diskutierend kannte, hatte Rainer Zitelmann selbst zur Verfügung gestellt. Da war der »Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie« - ein Gesprächskreis in dem sich junge Historiker mit Politologen wie UWE BACKES und ECKHARD JESSE trafen. Zusammen mit den beiden gibt er das »Jahrbuch Rechtsextremismus und Demokratie« heraus. Unter anderen ist hier auch der Antifa-Hetzer HELMUT KNUTTER zu finden. Auf anderen Runden, wie dem »Dienstagsgespräch«, der von HANS-ULRICH PIEPER initiierten Berliner Herrenrunde aus Politik, Wirtschaft und Medien, war er gerne zu Gast. Seitdem Zitelmann ab Mitte 1992 als Cheflektor im Verlag Ullstein-Propyläen für das Ressort Zeitgeist zuständig war, bot sich ihm das größte Podium. Systematisch holte er alte Bekannte als Autoren in das Verlagsprogramm. KARLHEINZ WEIßMANN, einer der führenden Intellektuellen der »Neuen Rechten« veröffentlichte hier seinen allseits von ihnen gepriesenen Band »Rückruf in die Geschichte«. Tilman Fichter reihte sich mit dem Titel »Die SPD und die Nation« in die Suche nach der nationalen Frage ein. Hans-Helmut Knütter entdeckt das letzte Aufgebot der Linken: »Die Faschismus-Keule«. ALFRED MECHTERSHEIMER plädiert in »Friedensmacht Deutschland« für einen neuen Patriotismus, an dessen Wesen die ganze Welt genesen soll, und der antifaschistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird in Zitelmanns Sammelband »Für Deutschland« auf die Männer des 20.Juli und den nationalen Widerstand begrenzt. Den Renner für die Diskussion der »Neuen Rechten« stellt jedoch immer noch der 1993 von Karlheinz Weißmann herausgegebene Sammelband »Westbindung« dar (versammelt sind hier unter anderem Knütter, Zitelmann, Straub, Großheim). Das Ressort Zeitgeschichte von Springers Ullstein-Propyläen-Verlag entwickelte sich so zum Querfrontforum auf dem Buchsektor, gleich dem der ebenfalls von Fleissner unterstützten »Jungen Freiheit« auf dem Zeitschriftenmarkt.



Ehrenerklärer Günter Zehm, hier beim Interview mit der »Jungen Freiheit«

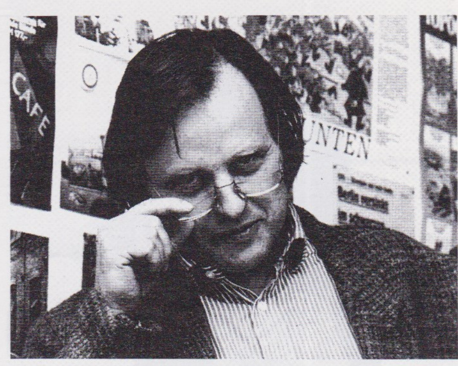


Ehrenerklärer Wolfgang Templin

Und genau aus diesen alten Bekanntschaften der Autoren bei Ullstein, GesprächsrundenteilnehmerInnen im Veldensteiner Kreis und InterviewpartnerInnen der »Jungen Freiheit« finden sich nun die nationalen Ehrenerklärer für Zitelmann zusammen. So irrt sich Michael Brumlik, wenn er in der TAZ schreibt: *»Die Solidarität mit Zitelmann und Schwilk hat die vernebelte kulturelle Landschaft der Bundesrepublik blitzartig aufhellen lassen... Die Ehrenerklärung für Zitelmann stellt nicht weniger als die selbst ausgestellte Geburtsurkunde einer Neuen Rechten Intelligenzija dar«.* Die nationale Intelligenzija knüpft seit Jahren immer engere Fäden. Über etliche, wie Fichter, Mechtersheimer und Ammon berichtete das INFOblatt seit längerem. Die Ehrenerklärung war lediglich eine Offenlegung einiger der gepflegten Beziehungen, doch zugleich auch ein Angriff.

Die Eroberung der Feuilletons

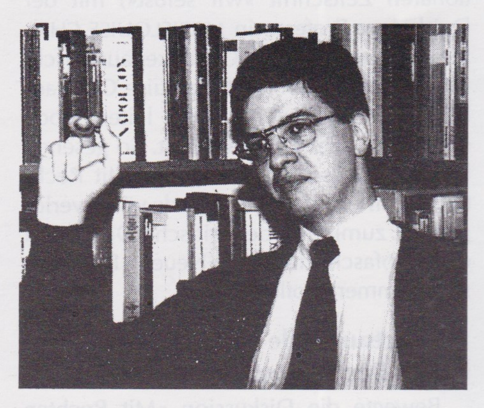
Stellte Michael Brumlik die Sachlage in seinen Artikel in der TAZ noch recht gut dar, waren die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, andere als in Frankreich. Eine Woche später wurde dem Ehrenerklärer und Leiter der SPD-Parteischule TILMANN FICHTER eine ganze Seite zur Verfügung gestellt, sich über die große nationale Aufgabe eines starken Deutschlands auszulassen. Selbst die FAZ hatte auf die Ehrenerklärung für Zitelmann in einem Artikel von Ulrich Raulff messerscharf analysiert: *»Tatsächlich erinnern die in den Kreisen Zitelmanns oder der 'Jungen Freiheit' praktizierten Diskussions- und Publikationsstrategien an diejenigen der französischen 'Neuen Rechten' um Alain de Benoist. Hier wie dort stößt man auf die gleichen Durchkreuzungen des alten Feldes der politischen Positionen, die Allianzen von Altlinken und einer teils alten, teils sehr jungen rechten Intelligenz.«* Und auch hier diente der scharfe Beitrag lediglich dazu, eine Debatte zu eröffnen. Die FAZ stellt nun seit Mitte April unter dem Titel »What´s right« regelmäßig Platz in ihrem Feuilleton zur Verfügung.



Ehrenerklärer Tilman Fichter. Sein Interview mit der »Jungen Freiheit« steht noch aus

BRIGITTE SEEBACHER-BRANDT und Karlheinz Weißmann wird hier die Möglichkeit gegeben, kontrovers mit Michael Mertes und Hubertus von Morr aus dem Bundeskanzleramt zu diskutieren. Das erste Zwischenergebnis stand hier für Konrad Adam von der FAZ schnell fest: *»Rechts oder Links. Die Frage läßt sich nur noch willkürlich beantworten.«* Damit war es unmöglich, mit Rechten nicht zu reden. Als eigentlicher Diskussionspunkt kristallisierte sich jedoch die Frage der Westbindung Deutschlands heraus, und welche neuen Akzente durch das gewonnene Selbstbewußtsein in der Außenpolitik gesetzt werden sollen.

Scheint sich die Aufgabe des Nationalisierens der verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte für die Querfrontler erledigt zu haben, da dies seit '89 wie durch einen Katalysator funktioniert, werden nun die neuen Themen von ihnen ausgegeben. Die Methode ist immer die gleiche und läßt



Ehrenerklärer Weißmann, führender Ideologe der »Neuen Rechten«, auch er im Interview mit der »Jungen Freiheit«

sich am Beispiel des Historikerstreits leicht nachvollziehen. Erst wird ein gesellschaftlicher Konsens, wie die Einmaligkeit der Judenvernichtung in Frage gestellt. Tabus brechen, kontrovers andiskutieren, Nachhutgefechte, Zeit und Zeitgeist erledigen den Rest. So ist es möglich, daß heute Zitelmanns Lehrer Nolte in seinem neuen Buch ein Kapitel offen den Revisionisten des Neofaschismus widmet, die Auschwitz leugnen, ohne daß dies einen größeren Skandal provoziert. Nach all der Aufregung bei der »Welt« mußten Heimo Schwilk und Ulrich Schacht wieder zurück zur »Welt am Sonntag«, und auch Rainer Zitelmann mußte seinen Posten als verantwortlicher Redakteur wieder räumen.

Ihre Themen sind jedoch besser denn je im Gespräch. Der »Neuen Rechten« bietet sich heute nicht nur in ihren Hausblättern wie »Criticon« und »Junge Freiheit« viel Platz, sie ist in den Feuilletons der Zeitschriften von Faz bis Spiegel - Botho Strauß mit seinem »Anschwellenden Bocksgesang« - angekommen. Aus diesem Grund veröffentlichen wir nachstehend den »Aufruf zur Wachsamkeit - Gegen die Subversive Aktion von rechts in Europa«. Die Unterzeichner haben damit eindeutig Stellung gegenüber den »geistigen Wegbereitern« bezogen. Genau dies steht in der BRD noch aus.

Kein Dialog!

Aufruf zur Wachsamkeit:

Gegen die Subversive Aktion von rechts in Europa

Wir sind besorgt über die Wiederkehr rechtsextremistischer antidemokratischer Strömungen im geistigen Leben Frankreichs und Europas. Wir sind beunruhigt über den Mangel an Wachsamkeit und Nachdenklichkeit in bezug auf dieses Thema. Aus diesen Grund versammeln sich einige von uns seit Januar 1993 regelmäßig, um Informationen auszutauschen und diese Fragen zu vertiefen.

Daß sich die Ideologen der extremen Rechten als Autoren und Verleger in einem Netz antidemokratischer Kreise betätigen, ist nichts Neues. Doch diese Aktivität ist neuerdings nicht mehr auf eine Art Untergrundtätigkeit beschränkt. Sie wird offen ausgeübt und jeder, der sich die Mühe macht, sich zu informieren, kann sich leicht ein Bild von ihr machen.

Dabei wollen diese Ideologen seit einiger Zeit glauben machen, sie hätten sich geändert. Zu diesem Zweck verfolgen sie eine Verführungsstrategie, die auf demokratische Persönlichkeiten und Intellektuelle ausgerichtet ist, von denen einige dafür bekannt sind, daß sie links stehen. Da diese weder über diese Aktivität noch über das Netz rechtsextremistischer Zirkel ausreichend informiert sind oder sie überhaupt nicht kennen, haben sie sich auf Artikel in Zeitschriften eingelassen, die von diesen Ideologen herausgegeben werden. Diese Veröffentlichungen werden dann als die offensichtliche Beglaubigung dafür ausgegeben, daß der angebliche Wandel Wirklichkeit geworden sei.

Dies ist kein vereinzeltes Vorgehen, vielmehr Teil der gegenwärtigen Strategie einer Legitimierung der extremen Rechten, die allenthalben auf dem Vormarsch ist. Dieser Strategie kommen die vielfältigen Dialoge und Debatten entgegen, die sich über Themen entspinnen, welche man - gelinde gesagt - leichtfertig das Ende der Ideologien, die vermeintliche Überwindung jeder politischen Spaltung zwischen Linken und der Rechten, die angebliche Erneuerung der Idee der Nation und der kulturellen Identität genannt hat. Diese Strategie erhält auch durch die jüngste Mode-These Nahrung, die den Antirassismus als überholt und als gefährlich zu diskreditieren sucht.

Unter Autoren, Verlegern und verantwortlichen Personen in Presse, Rundfunk und Fernsehen scheinen diese Manöver bisher noch nicht das gebotene Mißtrauen hervorgerufen zu haben. Aus Mangel an Informationen oder Wachsamkeit, aus Respekt vor der Freiheit des Wortes, aus Sorge um uneingeschränkte Toleranz leisten viele von ihnen, darunter die Verdienstvollsten, dieser Legitimationsstrategie Vorschub.

Durch diese ungewollte Komplizenschaft, so fürchten wir, werden in unserem geistigen Leben bald Diskurse alltäglich werden, die bekämpft werden müssen, weil sie gleichermaßen die Demokratie und das Leben der Menschen bedrohen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Worte der extremen Rechten nicht bloße Ideen unter anderen sind, sondern der Anreiz zu Ausschluß, Gewalt und Verbrechen erhalten.

Darum haben wir uns im Juli 1993 dazu entschlossen, ein »Komitee der Wachsamkeit« zu gründen, das es sich zur Aufgabe macht, alle Informationen zu sammeln und so weit wie möglich zu verbreiten, die dazu dienen können, das Netz der extremen Rechten und ihrer Verbindungen zum geistigen Leben (Verlage, Presse, Hochschulen) erkennbar zu machen. Und wir werden zu jedem Fall, der mit diesen Fragen in Zusammenhang steht, öffentlich Stellung beziehen.

Wir verpflichten uns, jede Zusammenarbeit mit Zeitschriften oder Sammelwerken, die Mitwirkung an Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie die Teilnahme an Kolloquien abzulehnen, die von Personen geleitet werden, deren Verbindung mit der extremen Rechten sich bestätigen sollte.

Frankreich ist bestimmt nicht das einzige europäische Land, in dem sich diese Strategien ausbreiten. Darum appellieren wir an ein Europa der Wachsamkeit und laden jeden ein, der unsere Initiative gutheißt, dieses Manifest zu unterzeichnen.

Dieser Apell wurde unterschrieben von Miguel Abensour, Henri Atlan, Marc Augé, Lothar Baier, Norbert Bensaìd, Ives Bonnefoy, Pierre Bourdieu, Georges Charpak, Cluade Cohen-Tannudji, Michel Deguy, Jacques Derrida, Louis-René Des Foréts, Georges Duby, Oliver Duhamel, Jacques Dupin, Umberto Eco, Arlette Fage, Lydia Flem, Nadine Fresco, Jacques Glowinski, Francoise Hértier, Yves Hersant, Francois Jacob, K.S. Karol, Jean-Marie Lehn, Nicole Loraux, Patrice Loraux, Charles Malamoud, Andrè Miquel, Philippe Nozières, Maurice Olender, Michelle Perrot, Evelyne Pisier, Lèon Poliakov, Jean Pouillon, Jacques Revell, Rossana Rossanda, Jean-Pierre Vernant, Lucy Vines, Paul Virilio.

(Der Aufruf wurde den Antifasch. Nachrichten vom 10.9.93 entnommen)



Kurzmeldungen und Berichte aus der Fascho-Szene

Von der CDU, über die Junge Freiheit bis hin zum NS-Netzwerk

Helge Drescher



Die Kontaktperson des Berliner Lesekreises der rechtsextremistischen Wochenzeitung Junge Freiheit, HELGE SIGURD DRESCHER, geriet durch eine Pressemitteilung des Antifaschistischen Info-Blattes in die Schlagzeilen. Drescher ist Mitglied des CDU-Ortsvorstandes Alt-Tempelhof und dessen »spiritus rector«. Gleichzeitig gehört er dem Spender- und Unterstützerkreis der DVU an und zu den Gästen der Veranstaltungen der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN.

Dokumente, die der Antifa zugespielt wurden, belegen, daß Drescher für den CDU-Verband Alt-Tempelhof eine Veranstaltung mit dem Nationalrevolutionär WOLFGANG VENOHR in die Wege geleitet hatte. Die Gemeinschaftsveranstaltung dreier Berliner CDU-Verbände fand am 15.4.1994 statt, und der Alt-Tempelhofer Kreisverbandsvorsitzende PETER RZEPKA bedankte sich bei Drescher vor den knapp 40 Besuchern, Drescher habe sich um die Thematisierung der »nationalen Frage« besonders verdient gemacht.

Der ausgelernte Diplom Politologe Drescher (Note: befriedigend) ist in der CDU kein unbeschriebenes Blatt. Sein Praktikum machte er bei der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Für den jetzigen Regierenden Bürgermeister EBERHARD DIEPGEN schrieb Drescher ein Argumentationspapier zum Thema »*Vor- und Nachteile eines einheitlichen Landes Berlin/Brandenburg*«. Die dem INFO-Blatt vorliegende Praktikumsbescheinigung betont, daß sich Drescher »*bestens in das Organisationsgefüge integriert*« habe.

Bestens arrangiert hat sich das CDU-Mitglied Drescher auch mit der Organisation Gerhard Freys, der faschistischen DVU. In einem Schreiben dankte ihm Frey für beispielgebende und »*vorbildliche Unterstützung [...] der gemeinsamen gerechten Sache*« und bittet um weitere »*größtmögliche Spenden*«.

Dreschers Umtriebe im schwarz-braunen Sumpf sind damit noch nicht vollständig beschrieben. Er gehört zu den geladenen Gästen der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen, der einflußreichsten Scharnierorganisation des Berliner Rechtsextremismus. Er erhielt auch eine Einladung zu einer Veranstaltung des Alt-Nazis HERBERT SCHWEIGER aus Österreich. Schweiger war Mitglied der SS und Gefährte des Terroristen Otto SKORZENY. Seit Jahren kümmert er sich um die Schulungen der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Er gilt noch heute als eine der einflußreichsten Personen des NS-Netzwerkes.

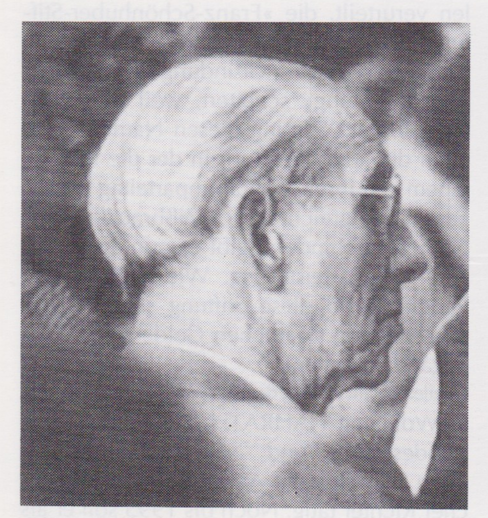
Unbestritten ist, daß es sich bei der Berliner Kuturgemeinschaft Preußen um eine von »Alt-Nazis« geprägte Vereinigung handelt. Für Drescher sind Konservative, Neue und Alte Rechte kein Widerspruch, und wie ich meine hat er damit auch recht. Die Grenzen sind fließend, die Kontakte mannigfaltig. Dreschers Pech, daß er auffliegen mußte.

Derweil sagte die CDU gegenüber der taz eine Prüfung der Vorwürfe zu. Wenn die Vorwürfe stimmen sollten, werde man Konsequenzen ziehen. Ohne Druck von außen wird die einzige Konsequenz im Aussitzen des Problems Drescher, oder besser des Problems unbequemer Öffentlichkeit, bestehen.

BRD

Remer in Spanien

Der Altnazi Otto Remer (82) wollte nicht warten, bis er haftunfähig erklärt wird. Eine Verurteilung zu einem Jahr und zehn Monaten wegen Volksverhetzung in fünf Fällen ist seit November 1993 rechtskräftig. Seinem fälligen Haftantritt entzog er sich im März 1994 durch seine Abreise nach Spanien, wo er auf eine Reihe alter faschistischer Bekannter trifft. Einer unter ihnen, Gerd Honsik, hatte sich letztes Jahr wegen drohender Haft aus Österreich abgesetzt und tituliert nun in seinem Hetzblatt HALT: »Remer in Freundeshand! Kohls Menschenjäger griffen ins Leere! Schwere Schlappe der Bundesregierung im Krieg gegen Deutschland!«



Otto Remer

Neue Betrügereien bei Auschwitzleugnern

Das »wissenschaftliche« Gutachten eines Chemiedoktoranden sollte für die Glaubwürdigkeit der Nazis sorgen. Nach dem »Leuchter-Report« ging nun auch dieser zweite Versuch, die Leugnung der Massenvernichtung in den Konzentrationslagern mit »Gutachten« zu untermauern, endgültig in die Brüche. Der Autor des Gutachtens mußte mittlerweile das Max-Planck-Institut verlassen.

Germar Rudolf hatte seine Arbeit für den Altnazi Otto Remer erstellt, der sich wegen Volksverhetzung vor Gericht zu verantworten hatte. Wie Fred Leuchter 1988 hatte sich Rudolf, so dessen Darstellung, auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz ohne Genehmigung Gesteinsproben aus den Gaskammern besorgt. Als Doktorand des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung benutzte er dann ohne Wissen seiner Vorgesetzten Briefbögen der Einrichtung, um das chemische Institut Fresenius zu beauftragen: Dieses sollte die Proben auf Blausäurerückstände hin untersuchen (da Cyanidverbindungen schnell verfallen ist es alles andere als ungewöhnlich, in Auschwitzer Mauerresten keine Blausäurespuren festzustellen). Die renommierten Institutionen sollten seinem »Gutachten«, das von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgeht, einen seriösen Anstrich geben. Nachdem Remer Rudolfs Werk auch an chemische Institute verschickt hatte, landete es auf den Schreibtischen des Max-Planck-Instituts. Laut »Zeit« vom 15.4.94 hatte ein darauf folgendes Gespräch mit Rudolf nur die Verwendung der Instituts-Briefköpfe zum Gegenstand, nicht aber das »Gutachten«, denn das sei »absolut seine Privatsache«, so der MPI-Geschäftsführer. Das Planck-Institut gab sich im Arbeitsgerichtsverfahren mit der Bestätigung der fristlosen Kündigung des Jungforschers zufrieden, es wollte den Skandal nicht breiter treten. Bei dieser Art von Freizeitbeschäftigung sollte aber unserer Meinung nach die Öffentlichkeit die Karriere dieses jungdeutschen Akademikers nicht aus den Augen verlieren. Es bleibt abzuwarten, welche Universität bereit ist, ihren Namen mit Rudolfs Doktorarbeit in Verbindung bringen zu lassen.



Germer Rudolf

Inzwischen wurde publik, daß Rudolf auch ein Pseudonym – zwecks Seriösität mit Doktortitel – benutzt, um für sein Elaborat zu werben. Andere rechte Gesinnungstäter bedienen sich zur Verbreitung ihrer »Wahrheit« der Urkundenfälschung. So erhielten alle Leserbriefschreiber, die sich in der Süddeutschen Zeitung gegen das skandalöse Urteil des Bundesgerichtshofs zur »Auschwitz-Lüge« geäußert hatten, kurz darauf das »Rudolf-Gutachten« zugeschickt. In einem Begleitschreiben, das mit dem Namen eines der anderen Leserbriefschreiber unterzeichnet war, wurde aufgefordert, die eigene Meinung über die Existenz der Gaskammern in Auschwitz zu revidieren. Es konnte schnell ermittelt werden, daß in allen Fällen Urkundenfälschung vorliegt.

Wer ist wohl Urheber dieser schmierigen Aktion? Der Poststempel der meisten ohne Absender verschickten Briefe könnte weiterhelfen: die Postleitzahl ist die des Gebiets um den Münchner Goetheplatz. Und das Postamt am Goetheplatz ist nur einen Katzensprung vom Naziladen des Bela Ewald Althans entfernt. Althans war Organisator eines Kongresses von Auschwitz-Leugnern vor drei Jahren unter dem Motto »Warheit macht frei«, wohl wissend, daß sie mit dieser perversen Abwandlung des Spruches »Arbeit macht frei«, der über vielen KZ-Eingangstoren angebracht war, in den Medien die gewünschte Aufmerksamkeit erzielen würden.

Geschichtswerkstatt gegen Ausländerfeindlichkeit & Rassismus, München/ Infoblatt

Lesekreistreffen von RECHT UND WAHRHEIT

Um den »Brückenschlag von alt zu jung« dokumentieren zu können, enthält ein Artikel aus der Zeitung des nach Spanien geflüchteten Alt-Nazis Otto Ernst REMER, 'Recht und Wahrheit', einiges Interessantes. Georg Albert BOSSE ist Remers Stellvertreter und wirbt unter den zahlreichen Alt-Nazis, die an dem Lesekreis »Recht und Wahrheit« (RuW) teilnehmen, für die Akzeptanz der verfemten Neonazis. Den Schutz des Lesertreffens 1993 besorgten »*Christian Worchs Mannen*«, unter ihnen auch Manfred HUCK aus Ludwigshafen. »*Handverlesene Kameraden eilten aus dem Frankenland, aus Berlin und Hamburg zum Tagungsort, die tagsüber, draußen auf dem Parkplatz, unauffällig unsere Fahrzeuge bewachten und nächtens das Hotelgebäude umrundeten.*«

»*Worch und seine Mannen*«, aus der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT« (GdNF), gehörten zu den Initiatoren der Geschichtsleugnungskampagne der Nazis 1991, eine Aufgabe der sich die RuW schon seit Jahrzehnten verschrieben hatte. »*Für uns ältere Teilnehmer, die wir uns nach einer deutschbewußten Jugend als unsere »Nachfolger« geradezu sehnen, war dies wohl das schönste Tagungsgeschenk.*« Auch der Vorsitzende der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT, Meinolf SCHÖNBORN, war unter den Gästen, sowie der Aktivist der illegalen NSDAP und Mitglied der FAP Erhard KEMPER aus Münster. Fehlen durfte auch nicht, der als kommender Mann der NS-Szene gehandelte, Wolfgang JUCHEM. Unter den weiteren Anwesenden waren die »große alte Dame der Berliner NS-Strukturen«, Frau Dr. Ursula SCHAFFER, Udo WALENDY,

vom Collegium Humanum aus Vlotho, Günter-Peter BÖTTCHER, Bundes- und Europavorstand des »Stahlhelm« e.V., Gerd FESTERLING, der zusammen mit Bosse der DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG (DDF), vorsteht, Ilse Carola SALM, Dr. med. Dr. jur. Helmut GRIMM, der Rechtsanwalt Konrad HOFFMANN und der Publizist Helmut BRÜCKMANN und hundert andere.

Die hochkarätige Beteiligung von Schlüsselfiguren der NS-Szene macht den hohen Stellenwert der Alt-Nazis um Otto Ernst REMER deutlich. Das Treffen 1993 fand an einem geheimgehaltenen Ort statt, nachdem es ein Jahr zuvor in Ilsenburg Proteste hagelte. (Recht und Wahrheit 9/10 1993)

Berlin

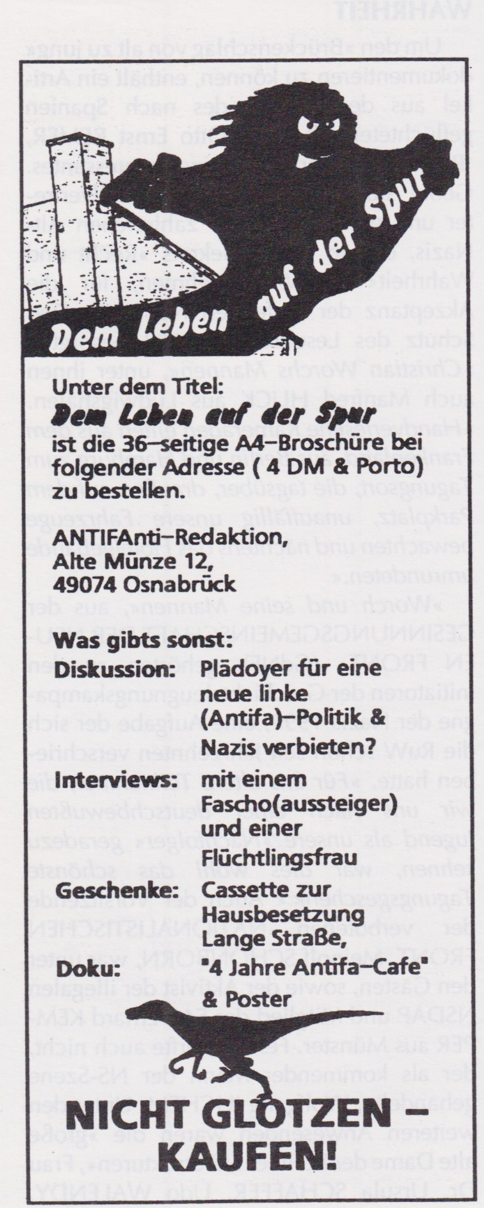
Faschisten feiern Hitler's Geburtstag

Schon in den Tagen vor dem 20. April brodelte es in den beiden Berliner Bezirken Marzahn und Hellersdorf. Ein Überfall von zwei Rechten, bewaffnet mit Holzlatten, auf den eher linken Jugendclub »Klinke« endete mit drei Verletzten. Die Furcht, daß die Hooligans aus der Kneipe »Crazy Club«, die sich gleich unter dem Jugendclub befindet, mitmischen könnten, ließ fast alle die Flucht ergreifen. Im »Crazy Club« treibt sich mittlerweile fast jedes Wochenende Dirk Anders mit Anhang rum. 1992 war er an dem für die FAP unrühmlich ausgegangenen Aufmarsch-Versuch am Thälmann-Park dabei, bei der Marzahner Antifa-Demo gehörte er zu der Gruppe, die vom Balkon des Hauses am Anger die Demo mit Steinen u. a. bewarf.

Neben den fast schon alltäglichen Drohungen gegen die PDS-Geschäftsstelle, einige Clubs und Schulen, sammelten sich am frühen Nachmittag des 20. drei bis vier Gruppen von ca. 15 – 30 überwiegend Jungfaschisten an unterschiedlichen Punkten in den beiden Bezirken.

Das VertragsarbeiterInnenheim in der Havemannstr. in Berlin Ahrensfelde gehörte schon im Vorjahr zum Angriffsziel der Rechten. Der Jugendclub »KDM« am Springpfuhl mußte eine Scheibe lassen. In der Gartenkneipe in der Uckermarkstr. (Hellersdorf) feierten Faschisten ab dem späten Nachmittag Hitler's Geburtstag. Später zogen sie los und demolierten u. a. den U-Bhf. Kaulsdorf. Unter ihnen wurde auch Alexander Voss (FAP-Mitglied aus Hellersdorf) gesichtet.

Die reichlich präsente Polizei fuhr konzeptions- und planlos den Meldungen von sich ansammelnden Rechtsradikalen hinterher. 8 überfallene und ausgeraubte VietnamesInnen, ein Punk, der gleich 2 x an diesem Abend zusammengeschlagen wurde, und ein Portugiese, der noch tagelang danach im Krankenhaus lag, das war der 20. April 94 in Marzahn und Hellersdorf.



FPR und kein Ende

Mitte März wurden drei Aktenordner mit Akten über die Berliner Freiwillige Polizeireserve aus den Metallschränken einer Polizeidirektion gestohlen. Die Akten, mit denen sich zur Zeit ein Untersuchungsausschuß beschäftigen soll, können, wie der Innenstaatssekretär Jäger inzwischen bestätigte, nur durch Polizisten gestohlen worden sein, da es keine Einbruchsspuren gab und offensichtlich ein Schlüssel zu den Schränken benutzt worden ist. Der Ausschuß war eingesetzt worden, um zu klären, wie die Polizeireserve zum Tummelplatz von Kriminellen und militanten Nazis werden konnte (ausführlicher Bericht Info 22). Sehr zur Verwunderung der Ausschußmitglieder, wurden bei der internen Untersuchung sämtlicher FPR-Mitglieder im letzten Jahr keine Daten des Verfassungsschutzes verwendet. Dies wäre aber nach Meinung des Fraktionschefs der Grünen, Wolfgang Wieland, bei dem Verdacht auf rechtsextreme Unterwanderung zwingend notwendig gewesen. Damit setzt sich die Vernebelungstaktik der Polizeiführung und der verantwortlichen politischen Kräfte weiter fort.

NRW

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat das Innenministerium Nordrhein- Westfalen verurteilt, die »Franz-Schönhuber-Stiftung« der REPs zuzulassen. Nach zwei Anläufen (1990: Gründung der »Carl-Schurz-Stiftung« scheitert, weil es bereits eine liberale Stiftung diesen Namens gibt; auch die Stadt Ruhstorf, in der die REPs in jenem Jahr ihren Programmparteitag hatten, kann erfolgreich den Mißbrauch ihres Namens verhindern) gibt es nun also auch eine REP-Parteistiftung. Wie bei anderen Parteien wird diese Stiftung steuerbegünstigt und von staatlichen Geldern REP-Propaganda machen.

Quelle: Metall. Zeitung der IG Metall Nr.7/46, 8.4.1994

Wolfgang NAHRATH, langjähriger WJ-Bundesführer und NPD-Funktionär, ist beim Sozialgericht Aachen als ehrenamtlicher Richter tätig. Noch bis 1995 soll er als Vertreter der Versicherten Recht sprechen. Sein Amt hat er auf Vorschlag des von der NPD gesteuerten DEUTSCHEN ARBEITNEHMERVERBANDES (DAV), der auch vom Verfassungsschutz NRW beobachtet wird. Der DAV verlor sein Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Richter 1993. Die von ihm vorgeschlagenen Richter bleiben allerdings im Amt. Lediglich der NPD-Landesvorsitzende Peter MARKERT (Bochum) sowie Roland MARTINI aus Detmold, beide vom DAV vorgeschlagen, sind inzwischen nicht mehr Richter.

Gegen die Tätigkeit von Nahrath regt sich Protest von seiten der Gewerkschaft ÖTV.

Quelle: Metall. Zeitung der IG Metall Nr.7/46, 8.4.1994

Hamburg

Holger STIPPEL, ex-»Sicherheitsbeauftragter« der DVU in Schleswig-Holstein, leitet den Hamburger S-Bahn-»Sicherheitsdienst«. Stippel ist damit seit Anfang 1993 Chef von 8000 Mitarbeitern. Er soll im November 1993 die DVU verlassen haben.

Unklar ist, warum Stippel im Amt verbleibt. Während die Bundesbahn die Raab-Karcher AG, zu der der Sicherheitsdienst gehört, für Stippels Beschäftigung verantwortlich macht, erklärt die Firma, die Bundesbahn habe ausdrücklich gewünscht, daß der Nazi im Amt bleibt, »weil er seine Arbeit wohl ausgezeichnet verrichtet.«

Quelle: Metall. Zeitung der IG Metall Nr.6/46, 25.3.94

Bielefeld

Brandanschlag auf türkisches Arbeiterwohnheim

Als am Abend des 20.April die Nazi-Kader in der ganzen Republik in trauten Runden Hitlers Geburtstag feierten, zogen fünf Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren aus, um ihren Anleitern zu beweisen, daß sie schon dazugehören. Vom fahrenden Mofa aus schleuderten sie einen Brandsatz in ein Zimmer eines türkischen Arbeiterwohnheims in Bielefeld-Sennestadt. Zum Glück befand sich niemand in dem Zimmer, der Brand wurde frühzeitig bemerkt und niemand wurde verletzt. Die direkt im Anschluß an die Tat verhafteten Jugendlichen, stammen überwiegend aus der Nachbarschaft, der mutmaßliche Haupttäter kommt aus Steinhagen. Die Vernehmungen der Polizei förderten zu Tage, daß die Gruppe das Anschlagsziel im Vorfeld ausgespäht hatte und der Meinung war, daß der Hitler-Geburtstag ein guter Anlaß sei, um gegen »Türken« vorzugehen. Im Rahmen der Polizeirazzien wurden Materialien der faschistischen WESTFALEN-FRONT, ein Erdbunker mit selbstgemachten Hakenkreuzfahnen, FAP-Material und handschriftliche Aufzeichnungen des mutmaßlichen Haupttäters entdeckt. Dieser ist gut bekannt mit dem Anführer der Bielefelder Neonazis von der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF), dem Kameradschaftsführer Bernd STEHMANN. Alle Täter stammen aus einem gutbürgerlichen Elternhaus.

Am Tag nach dem Anschlag auf das Wohnheim demonstrierten SchülerInnen und LehrerInnen einer benachbarten Gehörlosenschule ihre Solidarität auf der Straße. Die Metallwerkstatt, in der die meisten Männer im Schichtdienst arbeiten, trieb ihre Arbeiter jedoch zum pünktlichen Arbeitsantritt, *»zur eigenen Ablenkung«* vom grausigen Geschehen.

Am 23.April fand eine Demonstrationen eines breiten linken Spektrums mit 3.500 Personen statt, sowie eine Kundgebung einer Allparteien-Koalition, einschließlich der Gewerkschaften. Hinter das Motto *»für ein friedliches Zusammenleben«* durfte sich sogar die rechtsextreme BURGERGEMEINSCHAFT BIELEFELD stellen. Selbst das hielt die Partei der Grünen nicht davon ab, am Bündnis von bürgerlichen Demokraten und geistigen Brandstiftern teilzunehmen. Zu dieser Kundgebung hatten zwar viele Organisationen aufgerufen, doch die Resonanz war eher gering. Unterdessen mobilisierten Antifa-Gruppen zu einer Aktion vor dem Haus von Bernd STEHMANN. 200-300 Antifas stellten klar, daß sie in ihm einen der Drahtzieher sehen, was erfreulicherweise auch von der Lokalpresse zur Kenntnis genommen wurde.

Bochum

Prozeß gegen faschistische Hetzpropaganda

Am 25.August 1993 wurde der FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND (FFD) vom nordrhein-westfälischen Innenministerium verboten. Seit seiner Gründung im Jahr 1989 verbreitete der FFD 104 Flugblätter sowie 30 verschiedene Aufkleber, in einer Gesamtauflage von einer Million Exemplaren. Inhalt dieses Propagandamaterials sind Aufrufe zu rassistischer und antisemitischer Mordbrennerei, Leugnung des Holocaustes, so ziemlich das übelste, was auf dem Nazi-Markt zu haben war.

Seit dem 6.4.1994 wurde in Bochum verhandelt. Während hauptsächlich betagte ältere Männer auf der Anklagebank sitzen, sind auch Neonazis der Anti-Antifa unter den Besuchern. Die Gruppe um den kurzzeitigen Pressesprecher der Wattenscheider CDU, Marcus SCHOLZ, terrorisierte 1992 Leute durch Bomben- und Morddrohungen, manipulierte an Fahrzeugen von AntifaschistInnen und rief öffentlich zur Ermordung von Linken auf. Einer der Angeklagten, Ekkehard WEIL, fotografierte alle Personen im Gerichtssaal, die ihm verdächtigt erschienen und dasselbe, einschließlich »Beschattung«, wurde außerhalb des Pro-

zeßsaals von einer weiteren Gruppe Nazis bewerkstelligt.

Angeklagt, wegen vielfältiger Vergehen gegen das Pressegesetz, wurde nur der FFD, unangetastet bliebt die dahinter stehende Hauptorganisation und das obwohl *»der FFD [...] weitgehend mit dem FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN (UFK) identisch ist«* (Verfassungsschutzbericht NRW 1990). Der FFD war nur gegründet worden, um den UFK zu schützen, und dieser spielte in dem Prozeß natürlich keine Rolle.

Das Monatsblatt »Unabhängige Nachrichten« erscheint seit 1969 und ist eine äußerst antisemitisch/rassistische Zeitung, die bundesweit vertrieben und mitunter auch ungefragt an Schülervertretungen geschickt wird. Der herausgebendende Freundeskreis Unabhängige Nachrichten hat eine Schlüsselposition im Netz der NS-Gruppen inne. Über den kürzlich verstorbenen Gründer der Zeitung, Werner GEBHARD, bestanden ausgezeichnete Verbindungen zu den alten WAFFEN-SS Verbänden und deren Zeitung »Leithefte«. Enge Zusammenarbeit besteht mit Thies CHRISTOPHERSEN, der aus dem dänischen Exil seine NSDAP-Zeitung »Die Bauernschaft« verbreitet, und mit dem flüchtigen Generalmayor a.D. Otto REMER. Auch die Nazis, die in den sechziger und siebziger Jahren neu hinzukamen, blieben dem UFK über die Jahre verbunden: z.B. Gary LAUCK von der NSDAP/AO aus Lincoln/Nebraska-USA, der verurteilte Nazi-Terrorist Manfred ROEDER, der Nazi-Anwalt Jürgen RIEGER aus Hamburg und der Ausschwitz-Leugner David IRVING. Geschätzt werden die »Unabhängigen Nachrichten« auch von den jüngeren Neonazis. Anzeigen erschienen in der Zeitung »Revolte«, von der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) herausgegeben, im »Rechtskampf« des Vorsitzenden der verbotenen NATIONALEN OFFENSIVE (NO), in der Zeitung der Gefangenenhilfe HNG, in der NRW-Zeitung der NPD...

Damit wäre die Bedeutung des UFKs jedoch noch nicht genügend beschrieben. Der UFK kümmert sich um organisationsübergreifende Logistik im NS-Netz. Genauso wie die Flugblätter des jetzt verbotenen FFD ausgegeben worden sind, um von verschiedensten Neonazi-Organisationen unter eigenem Namen veröffentlicht zu werden, so dient auch die vom UFK initiierte DEUTSCHE RECHTSSCHUTZKASSE (DRsK) der »Bewegung«. Sie wurde 1979 gegründet, um Rechtsextremen Prozeßhilfe zu gewähren und rechte Anwälte zu vermitteln. In ihrer Zeitung »Recht und Justiz« werden Tips gegeben wie geltendes Recht in Bezug auf Volksverhetzung oder Aufstachelung zum Rassenhass umgangen werden kann. Presserechtlich verantwortlich zeichnet Jürgen Rieger. Seine Kanzleimitarbeiterin Gisela PAHL untersuchte die Flugblätter des FFD vor Herausgabe auf strafbaren Inhalt und ist mittlerweile Leiterin des aus dem DRsK hervorgegangenen »Deutschen Rechtsbüro« in Hamburg. »Recht und Justiz« sowie die »Unabhängigen Nachrichten« werden im Verlag des Werner SYMANEK aus Bingen am Rhein herausgegeben.

Als Verteidiger der Angeklagten trat nebem Jürgen Rieger der Düsseldorfer Anwalt Hajo HERRMANN auf. Angeklagt und verurteilt wegen Verstoßen gegen das Pressegesetz, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhaß wurden:

Günter DEMOLSKY (74) aus Herne. Der Gründer des FFD war Landesvorsitzender-NRW der SOZIALISTISCHEN REICHSPARTEI (1952 verboten), danach Funktionär der DEUTSCHEN REICHSPARTEI und erhielt zwei Jahre auf Bewährung.

Der Autohändler Wilfried BLUSCHKE (44) aus Xanten. Bei dem Miltariahändler fand die Polizei eine Maschinenpistole. Er erhielt ebenfalls zwei Jahre auf Bewährung und gilt als guter Freund des flüchtigen Österreichers Gerd HONSIK, derzeit Gastgeber des ebenfalls flüchtigen Ernst-Otto Remers.

Ekkehard WEIL (45), alias Karl SCHUBERT. Nach der Verbüßung von 12 Jahren Gefängis wegen terroristischer NS-Aktivitäten, lebte Weil schon in Berlin unter falschem Namen. Er tauchte dort als häufiger Gast der Berliner Neonazi-Zentrale in der Weitlingstraße auf und gab vor Sprengstoff in seinem Haus zu lagern. Mit Weil ist einer der bekanntesten deutschen NS-Terroristen angeklagt. Seine Verbindung mit den älteren Herren dokumentiert, daß deren Bedeutung für die NS-Infrastruktur noch heute von großem Wert ist. Weil erhielt ein Jahr und zehn Monate auf Bewährung.

Das Verfahren gegen Paul MUENZER (66) aus München wurde am dritten Verhandlungstag abgetrennt.

Wegen der Urheberschaft dreier Flugblätter erhielt er ein Jahr Gefängnis auf zwei Jahre Bewährung.

Gegen zwei weitere Angeklagte muß erneut verhandelt werden, da sie nicht an allen Terminen wg. Krankheit anwesend sein konnte:

Dr. jur. Dr. med. GRIMM aus Ettlingen. Der Alt-Nazi ließ sich mit einem Brief aus Dänemark wg. eines Bandscheibenschadens entschuldigen. Bei Helmut FUCHS (62) aus Duisburg wurde bei der Hausdurchsuchung kistenweise Nazi-Propaganda gefunden: vom Schweizer »Eidgenoss«, über die Zeitung »Nation« und »Bauernschaft«, bis zu den Zeitungen »Europa vorn« und »Sieg« des derzeit inhaftierten Walter OCHENSBERGER aus Österreich.

(ausführlicher Artikel auch in der Antifa-NRW-Zeitung)

DEUTSCHLAND IST IN FREMDEN H✡NDEN!

B`NAI B`RITH ehrt Bundeskanzler Kohl

Eine besondere Ehrung wird Bundeskanzler Helmut Kohl im kommenden Jahr zuteil: der B'nai B'rith International verleiht dem deutschen Regierungschef die „Goldmedaille des Präsidenten für humanitäre Leistungen". Der Vorschlag dazu erfolgte von der europäischen Sektion des B'nai B'rith. Präsident Kent E. Shiner lud Kohl bereits für das Frühjahr 1992 zur Übergabe der Medaille nach New York ein.

ALLGEMEINE JÜDISCHE WOCHENZEITUNG

Helmut Kohl (CDU). Richard von Weizsäcker (CDU). Judenfunktionär Heinz Galinski

Bedarf es dafür noch weiterer Beweise? Ist die hemmungslose Überfremdung und Zerstörung unseres Volkstums nicht allen Deutschen gegenwärtig? Der ungezügelte Asylantenstrom nicht erdrückend bekannt? "Die Bundesrepublik muß Einwanderungsland bleiben, sonst werden die Deutschen durch den Bevölkerungsrückgang ein schrumpfendes Volk." Das sagt H. Geißler, CDU-Präsidiumsmitglied, kürzlich in einem Interview der Bild. Auf gut deutsch; Geißler will unser Volk mit Negern, Klein-und Großasiaten "beglücken". Ist dieser Mann irre oder verbrecherisch? "Weiße Frauen sollen von Mitgliedern der dunklen Rassen begattet werden und weiße Männer nur dunkle Frauen begatten dürfen. So wird die weiße Rasse verschwinden, da Vermischung der Dunklen mit der Weißen das Ende des weißen Menschen bedeutet, und unser gefährlichster Feind zur Erinnerung wird." Soweit die Vorstellung des Rabbiner Rabinovich. Gemeine zersetzende Kreise haben von jeher unser Volk beschimpft und verleumdet. Mit dem Sturz des kommunistischen Verbrechersystems in Mitteldeutschland geraten aber nun auch jene ans Licht, die seit Gründung des real existierenden Volksbetruges sich immer als solide Stützen dieses Unterdrückersystems erwiesen. Unter anderem sei in d.Z. auf Hilde Benjamin und den verjudeten roten "Schriftstellerverband der DDR" verwiesen, deren Mitglieder über Jahrzehnte in wahrhaft aufopfernder Weise der deutschen Bevölkerung die "Segnungen" des Sozialismus nahezubringen suchten. Wieviele "Auserwählte" es insgesamt waren, die dieses Verbrechersystem stützten, bleibt noch genau zu ermitteln. Umseitig nur eine kleine Auslese der Bekannteren von ihnen. Sie erfreuen sich allesamt, ungeschoren, der Freiheit... - Darum kann für uns Deutsche nur Losung sein:

MACHT DEUTSCHLAND FÜR DEUTSCHE FREI!

Verantwortlich G. Demolsky Geschäftsstelle Postfach 4010046 - Eigendruck - Freundeskreis »FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND«, Vorsitzender: Werner Gebhardt 4630 Bochum 4 - Sonderkonto G. Demolsky Nr. 243002 Postgiro Dortmund BLZ - Dieses Flugblatt kann zu folgenden Unkostenbeiträgen (einschl. Porto u. Verp.) abgerufen werden: 18 Stck. 2,- DM / 45 Stck. 4,- DM / 100 Stck. 7,- DM Nachdruck - Vervielfältigen - Kopieren erwünscht! Flugblatt 57

Hetzpropaganda des FFD

Lübeck

Mutmaßliche Brandstifter gefaßt

Der Brandanschlag auf die Synagoge in der Lübecker St.-Annen-Straße in den frühen Morgenstunden des 25.3. beschäftigte die Presse und vor allem die Lübecker Öffentlichkeit für einige Tage. Hinsichtlich der Festnahme von vier mutmaßlichen Tätern bleibt die Pressepolitik nun aber eher restriktiv.

Bei den Festgenommenen handelt es sich um vier Jugendliche aus der lokalen Skinheadszene. Der mutmaßliche Haupttäter Boris HOLLAND-MORITZ war bereits früher aufgefallen, als er eine Person mit einem Messer bedrohte. Insgesamt sind aber weder er noch die drei anderen Nico TRAPIEL, Stephan WESTPHAL und Dirk BRUSEBERG in der Vergangenheit besonders auffällig gewesen. Organisatorische Zusammenhänge sind Lübecker Antifas nicht bekannt; überhaupt war die Lübecker militante Nazi-Szene in letzter Zeit eher ruhig.

Auffällig ist allerdings, daß die REPs in Lübeck besonders stark sind. Diese haben offenbar bundesweit Antisemitismus stärker in den Vordergrund gerückt. Erst am 12.3. hatte das Lübecker Bündnis gegen Rassismus eine Veranstaltung zur Kommunalwahl am 20.3. mit Franz Schönhuber verhindert, die auf breiten öffentlichen Druck hin im Vorfeld verboten werden mußte. Diese Aktivitäten trugen zu einem ruhigen Wahlkampf bei. So wurde Lübecks Ruf als »braune Hochburg Schleswig-Holsteins« (AZ – Lübecker Antifaschistische Zeitung Heft 2/1992) zwar bestätigt, mit 4,07% konnten die REPs aber nicht in die Bürgerschaft einziehen.

Fünf Tage später folgte der Anschlag auf das Gebäude, in dem sich zu diesem Zeitpunkt 5 Menschen befanden, bei dem Molotow-Cocktails in die Synagoge geworfen worden. Der Brand konnte zum Glück rechtzeitig entdeckt werden.

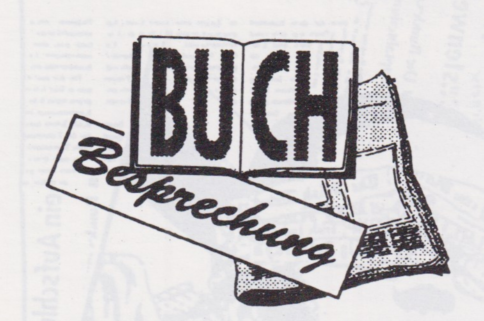
»Focus« berichtete zunächst von einem arabischen Anschlag, mit Sicherheit eine Ente.

Die vier mutmaßlichen Täter stammen aus dem Stadtteil »Bunte Kuh«, der seitdem in der Öffentlichkeit als braune Hochburg dargestellt wird. Nach Angaben Lübecker Antifas gibt es aber noch drei weitere Stadtteile mit ähnlicher Situation. Auch die Bewohner von Bunte Kuh sind entsetzt darüber, in die Nähe von Nazi-Terroristen gerückt zu werden und weisen darauf hin, daß die Verhältnisse in der gesamten Hansestadt nicht anders sind.

Der Anschlag löste breites Entsetzen aus. Spontan versammelten sich Menschen vor der Synagoge. Das Lübecker Bündnis rief noch am Tag des Anschlages zu einer Protestkundgebung auf. Am nächsten Tag gab es eine gemeinsame Kundgebung, zu der einerseits das Bündnis, andererseits Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und die Stadt aufriefen. Es kamen ungefähr 5.000 Menschen. Auf der Kundgebung sprach u.a. ein Vertreter des Bündnis, der Antisemitische Äußerungen von Unionspolitikern benannte. Derart angegriffen reagierte der CDU-Kreisvorsitzende Frank Sauter mit Ausfällen gegen das Bündnis, welches linksradikal sei. Die CDU werde ihre bestimmt zahlreiche Beteiligung an derartigen Veranstaltungen für die Zukunft versagen – wahrhaft eine schlagkräftige Drohung.

Ein vom Bündnis initiierter »Lübecker Appell« setzt sich für das Verbot aller faschistischen Parteien ein. Nach 3 Wochen hatten bereits 2.000 Personen unterschrieben. Die Forderung nach einem Verbot machte sich auch der Lübecker Bürgermeister Bouteiller zu eigen.

Nur halb edel waren die Stellungnahmen des Tourismussenators Halbedel: Der Anschlag werde dem Image der Stadt schaden, den Tourismus gefährden. Interessant ist die Reaktion der Stadt bezüglich Jugendarbeit: Man sehe ja, daß Jugendarbeit keinen Sinn habe. So wird der Anschlag zur Begründung von Mittelkürzungen in diesem Bereich benutzt.



Broschüren, Zeitschriften und Bücher

Nazis in Brandenburg

»Hinter den Kulissen, faschistische Aktivitäten in Brandenburg«, Antifaschistisches AutorInnenkollektiv Brandenburg, 104 Seiten DIN A 4, 4.- DM

Auf mehr als 100 Seiten gibt ein antifaschistisches AutorInnenkollektiv den ersten umfassenden Überblick über Nazi-Aktivitäten in Berlin-Brandenburg. Allein im Land Brandenburg wurden 15 Menschen seit 1990 von Neonazis umgebracht. Von bundesweiter Bedeutung ist vor allem die Berichterstattung über die Nachfolger der verbotenen Nationalistischen Front, die mittlerweile zur stärksten regionalen Neonazi-Organisation in Brandenburg geworden sind. Die Arbeitsweise dieser Gruppierung konnte auch durch das Parteienverbot nicht wesentlich gestört werden, heute hat sich die Organisation formell aufgelöst, sie arbeitet jedoch verdeckt weiter.

Durch die Broschüre werden auch die regionalen und lokalen Unterschiedlichkeiten deutlich und nachvollziehbar dargestellt. Schwedt an der Oder und Cottbus sind als Hochburgen des organisierten Faschismus in Brandenburg bekannt. In Schwedt hat sich trotz der intensiven Öffentlichkeitsarbeit nicht viel geändert, die Stadtverwaltung versucht die antifaschistsischen Jugendlichen als Störenfriede abzustempeln und die NF-Nachfolge-Gruppen agieren weiterhin mit der bekannten Gewaltätigkeit. In Cottbus wurde die von der DEUTSCHEN ALTERNATIVE dominierte Szene durch das Parteiverbot geschwächt, da die Partei zwar über viele Mitglieder verfügte, aber über wenig Kader.

Die Broschüre ist in Zusammenarbeit mit örtlichen Antifagruppen entstanden und enthält gut recherchierte Artikel über viele Städte und Regionen Brandenburgs sowie zahlreiche Fotos und Originaldokumente. Ein gut ausgearbeiteter Beitrag mit Tips für die praktische Antifa-Arbeit fehlt ebensowenig wie ein Diskussionsbeitrag der AutorInnen. Sie analysieren die politischen Rahmenbedingungen, den Organisationsgrad der Nazi-Szene und ziehen daraus Schlußfolgerungen für die praktische Antifa-Arbeit.

Zu bestellen über: Hinter den Kulissen, c/o L.Meyer, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Die Anti-Antifa

Angriffsziel: Antifa - Sonderheft des »Rechten Randes«, 48 Seiten, DIN A4, 5.-

Die bisher umfangsreichste Darstellung der Aktivitäten der Anti-Antifa-Kampagne ist im März '94 erschienen. Beleuchtet werden einerseits die Ersteller des Machwerkes 'Einblick' wie auch die Organisationen, die an der Kampagne teilhaben. Andererseits kommt auch der geschichtliche Hintergrund von Fahndungslisten gegen Linke, das Interesse der Konservativen und Verfassungsschützer, sowie die internationalen Verbindungen der Faschisten zur Sprache.

Das Sonderheft ist eine äußerst hilfreiche Grundlage und eine gelungene Darstellung der verschiedenen Elemente der Anti-Antifa-Kampagne.

Zu bestellen ist die Broschüre bei:
Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover, 48 Seiten, 5.- DM incl. Porto

Neue linke Zeitung

Die Beute, Edition ID-Archiv, 140 Seiten DIN A 5, 14.- DM

Das Heft 1 vom März 1994 enthält interessante Artikel über den Aufstand der Zapatistas in Mexiko, die einen guten Einblick in das Selbstverständnis einer Organisation mit einem modernisierten linken Selbstverständnis geben. Die Vierteljahreszeitung hat den Anspruch *»Möglichkeiten für neue Interventionen und radikale Gesellschaftskritik«* zu eröffnen, und bringt Beiträge zu verschiedenen Themen aus Kultur und Widerstand.

Neben der Darstellung von Aktivitäten, durch Interviews z.B., finden sich auch theoretische Betrachtungen.

Doch bevor man in den Vorzug der lohnenswerten Lektüre kommt, muß man erstmal den etwas überhöhten Preis von 14.- DM bezahlen. Damit dürfte der Verbreitung unter Jugendlichen enge Grenzen gesetzt sein.

Zu bestellen ist die Broschüre über: ID-Archiv, c/o Buchversand, Knobelsdorffstr.8, 14059 Berlin

Am Rande des Wahnsinns

Konzertreihe in Brandenburg und Berlin. 40 S., DM 3,-.

Die meisten Veröffentlichungen im Antifa-Spektrum beinhalten das Ergebnis antifaschistischer Recherche über Faschos etc. Nur selten werden antifaschistische Aktivitäten selbstkritisch ausgewertet und das Ergebnis dann veröffentlicht. Nur durch die Kenntnis verschiedener Möglichkeiten des antifaschistischen Kampfes, durch das Lernen aus unseren Fehlern können wir aber zu einer wirksamen Antifa-Strategie kommen.

Die Konzertreihe »Am Rande des Wahnsinns« in Berlin-Brandenburg im Sommer /Herbst 1993 war von vornherein so angelegt, daß Positives vermittelt werden sollte und nicht nur auf Faschismus und Rassismus reagiert wird. 6 Konzerte mit Begleitprogramm und Öffentlichkeitsarbeit wurden durchgeführt. Eine kritische Auswertung legen die beteiligten Gruppen nun vor, die dem Konzept entspricht und ihrerseits den antifaschistischen Kampf weiterbringen soll.

Nach einer Beschreibung der Rahmenbedingungen, der Einschätzungen, die zur Konzertreihe führten, Berichten der einzelnen beteiligten Städte, folgt eine Einschätzung.

Benannt werden neben guten Ergebnissen auch Fehler und das, was die Veranstalter in Zukunft anders machen wollen. Sie gewähren dann einen Einblick in ihre Finanzierung, ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Reaktionen der Presse, die als praktische Anleitung auch für andere Gruppen hilfreich sein können.

Am Ende stehen dann auch einige nützliche Adressen. Schließlich wird eine Fortsetzung der Konzertreihe für dieses Jahr angekündigt, die die Lehren aus der ersten Reihe ziehen soll.

Es kann nur gewünscht werden, daß die Broschüre weite Verbreitung über den Berlin-Brandenburger Raum hinaus bekommt. Viele Gruppen können aus Ideen und Methoden der KonzertmacherInnen Anregungen für die eigene Arbeit finden.

Zu bestellen ist »Am Rande des Wahnsinns« über den Antifa-Versand, Gneisenaustr.2 a, 10961 Berlin

Videos zum Krieg

Die Medienwerkstatt Freiburg bietet Filme an, die sich mit dem Krieg in Ex-Jugoslawien auseinandersetzen:

1. Wundbrand - Sarajevo, 17 Tage im August (BRD 1994, 79 Min.):

»Wundbrand« zeigt Splitter eines Alltags, der hinter den täglichen Schreckensbildern aus den Fernsehberichten liegt. »Wundbrand« versucht, diesen Alltag eines jeden Krieges zu begreifen. 17 Tage lang drehten die Autoren in Sarajevo.

2. Leben und Sterben in Sarajevo (Frankreich 1993, 75 Min., OmU deutsch):

Jeder kennt sie inzwischen - die Bilder von Frauen und Männern, die um ihr Leben rennen und an jeder Straßenecke aus Angst vor Scharfschützen verharren, Bilder von Getöteten. Bilder, die uns täglich in den Nachrichten serviert werden, die uns abstumpfen lassen.

Radovan Tadics Verdienst ist es, diese Menschen der Anonymität zu entreißen. Sein Film zeigt das realistische Bild des Krieges und der Lebenssituation der Menschen im ehemaligen Jugoslawien.

3. Wir sind doch Nachbarn (GB 1993, 55 Min., OmU deutsch):

Ein kleines Dorf in Bosnien, ca. 20 km von Sarajevo entfernt. Als Debbie Christie und ein englisches Kamerateam im Februar 1993 zum ersten Mal hier herkommen, ist von Krieg noch nichts zu spüren. Es herrscht eine kaum glaubhafte Harmonie unter der Bevölkerung. Christen und Muslime, Kroaten und Serben leben friedlich nebeneinander.

Acht Monate später kehrt Debbie Christie wieder in das Dorf zurück. Alles hat sich verändert. Die Häuser der Muslime wurden von Kroaten niedergebrannt, geplündert und zerstört, die Häuser der Katholiken blieben unversehrt. Alle moslemischen BewohnerInnen sind geflohen oder wurden ermordet.

Der Film kann keine Antworten geben, aber zeigt die Tragödie eines Krieges.

Ausleihbar bei: Medienwerkstadt Freiburg e.V., Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/709757, Fax: 0761/701796 für 50,- DM pro Veranstaltung auf VHS-Kassetten.

Broschüre des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Wiesloch-Walldorf,

aus dem Inhalt:
- Warum Antifaarbeit
- Was ist Faschismus
- Faschistische Jugendgruppen
- Rechte Vernetzung im Rhein-Neckar-Raum
- Asylrecht und Abschiebepraxis.

44 Seiten, für DM 3,50 in Briefmarken zu beziehen über Antifa, Postfach 1311, 69154 Wiesloch.

Antifa-Handbuch

Antifa, Edition ID-Archiv, 188 Seiten, 14,80 DM

Das Buch führt uns auf einen Streifzug durch die Antifa-Szene. In den Interviews kommen unabhängige und autonome Antifa-Gruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung und Geschichte zu Wort, aus Ost- und Westdeutschland, aus Österreich und der Schweiz.

Die Reise geht von der Gruppe mit dem jüngsten Altersdurchschnitt, den Edelweißpiraten, bis zu Hamburger Alt-Antifas, die in den 80er Jahren aktiv waren.

Ein interessantes und gutes Buch, das einen wichtigen Einblick in die autonome und unabhängige Antifa-Szene gibt mit vielfältigen und oft unterschiedlichen Sichtweisen.

Einzelbestellungen auch über Antifa-Versand, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Auf dem Weg in die Demokratur?

Deutsche Demokraten, Ursel Sieber, Bernd Siegler..., Verlag Die Werkstatt. 1994, 208 Seiten, 24.- DM

»Denn wo die Wahl der Mittel keine Grenzen kennt, weder die der Moral noch der Vernunft oder wenigstens der Religion, gehen Parteivolk und Mob ineinander über.« Das ist das Fazit von sechs AutorInnen, die sich die Frage stellten *»wie rechtsradikal sind CDU und CSU ?«*

Im Brennpunkt steht dabei der kleine Kreis der Macher einer Partei, die *»über keine strategisch denkende Elite verfügt«*. Ob Kanther, Stoiber, Gauweiler, Rühe oder der Kanzler und Partei-Chefideologe Wolfgang SCHÄUBLE, sie hatten einen Hauptanteil an der Entfesselung der Pogromwelle.

Anhand der detaillierten Reportagen wird deutlich, daß die Beseitigung des Asylrechts nur eine Etappe auf dem Marsch nach rechts war. Untersucht werden CDU/CSU und: Nationale Identität, Frauenfrage, Asylkampagne, Innere Sicherheit und Außenpolitik.

Porträts der Macher und der rechte Rand der Union werden am Ende des Buches kurz dargestellt, so daß die LeserInnen leicht auf die Fakten zurückgreifen können - ein gutes Handbuch.

Die Zustandsbeschreibung der herrschenden Politik am Beispiel der Union ist alarmierend. *»Die Politik der CDU ist [...] eine Politik des nach rechts entfesselten Vollzuges.«*

Das erschreckendste daran ist, daß dies kaum wahrgenommen wird und der CDU meist nur Hilflosigkeit oder rechter Populismus, statt eiskalter Pragmatismus, vorgeworfen wird.

Daß die Unionspolitiker beim Wort zu nehmen sind, auch wenn heute der Einsatz der Bundeswehr im Innern noch weit entfernt scheint, macht dieses Buch deutlich.

Rechtextremismus Österreich

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993. ISBN 3-216-30053-6

Seit einigen Monaten ist die neueste Ausgabe des »Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus« auf dem Markt. Kern des Buches ist die Darstellung des organisierten Rechtsextremismus: die rechtsextremen Vereine, Parteien, Zeitungen, die informellen und illegalen Gruppen, die Vorfeld- und Umfeldorganisationen, die Kader und Ideologen, die internationalen Verbindungen, die »revisionistischen« Autoren und deren Publikationen. Auf sie alle ist über das ausführliche Namens-/ Organisations-/ Verlags- und Zeitungsregister ein schneller Zugriff möglich.

Zur letzten Ausgabe des »Handbuchs«, mehr als ein Jahrzehnt ist es her, fällt vor allem eines auf: Die FPÖ wird nicht mehr am Rande abgehandelt, sondern steht mit einer detaillierten Untersuchung im Zentrum des Buchs. Die Entwicklung der FPÖ wird seit ihrer Gründung nachgezeichnet, die AutorInnen gelangen zur Einschätzung der FPÖ als »rechtsextrem orientierte, aggressiv auftretende, autoritär strukturierte Führerpartei«. Der Schlußteil beinhaltet eine Liste von FPÖ-Funktionären mit Kontakten zu rechtsextremistischen Organisationen.

Der Bedeutung Haiders für das Erstarken des Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum hatte der Herausgeber auch dadurch Rechnung getragen, daß er auf dem Titel den FPÖ-Vorsitzenden mit einer Reichskriegsflagge abgebildet hatte. Haider klagte bereits am ersten Erscheinungstags des Buches dagegen, mit Erfolg: Der Verlag mußte sein Gesicht überkleben. Inzwischen hat das Oberlandesgericht Wien jedoch die Originalversion wieder freigegeben.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Definitions- und Erklärungsversuche zum Rechtsextremismus. Eine Reihe kürzer gehaltene Artikel beschäftigen sich mit anderen Problemfeldern des Rechtsextremismus: die Großparteien und der Rechtsextremismus, Jugendliche und Rechtsextremismus, faschistische Computerspiele, zum Umgang mit der NS-Vergangenheit - für eine neue Gedächtniskultur, österreichische Nation und Nationalbewußtsein, Position und Maßnahmen der Sicherheitsbehörden.

Dieses 'Who is who' des organisierten österreichischen Rechtsextremismus entschlüsselt uns nicht nur die dortige Szene, sondern gibt auch einiges zum bundesdeutschen Faschismus her, zumal die österreichische rechtsextreme Struktur des öfteren Vorreiterfunktion für die BRD hat.

Der Bedarf an einem vergleichbaren Handbuch zum BRD-Rechtsextremismus ist groß. Solch ein Projekt ist leider Zukunftsmusik und sicherlich nur in einem langfristigen Gemeinschaftsunternehmen von Forschungseinrichtungen und AntifaschistInnen zu schaffen.

Das rote Plakat

Stéphane Courtois/ Denis Peschanski/ Adam Rayski: L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Résistance. Verlag Schwarze Risse/ Rote Straße, Berlin 1994

»L'Affiche Rouge« (Das Rote Plakat), das der Verlag Schwarze Risse/Rote Straße dieses Jahr veröffentlicht hat, liefert einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Kampfes. Daß die Kommunistische Partei Frankreichs nach der Phase der »faktischen Nichtexistenz« nach dem Stalin-Hitler-Pakt 1939-41 innerhalb kurzer Zeit zur stärksten politischen Kraft in der Résistance werden konnte, hat sie wesentlich der MOI zu verdanken. In der KP-Sektion MOI, die im Vergleich zu anderen KP-Bereichen über viel Eigenständigkeit verfügte, waren die ImmigrantInnen organisiert. Nach dem Krieg fiel diese Avantgarde des antifaschistischen Kampfes in Frankreich wieder dem »Vergessen« anheim. Es paßte nicht in das offizielle Geschichtsbild des Nachkriegs-Frankreich, daß »Ausländer« und »Juden« wesentlich den bewaffneten Widerstand gegen das deutsche Besatzerregime mit getragen hatten. Die KPF strickte mit an dem »nationalen Konsens«, der »alle guten Franzosen« im Widerstand gegen das Nazi-Regime vereinte.

Das Buch ist nicht nur Schilderung des Kampfes der MOI und ihrer Einkreisung durch das Besatzer-Regime und seine Kollaborateure. Es beinhaltet auch eine Analyse der Organisierung der ImmigrantInnen in der kommunistischen Bewegung in den 20ern und 30ern und wie sich ihre Situation auf ihren Widerstand auswirkt. Die Vernichtungspolitik der Nazis gegen die jüdischen Bevölkerungen in Europa wirkte sich natürlich auf die Entschlossenheit der jüdischen ImmigrantInnen aus, sich der Übermacht des deutschen Nazi-Regimes entgegenzustellen.

Das Buch ist sehr vielschichtig, so wie es die Situation der KommunistInnen / AusländerInnen / JüdInnen war, die sich in der einen Person der ImmigrantInn vereinte. Es ist ein hochintessanter und spannender Beitrag, der eine menge Fragen des Immigranten / jüdischen / kommunistischen / antifaschistischen Widerstands und des bewaffneten Kampfes anspricht.

Mitautor von »L'Affiche Rouge« ist übrigens der letzte Kommandant der jüdischen Sektion der MOI Adam Rayski.

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher auf »L'Affiche Rouge« eingehen.

Philip Mechanicus - Im Depot

Philip Mechanicus - Im Depot, Tagebuch aus Westerbork, Edition TIAMAT, Berlin 1993, ISBN 3-923118-83-X

Das »Depot« - das war das Lager Westerbork in den Niederlanden. Ursprünglich von der dortigen jüdischen Gemeinde als Auffanglager für die zahlreichen aus Deutschland emigrierten Juden und Jüdinnen mitfinanziert, wurde es nach dem Einmarsch der deutschen Armeen zum »Zwischenlager«, »Aufbewahrungsort« für die deutschen und niederländischen Juden und Jüdinnen. Westerbork war der größte Verschiebebahnhof in Europa. 100.000 Juden und Jüdinnen wurden von dort aus in die Vernichtungslager transportiert

Westerbork ist ein irrealer, künstlicher Ort, dessen »Sicherheit« für die BewohnerInnen hauptsächlich in der Bekanntheit seiner Gefahren besteht, ein Depot zwischen scheinbar verschiedenen Möglichkeiten. Er ist angesiedelt irgendwo zwischen dem Lager Barneveld und dem KZ Herzogenbusch in den Niederlanden, zwischen Theresienstadt und Auschwitz.

Barneveld, das ist das Lager für privilegierte Juden und Jüdinnen, das bessere Bedingungen und scheinbaren Schutz vor Deportation bietet; Herzogenbusch ist »offizielles Konzentrationslager« unter ständiger SS-Herrschaft; Theresienstadt bedeutet zwar Deportation, doch scheint (Über)Lebenschance; die Bedrohung durch den »Osten«, durch Auschwitz ist, wenn vielleicht auch nicht im Detail bekannt, so doch für alle präsent.

Und dann gibt es noch die vielen Listen, die individuelle Rettung vor der Deportation versprechen, wenn es man/frau nur gelingt, mittels Bestechung, Beziehungen oder Glück auf diese zu gelangen. Haupteigenschaft dieser Listen ist es zu platzen.

Fast jeden Dienstag gingen Transporte in den Osten, und jedeR war bemüht, den Augenblick der eigenen Mitfahrt so weit wie möglich hinauszuschieben.

Daneben gilt es, das Leben in Westerbork selbst zu organisieren. Die Verpflegung ist gering und schlecht, Krankheiten grassieren. Hinzu kommen die Rivalitäten und Konflikte unter den Gefangenen. Einerseits Resultat der schlechten Lebensbedingungen sind sie auch Ausdruck der Lagerhierarchien: die meisten Verwaltungsposten sind von deutschen Juden besetzt, da die deutsche Lagerleitung mit diesen nicht nur keine Sprachschwierigkeiten hat sondern ihnen die deutsche Bürokratie und Verwaltung eigen ist. Die holländischen Juden und Jüdinnen sehen sich benachteiligt, ihre Chancen der Deportation zu entgehen, geringer.

Philip Mechanicus, niederländischer Journalist, war von Ende September 1942 bis zum 15. März 1944 im Lager Westerbork. Im Oktober 1944 wurde er in Auschwitz erschossen. Den Namen »Im Depot« hat er seinen rausgeschmuggelten Tagebuchheften selbst gegeben. Eigenes Erleben, sachliche Schilderung und Analyse vermischen sich zu einer beängstigenden Atmosphäre.

Ich habe mich beim Lesen immer wieder dabei ertappt, wider besseres Wissen auf eine positive Wendung zu hoffen, beim Aufschub der Deportation erleichtert aufzuatmen.

Ich habe nicht nur Mechanicus' Analyse geteilt, daß die Listen nur dazu dienten, den Juden und Jüdinnen den letzten Pfennig abzupressen und sie vom Eigentlichen abzulenken, sondern auch mit ihm gehofft, es möge ihm gelingen, sich durch sie zu retten.

Gerade die Selbstverständlichkeit seiner Schilderungen zieht in die letztlich doch nur der NS-Willkür unterworfene Scheinwelt Westerborks hinein.

Unbedingt lesen!



Italien
Die Erben Mussolinis

Das Bündnis aus der populistischen Sammlungsbewegung des Wirtschaftsbosses Silvio Berlusconi, »Forza Italia (FI)«, der seperatistischen »Lega Nord« unter Umberto Bossi und der faschistischen »Alleanza Nazionale (AN)«, geführt von Gianfranco Fini, gewann bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im März 94 die Mehrheit der Stimmen. Zusammen erreichte der »Pol der Freiheit«, wie sich das gemeinsame rechte Wahlbündnis nannte, 47% der abgegebenen Stimmen zur Wahl des Abgeordnetenhauses und 41% für den Senat, was sich durch ein kurz zuvor geändertes Wahlgesetz in 57%, bzw. 48% der Sitze in den beiden Kammern niederschlug. Chef der Fünfparteienkoalition, der auch noch die Liberalen und das »Christlich-demokratische Zentrum« angehören, ist der Medienmogul Berlusconi. Mit der AN kommen seit 1945 zum ersten Mal die Faschisten wieder in die Regierung.

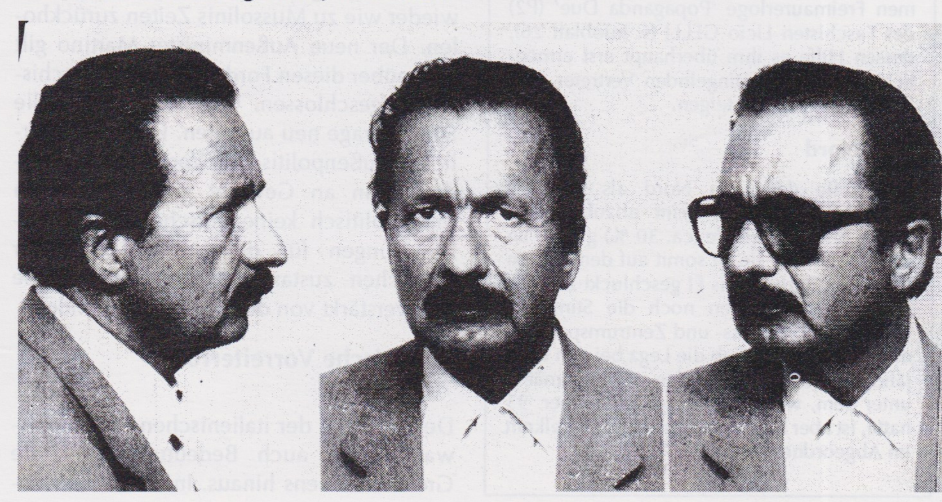
Die Gründe des rechten Wahlerfolges liegen in einer tiefen Krise des politischen und wirtschaftlichen Systems Italiens: Ein in Europa beispielloser Filz von Bestechungs-, Veruntreuungs- und Geheimdienstskandalen innerhalb der traditionellen Parteien zerstörte die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse. Die seit Kriegsende ununterbrochen regierende christdemokratische Partei sah sich vor den Wahlen zur offiziellen Selbstauflösung gezwungen. Aber auch die einzige »saubere« Oppositionspartei, die Kommunistische Partei, stürzte in eine Krise, an deren Ende sie sich spaltete und umbenannte.

Massenarbeitslosigkeit (vor allem im Süden), steigende Haushaltsdefizite und Inflation, sowie ein Staat, der sich gegenüber der Mafia in der Defensive zu befinden schien, waren Wasser auf die Mühlen der Rechten. Dem Wahlbündnis mangelte es auch nicht an einflußreicher Unterstützung durch Mafia und Dunkelmänner. Auch die internationale Finanzwelt signalisierte mit einem Kurs-Hoch für die Lira das Einverständnis mit dem rechten Wahlsieg. Und dann ist da noch das Medienimperium des Wirtschaftsbosses Berlusconi, das als riesige Wahlkampfmaschine diente.

Der Wahlkampf war zwar begleitet von rechten Anschlägen, Terror und Krawallen, aber im Moment sind die faschistischen Kettenhunde noch nicht von der Leine gelassen. Eine Terrorkampagne Anfang des Jahres wurde von führenden Faschisten gestoppt. Faschistenführer Fini hält sich noch im Hintergrund und bekleidet zunächst noch kein Regierungsamt. Vertreter seiner Partei besetzen aber die Ministerposten für Landwirtschaft, Umwelt, Kulturgüter, Transport und Post (der Postminister ist auch einer der beiden Stellvertreter des Ministerpräsidenten). Sind jedoch erst die Weichen für eine neue Verfassung gelegt und der Staatsapparat fest im Griff der Rechten, werden auch die Karten in dem rechten Bündnis noch einmal neu verteilt werden.

Dies würde die Stunde Finis und seiner Truppe sein, die über den geschlossensten Parteiapparat in dem Bündnis und schlagkräftige Terrorgruppen verfügen. Berlusconi kommt aus faschistischer Sicht nur eine Übergangsrolle als Stimmenbeschaffer und Türöffner für eine faschistische Regierungsbeteiligung zu. Wenn er abgewirtschaftet hat, soll der noch »unverbrauchte« Chef der Faschisten, Fini, seinen großen Auftritt haben. Die Stimmen der Faschisten, die sie vor allem im Süden des Landes gewannen, gaben beim Wahlerfolg den Ausschlag. Die Faschisten sind somit schon jetzt das Zünglein an der Waage der derzeitigen Regierungsallianz.

Der Drahtzieher: Logenchef Licio Gelli



Pläne für den Staat

Die Rechten streben die totale Kontrolle der Macht im Staatsapparat an: Dazu gehören die Führung der Banken, die staatlichen Medien, die Justiz, ... Die Pläne dafür liegen schon seit langem in den Schubläden. Die geistigen Väter der schleichenden Machtergreifung sind Julius EVOLA, führender Denker der Neuen Rechten in Italien und Licio GELLI, Chef der Geheimloge »Propaganda Due (P2)«, bei dem sich schon 1974 Pläne zur gewaltfreien Übernahme des Staates fanden. Kernpunkte in den politischen Zielsetzungen des Rechtsbündnisses sind:

- Umformung Italiens in einen Kleinstaatenbund (Lega Nord).

Nationale Allianz (AN)

Die AN ist nichts weiter als eine Namensänderung von Finis neofaschistischer Partei 'Movimento Soziale Italiano' (MSI) und steht in der direkten Nachfolge von Mussolinis »Partito Nazionale Fascista (PNF)«. Als Zeichen der faschistischen Kontinuität ist auch die Kandidatur der Mussolini-Enkelin Allesandra auf den Listen der AN zu verstehen (sie erhielt in Neapel 50,4%). Die MSI war in der Vergangenheit immer ein willkommener Bündnispartner für die Christdemokraten, wenn Gefahr bestand, daß die Linke die Regierung übernimmt. Die AN, die zur drittstärksten Partei im Abgeordnetenhaus aufstieg, wurde von Berlusconi als Juniorpartner salonfähig und wählbar gemacht. Er unterstützt damit die Bemühungen Finis, seiner als 'postfaschistisch' bezeichneten Partei einen demokratischen Anstrich zu verpassen. Der Historiker Mack Smith bezeichnet Fini als derzeit *»Italiens bester Politiker«* und *»viel einfühlsamer als Mussolini. Wenn er so weitermacht, wird sich keiner mehr erinnern, daß die 'Nationale Allianz'* (ex-MSI) *faschistische Wurzeln hat"*. Die AN verfügt innerhalb des Regierungsbündnisses über die geschlossenste Ideologie und einen schlagkräftigen Parteiapparat.

Forza Italia (FI)

Einen interessanten Part im Rechtsbündnis spielt Berlusconis FI. Die Partei wurde innerhalb von nur vier Monaten von Berlusconis Konzern 'Fininvest', dem nach Bertelsmann (BRD) größten Medienimperium in Europa, buchstäblich aus dem Boden gestampft. Die 'Forza Italia' ist ein reines Produkt der Werbeindustrie, hergestellt mit modernster Technik und von den besten Werbefachleuten auf Berlusconis Person zugeschnitten: Berlusconi der 'Retter des Vaterlandes'. Fast alle Manager der wie Pilze aus dem Boden geschossenen ca. 13.000 «Clubs Forza Italia« stammen aus Berlusconis Firma. Von 5% aus Meinungsumfragen Anfang Dezember 93 schnellte die Wahlakzeptanz auf 30% im März 94. Zum Premierminister in weniger als 100 Tagen. Daß es sich dabei um keine 'richtige' politsche Partei handelt, sondern lediglich um ein brillant inszeniertes Medienspektakel, das den WählerInnen *die wählbare Alternative* zwischen Faschismus und Kommunismus vorflunkert und somit lediglich als Stimmenfänger fungiert, scheint nicht groß aufzufallen. Übrigens steht Berlusconi auf der Mitgliederliste der geheimen Freimaurerloge 'Popaganda Due' (P2) des Faschisten Licio GELLI (s. Infoblatt 26), dessen Hilfe es ihm überhaupt erst ermöglichte, vom herumtingelnden Vertreter zum Konzernchef aufzusteigen.

Lega Nord

Die Rolle der Lega Nord als politisch maßgebliche Kraft scheint abzubröckeln. Große Stimmenanteile (ca. 30 %) gingen an die FI verloren, sie ist somit auf dem besten Weg, von Berlusconis FI geschluckt zu werden. Hinzu kommen noch die Stimmenverluste an die Links- und Zentrumsparteien mit ca. 30 %. So blieb die Lega bei den diesjährigen Parlamentswahlen stimmenmäßig unter dem, was sie noch im November '93 hatte, ist aber noch immer stärkste Einzelkraft im Abgeordnetenhaus.

- Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten einer Exekutiv-Demokratie (Forza Italia).
- Umwandlung der Republik in eine Präsidialrepublik sowie die Aufhebung des Verbots einer Neugründung der faschistischen Partei (Alleanza Nazionale).

Zum Knackpunkt innerhalb des Bündnisses kann die Frage nach der Einheit Italiens werden. Während die Lega einen Staatenbund und die Trennung von Nord- und Süditalien anstrebt, wollen die Faschisten ein starkes und einiges Italien. Die Aussicht auf den gemeinsamen Erfolg tat bis jetzt ihre Wirkung und hielt die Parteien beieinander. Die Lega wird zudem im Moment wenig Lust verspüren, die prinzipiellen Auseinandersetzungen zu verschärfen, da ihre Position durch den Einfluß der FI, an die sie in dieser Wahl Stimmen verloren hat, schwächer geworden ist.

Die genannten Vorstellungen sind nur mit einer neuen Verfassung zu verwirklichen. Vertreter des Bündnisses kündigten denn auch an, innerhalb der nächsten sechs Monate eine neue Verfassung in Kraft zu setzen. Die Abschaffung der geltenden Verfassung würde auch nach westlichem Demokratieverständnis einem kalten Staatsstreich gleichkommen. Ein breites Bündnis von linken Parteien, Gewerkschaften, den Grünen, bis zu liberalen Bürgerlichen mobilisierte deshalb zum 49. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 25. April zu großen Manifestationen gegen den Einzug von Faschisten in Regierungsämter und gegen die Angriffe auf die Verfassung. Allein in Mailand kamen trotz strömenden Regens 300.000 Menschen zusammen: Ein wichtiger Schritt für die Formierung des Widerstandes.

Die Pläne der Rechten beziehen sich nicht nur auf die Innenpolitik. Außenpolitisch wird von den Faschisten die Revision der Verträge von Osimo, in denen 1975 die Grenz- und Entschädigungsfrage zwischen Jugoslawien und Italien geregelt wurden, thematisiert. Sie wollen die gesamte Adriaküste Jugoslawiens (heute Slowenien) wieder wie zu Mussolinis Zeiten zurückholen. Der neue Außenminister Martino gilt gegenüber diesen Forderungen der Faschisten aufgeschlossen. Und Fini möchte die Südtirolfrage neu aufrollen. Die abenteuerlichen außenpolitischen Vorstellungen werden dann an Gewicht gewinnen, wenn innenpolitisch keine entscheidenden Verbesserungen für die breite Masse der Menschen zustande kommen und diese sich verstärkt von der Rechten abwenden.

Italienische Vorreiterrolle

Der Ausgang der italienischen Parlamentswahlen hat auch Bedeutung über die Grenzen Italiens hinaus. In der italienischsprachigen Schweiz gibt es derzeit Bestrebungen nach italienischem Vorbild eine »Forza Ticino« zu schaffen. Und in Deutschland sehen Autoren der Rechten ihre Chancen steigen. »Wo bleibt eine Forza Germania?« fragt Manfred Rouhs in »Europa Vorn« und in der »Jungen Freiheit« wird der politischen Mitte in Deutschland (gemeint ist die CDU) ein italienisches Ende prophezeit und eine Allianz von STATT-Partei, Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« und Republikanern propagiert.

Unverhohlener Sympathie erfreut sich das italienischen Rechtsbündnis auch unter führenden konservativen Politikern: Maggie THATCHER schickte dem FI-Chef und künftigen Premierminister Berlusconi ein Glückwunsch-Fax; Frankreichs Vorsitzender der Gaullisten, CHIRAC, dementierte zwar, daß er öfter mal mit dem Chef der faschistischen Partei AN, Fini, telefonisch ein Schwätzchen hält, daß aber sein Parteigenosse CAZENAVE, zuständig für Außenpolitik, am Gründungskongress der AN teilgenommen hat, konnte nicht geleugnet werden. Und für die Haltung der bürgerlichen Regierungen in Europa ist das tönende Schweigen zu dem italienischen Wahlausgang bezeichnend. Lediglich die Minister der norwegischen Regierung erklärten, daß sie sich *»mit keinem einzigen faschistischen Minister treffen, geschweige denn verhandeln«* würden.

Eine Lektion, die manche als geschichtlich überholt ansehen möchten, hat sich hier abermals unter Beweis gestellt: Daß da, wo die Kapitalisten versagen, die Faschisten einspringen. Die Gefahr des aufkommenden Faschismus wird durch die

Mussolini: Der »Duce« in Pose



Denkblockade der liberalen und bürgerlichen Kräfte besonders hierzulande nicht erkannt und verneint. Wie schnell jedoch neue Tatsachen geschaffen werden, hat die Wahl in Italien gezeigt, wo vor ein oder zwei Jahren niemand eine faschistische Regierungsbeteiligung für möglich gehalten hätte.

Wenn es auch einige Parallelen zur Geschichte gibt, wiederholt sich diese nicht einfach. Ob der Faschismus schließlich in Italien (und den anderen bedrohten Ländern) siegt, hängt nicht vom Ausgang irgendwelcher Wahlen ab, sondern wird dadurch entschieden, ob es gelingt, einen breiten und wirkungsvollen Widerstand auf der Straße und in den Betrieben zu entwickeln. Die Faschisten ihrerseits brauchen Desorientierung und chaotische Verhältnisse, um ihre Programme umzusetzen. Denn zwischen Wahlsieg und totaler Machtergreifung liegen noch wichtige Schritte zur totalen Kontrolle der Macht im Staate. Als Mussolini 1922 zum Regierungschef ernannt wurde, regierte er zunächst einige Jahre mit einer Koalition konservativer und faschistischer Parteien, bevor er die erste faschistische Diktatur durchgesetzt hatte. ■



Das rechte Trio: Fini (AN), Berlusconi (FI), Bossi (Lega)

Norwegen

Der überführte Nazi-Killer Johnny Olsen gab im Januar der norwegischen Tageszeitung »Dagbladet« ein Interview, in dem er die Ausweitung von Anti-Antifa-Aktivitäten ankündigte. Olsen gab weiter an, daß im Moment zwei unabhängige Zellen existieren würden, die Informationen über AntifaschistInnen sammelten, um Mordanschläge zu planen.

Eine der Gruppen, die sich derzeit auf den »Rassenkrieg« vorbereiten, ist die Skinhead-Truppe die »arischen Brüder« um Rune Weierud und Frederik Pedersen. Die braunen Brüder trainieren mit »Gotcha«-Kugeln das Zielschießen mit Pistolen und Maschinengewehren.

Pedersen gab inzwischen zu, daß viele Mitglieder ihre eigenen nicht registrierten Waffen besäßen, die sie vor der Polizei verstecken würden. Diese Waffen stammen aus Diebstählen beim norwegischen und schwedischen Militär. Einige Waffen sind dabei über Kontakte in Schweden beschafft worden.

Schweden

Anfang Dezember wurde der Prozeß gegen den »Lasermann«, John Ausonius (siehe INFOblatt 20b) mit einem Schuldspruch beendet. Während dem Prozeß wurde Ausonius auch zu dem 1992 verübten Mord an Blanka Zmigrad, die in einem Restaurant in Frankfurt arbeitete, befragt.

Belgien

Am 26./27.2.94 fand in Antwerpen ein Parteifest des rechtsextremen »Vlaams Blok (VB)«, der im flandrischen Landesteil eine starke Kraft darstellt, mit internationaler Beteiligung statt. Als Vertreter seiner Zeitschrift »Europa Vorn« saß Manfred Rouhs (DL) mit auf dem Podium und diskutierte mit Roeland Rares (VB), Robert Destordeur (Vorsitzender von Agir, Belgien), Freddy Moreau (Front National, Frankreich), Martin De Reght (Centrumdemokraten, Niederlande), Dr. K. Novosel (Kroatien) und Tamara Jegorov (Estland). In den Zeitungen und Pressemitteilungen zu dem Parteifest wird das Bemühen des VB deutlich, die Kontakte nach Osteuropa auszubauen. Besonderer Aufmerksamkeit erfreuen sich dabei die baltischen Staaten und die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens.

Pünktlich zum Wahljahr ist eine Broschüre des VB in Anti-Antifa-Manier erschienen. Die beiden Autoren Jurgen Ceder und Luc Dieudonné haben u.a. eine Liste von Antifa-Aktivitäten gegen den VB aufgestellt. Im Begleittext beschweren sich die Autoren unter der Überschrift: »Einer gegen alle«, daß auf eine Aktion des VB 100 Aktionen gegen den VB kommen würden. Die Absicht dieser übertriebenen Darstellung ist wohl von den rassistischen Aktivitäten der eigenen Mitglieder abzulenken und dem VB eine Opfer- und Heldenrolle anzudichten. Darüberhinaus werden die ideologischen Argumente geliefert, um gegen AntifaschistInnen vorzugehen.

Bundesdeutsche Fascho-Söldner in Südafrika



Er war schon bei der Erstürmung des World Trade Centre 1993 dabei. Der AWB'ler Alwyn Wolfaardt kurz vor seiner Erschiessung durch einen schwarzen Polizisten im Homeland Bophuthatswana im März '94

Am 14. März lieferten sich nahe Pretoria drei Faschisten aus der BRD ein wildes Feuergefecht mit der südafrikanischen Polizei. Zwei von ihnen waren erst kürzlich als Söldner für die südafrikanischen Faschisten angeworben worden, der dritte agiert seit einem Jahrzehnt in Südafrikas faschistischen Terrornetz.

In der Schiesserei wurden zwei Polizisten verletzt und der deutsche Thomas Kunst (32) aus Itzehoe erschossen. Drei Stunden später wurde der Hamburger Stephan Rays (26) verhaftet. Der dritte, Heinrich Siems alias Horst Klenz wurde zusammen mit Alexander Neidlein aus Crailsheim auf einer Farm in der Nähe Pretorias festgenommen.

Der 19jährige Neidlein hatte sich von März bis September 1993 als Söldner in Kroatien aufgehalten. Wahrscheinlich ist er dort mit Kunst in Kontakt gekommen. Gegen Kunst gibt es einen Fahndungsbefehl vom vergangenen Dezember wegen eines bewaffneten Postüberfalls in Lübeck; mit dieser Aktion bringt die Staatsanwaltschaft auch Neidlein in Verbindung.

Rays wurde in der BRD wegen Raubes verurteilt, er und Kunst werden dem Hamburger Rotlichtmilieu zugeordnet. Dort sollen beide mit ihren Taten als Söldner für Kroatien geprahlt haben. Im Oktober trafen sie mit Siems/Klenz zusammen, der sie offenbar im Januar '94 nach Südafrika holte.

Siems/Klenz (57) stammt aus Nienburg und lebt seit 1985 in Südafrika. Er nutzt noch eine Reihe anderer Decknamen, darunter Wolfgang Weber.

Klenz saß 1983 in Hamburg wegen Anwerbung von Söldnern für Südafrika zwei Wochen in Haft. 1975 fand die Polizei in seiner Wohnung in Norddeutschland eine Maschinenpistole. Im Infoblatt Nr. 10 berichteten wir über Klenz' Beteiligung an einem Überfall auf ein UNO-Büro in Namibia kurz vor den Unabhängigkeitswahlen 1989, wobei die Angreifer einen Wachmann töteten. Klenz wurde bei dem Abtransport von einer Gerichtsverhandlung befreit, dabei wurde ein Polizist erschossen. Klenz tauchte daraufhin in Südafrika unter, wurde jedoch im Dezember 1990 wegen der beiden Morde verhaftet. Jetzt wurde bekannt, daß er schon wieder kurze Zeit darauf, wen wundert es, durch eine Amnestie frei kam.

Klenz war Oktober '93 in Hamburg und soll dort Kontakte zur Neonazi-Szene und

zur Unterwelt gehabt haben. Dort warb er Kunst, Rays und Neidlein als Söldner für Südafrika. Rays und Kunst tauchten kurz nach ihrer Einreise über Johannesburg bei »Radio Pretoria« auf. Das rechtsextreme Buren-Kommando hatte den Piratensender zu einer Festung ausgebaut, die beiden Deutschen beteiligten sich an der Bewachung und konnten dort Spreng- und Schießübungen durchführen.

Der Anführer des Burenkommandos, der deutschstämmige Wilhelm Ratte, hatte unter dem damaligen Chef der Südafrikanischen Streitkräfte General Viljoen (dem jetzigen Chef der AFRIKANER VOLKSFRONT) in Angola gekämpft. Ratte gegenüber hatten Kunst und Rays geäußert, sie seien gekommen, *»um Moslems zu schiessen«*.

Ihnen war jedoch der Wachdienst bei dem Radiosender zu langweilig geworden, so Ratte in Spiegel-TV. Die beiden sollen auch Unterschlupf bei dem reichen Geschäftsmann Willem Olivier gefunden haben, schreibt die Zeit vom 25.3.94. Der dürfte für die beiden BRD'ler eine weitere Kontaktperson zum terroristischen Fascho-Netz in Südafrika gewesen sein. Olivier ist nämlich nicht nur Geschäftsmann, er war bis zu seinem Ausschluß durch Terrre'Blanche 1989 AWB-Chefsekretär und Kopf der bewaffneten AWB-Sektion AQUILA.

Südafrikanische Medien gehen davon aus, daß Klenz in dem selben konspirativen Zellenssystem operierte, das die Ermordung des KP-Generalsekretärs Chris Hani zu verantworten hat und daß die bundesdeutschen Faschisten für dieses Netz angeworben worden sind. Die Durchführung weiterer Anschläge auf wichtige politische Persönlichkeiten des neuen Südafrika können somit durchaus zu ihrem Aufgabenbereich gehört haben.

Die südafrikanische Polizei gibt an, von mindestens 80 Männern aus früheren Ostblockländern zu wissen, die als faschistische Söldner angeworben worden sind und sich bereits in Südafrika befinden. Umgekehrt gehen aber südafrikanische Söldner, vermittelt über die Nazi-Szene in Südafrika und BRD, auch nach Kroatien. Einem Mitarbeiter von Medico International, der sich in deutsch-südafrikanischen Faschokreisen aufgehalten hatte, wurde mitgeteilt, daß der Republikaner Bernd Thrun die Gelder für die Kroatienanwerbung verwalte (Medico-Report 2/93).

Klenz und Neidlein sollten bereits Ende April vor Gericht erscheinen, wo sie wahrscheinlich mit einer Anklage wegen versuchten Mordes und illegalen Waffenbesitzes konfrontiert werden sollten. Hierzu und zu einer Anklage gegen Neidlein liegen uns noch keine Informationen vor. ■

Bern/Schweiz

Antifaschistischer Selbstschutz gegen Nazi-Skintreffen

Eine »Neo-Faschistische Front« (N.F.F.) mobilisierte zum 16.4.1994 zur »2.Glatzenparty in Bern« mit einer Einladung mit Hakenkreuz im Kopf. Darin heißt es unter anderem: *»DIVERSES: Linke, Kanacken und anderes Gesotze wird es nur zu Information in der nähe genügend vorhanden haben, wenn der eine oder andere mal 'Luft schnuppern' möchte... Ok, bis bald Oi Oi Oi Kameraden«* (Rechtschreibung folgt dem Original).

Laut Mitteilung der Antifaschistischen Aktion Bern hatte es bereits am 14.2.1994 ein ähnliches Treffen gegeben, von dem aus Angriffe auf mindestens zwei Tamilen ausgingen. Die Berner Antifas bekamen kurzfristig Kenntnis von dem Treffen und begannen mit der Mobilisierung, die u.a. den Schutz von Asylunterkünften und besetzten Häusern beinhaltete. In der Innenstadt wurden Flugblätter verteilt.

Der Ort des Treffens wurde nicht bekannt. Mindestens 30 Boneheads aus der ganzen Schweiz und dem süddeutschen Raum waren in die Stadt gereist, gingen nach Polizeiauskunft zu einem Fußballspiel und anschließend in zwei als Treffpunkte der Hool-Szene und von Nazis bekannte Kneipen. Hier kam es gegen Mitternacht zu Auseinandersetzungen zwischen - laut Polizeiangaben - ca. 20 Boneheads und ca. 100 antifaschistischen Jugendlichen, wobei offensichtlich Faschos verletzt wurden. Die Polizei griff ein. Vier Antifas wurden von einem Polizeihund gebissen. Mit den Skins habe die Polizei hingegen »angeregte Plaudereien« geführt, so die Antifaschistische Aktion.

Vier Deutsche, laut Polizeiangaben Nazis, wurden vorübergehend festgenommen. Die N.F.F. war in der Schweiz bisher nicht aufgetreten.

Eine Presseerklärung der Antifaschistischen Aktion wurde von der regionalen Presse breit zitiert.

Quellen: Communique der Antifaschistischen Aktion Bern, Pressemitteilung der Stadtpolizei Bern, regionale Presseberichte.

Niederlande

Am 12. April demonstrierten Tausende AntifaschistInnen in mehreren Städten gegen den Einzug von Mitgliedern der rechtsextremen Parteien CD, CP'86 und Nederlands Blok in einige Gemeinderäte. Teilweise konnte durch die Blockaden der Rathäuser der Einzug der Rechten an diesem Tag verhindert werden.

Bei den Kommunalwahlen im März hatten diese Parteien einen beträchtlichen Zuwachs an Wählerstimmen erzielt. In Rotterdam, Utrecht und Den Haag kamen die beiden größten faschistischen Gruppierungen, die CD und die CP'86 auf über 10% (in Rotterdam auf 14%). Bei den darauffolgenden Parlamentswahlen im Mai wurde bestätigt, daß sich das niederländische Parteiensystem im Umbruch befindet. Die eher gemäßigten Christdemokraten verloren auch hier und büßten ihre politische Führungsrolle ein. Als Wahlgewinner gelten vor allem die Rechtsliberalen.

Neues gibt es auch aus der militanten Szene zu vermelden: Ende 1993 gründete der friesische Nazi Douwe van der Bos einen Nationalen Sicherheits Dienst (NVD). Aufgabe dieser Truppe soll der Schutz von Veranstaltungen von nationalistischen Gruppen sowie das Ausspähen »subversiver Elemente« sein. Van der Bos hat in der Vergangenheit Söldner nach Kroatien und Südafrika vermittelt. Nach eigenen Angaben sollen weitere rechtsextreme Militärexperten an dem Aufbau des Sicherheits Dienstes beteiligt sein.

Wußten Sie schon…

RASSISMUS HAT VIELE GESICHTER

Rassistische Strukturen aufdecken

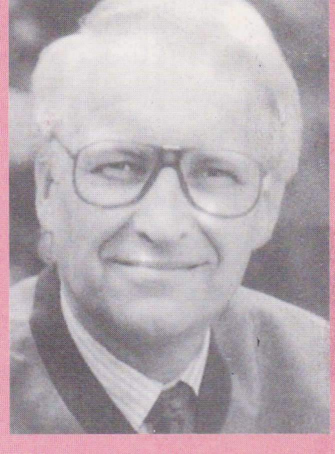
Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Die Gewalttäter haben ihren Rückhalt. Militante Neonazis haben ihre Stichwortgeber, ihre ideologischen Wegbereiter. Die Bandstifter können sich auf Biedermänner berufen, die dafür sorgen, daß ihre Taten auf Verständnis und klammheimliche Freude stoßen. Gerade die CSU, für die es 1994 um Alles oder Nichts geht, fürchtet nichts mehr als den Machtverlust in Bayern. Um das rechte Wählerpotential auszuschöpfen, setzt sie auf die Stammtischthemen »Überfremdung« und »nationale Identität«. Die Neonazis »mit Schlips und Scheitel« (Günter Grass) sitzen in der Union in den vordersten Reihen. Sie haben mit den Rechtsextremisten vieles gemeinsam: Sie wollen einen starken Staat, souverän nach außen und homogen nach innen. Der einzelne soll sich wieder Volk, Staat und Nation unterordnen. Der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, erklärt ganz offen warum. Er fordert mehr nationales Bewußtsein, »um die sozialen Konflikte beherrschbar zu halten.«

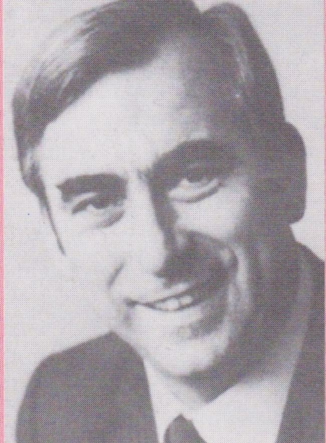
CSU

Diese Plakat ist in Nürnberg erschienen und war Anlaß für politische und juristische Angriffe gegen die HeraugeberInnen.

Edmund Stoiber spricht sich gegen ein »durchmischte und durchrasste Gesellschaft« aus.

1988 als bayerischer Innenminister, heute Ministerpräsident



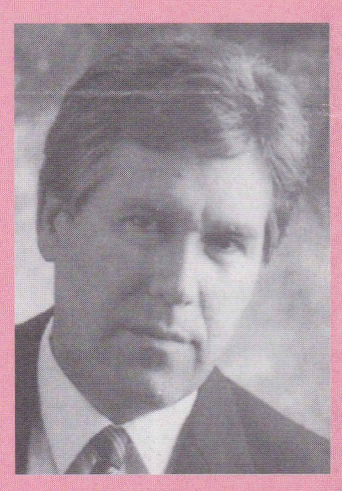


»Die Wahlen 1994 werden mit Themen 'rechts von der Mitte' gewonnen, als da sind 'Kulturelle Überfremdung und Verlust der nationalen Identität.«

Theo Waigl, CSU-Vorsitzender

»Für unsere Bevölkerung ist die Schmerzgrenze schon seit langem überschritten… Weitere Belastungen sind unzumutbar

Michael Glos, Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, vier Tage vor dem Mordanschlag in Soligen





»Die Emotionalisierung der Bevölkerung und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art machen die Wahlergebnisse von morgen aus.«

Franz-Josef Strauß, 1974 in Sonthofen

Und den Worten folgen Taten:

Anfang Februar 1994 lädt Markus Söder, CSU-Ortsvereinsvorsitzender von St. Leonhard und jüngster CSU-Direktkandidat für den Landtag, die Bürger von St. Leonhard zu einem Informationsgespräch unter dem Motto »Was können wir gegen das Asylbewerberheim tun?« ein. Das »Ding« dürfe da nicht hinkommen, betonte Söder und verteilte eine Unterschriftenliste an die aufgebrachten Bürger (»Wir sind asylantenmüde«) für eine Bürgerinitiative. Auch der Nürnberger CSU-Chef und Innenminister Günther Beckstein machte sich dafür stark, die »Sorgen der Bürger« ernst zu nehmen und das Flüchtlingswohnheim nicht im Stadtteil zu errichten.

»Wer die Lufthoheit über den Stammtisch hat, der hat die Mehrheit im Land«, hatte Baden Württembergs Finanzminister Gerhard Meyer-Vorfelder (CDU), die Parole ausgegeben.

UnterstützerInnen:
Aktionsbündnis gegen Rassismus
Antirassistisches Telefon, Nürnberger Friedensbüro
Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Nürnberg, Kule Wampe
Antifaschistisches Bildungs- Informations- u. Dokumentationszentrum (ABIDOZ)
JUSOS Nürnberg, Autonome Antirassismusgruppe, KB Nürnberg, Ökologische Linke Nürnberg
Antifaplenum Nürnberg, Kommado Towubabowu, Autonome Antifa Nürnberg, Antifaplenum Fürth
Kommunikationszentrum (KOMM), SDAJ-Nürnberg, DKP-Gostenhof, Antifa-Wühlmäuse, Antifa Bamberg
Kommitee gegen Rechts Fürth, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Nürnberg
und der Ausländerbeirat Nürnberg

V.i.S.d.P. Hallmann, Brückenstraße 23, Nürnberg

Wegen des großen Erfolges der rassistischen Hetze werden bei den Faschisten im Juni 1992 die Sekt-Korken geknallt haben. Kaum ein Tag, an dem nicht von rassistischen Überfällen, Belagerungen von Flüchtlingsheimen und Morden zu lesen war. Die von der Regierung, den bürgerlichen und faschistischen Parteien und einem großen Teil der Medien wirkungsvoll inszenierte »Asyldebatte« hatte ein Klima geschaffen, in dem Flüchtlinge zum Freiwild für den rassistischen Mob gemacht worden. Als Kaindl getötet wurde, lag das Pogrom in Hoyerswerda, bei dem sich die RassistInnen eine Woche lang mit offizieller Duldung austoben durften, gerade mal ein halbes Jahr zurück. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit brachte es erst nach mehr als einem Jahr nach Hoyerswerda fertig,in großer Anzahl, meist Lichterketten bildend, auf die Straße zu gehen. Dazwischen lag ein weiteres, schlimmeres Pogrom (das von Rostock-Lichtenhagen im August 1992), die Toten von Mölln, Solingen...
Die Zahl der bekannt gewordenen Morde, die von Faschisten und Rassisten seit 1990 verübt worden waren, umfaßten Ende 1992 schon mehrere Dutzend!



Von einer massenhaften Solidarisierung mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen war in den Monaten nach Hoyerswerda in der Bundesrepublik wenig zu spüren. Die potentiellen Opfer, vor allem alle »ausländisch aussehenden« Menschen, mußten sich mit dem Rücken zur Wand fühlen, ausgeliefert einem rassistischen Mob, der mit der Ermutigung durch die Herrschenden losgeschickt wurde. In diesem Klima waren Versuche aus ImmigrantInnenkreisen, Widerstand gegen diese offiziell sanktionierte Mordwelle zu organisieren, lebenswichtig. Und es ist selbstverständlich, daß sich die direkt von Rassisten angegriffenen Bevölkerungsgruppen massiver und oft auch verzweifelter wehren.
Für die in der BRD lebenden JüdInnen stellte sich die Lage ähnlich bedrohlich dar.
»Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen – niemals!«, schrieb Ralph Giordano im Namen vieler bedrohter JüdInnen im November 1992 an Kanzler Kohl. Er brachte damit die Frage des bewaffneten Selbstschutzes auf die Tagesordnung.
Er machte des weiteren Kohl und die Regierung für alles verantwortlich, was aus dem Nichthandeln gegen die rechten Mörder entstehen könnte.
Kohl reagierte prompt. Im Bundestag an Giordano und die zur Selbstverteidigung Entschlossenen gerichtet: Das Gewaltmonopol des Staates dürfe nicht angetastet werden.
»Wer dies versucht, muß die ganze Härte des Staates zu spüren bekommen.«
Diese Härte soll auch gegen die AntifaschistInnen, den der Mord an Kaindl angelastet wird, gezeigt werden. Sie werden kaum mit einer Verurteilung zu ehrenamtlicher Wochenendarbeit rechnen können, so wie bei etlichen Teilnehmern des Rostocker Pogrom geschehen.

Wir wenden uns an die vielen Menschen, die sich in der Vergangenheit dem rassistischen Terror entgegengestellt oder sich zumindest mit den Opfern solidarisiert haben. Der Tod Kaindls war eine logische Folge der rassistischen Hetze der Faschisten, und der großen bürgerlichen Parteien, die an ihren neuen Asylgesetzen strickten. Den haben sie, die Mordbrenner wie die Schreibtischtäter, zu verantworten.